

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



5. August 1988
Jg. 9 Nr. 16

G 7756 D

Preis:
2,50 DM



Genscher bereitet Kohls Moskareise vor: Die BRD zielt auf allmähliche Isolierung der DDR
Seite 5



Iran — Irak: Kriegsgegner erschöpft — Ist ein Ende des Golfkrieges jetzt in Sicht?
Seite 8



Seit dem 14. Juni streiken 180 Beschäftigte des Rehabilitationszentrums Bad Honnef für einen Tarifvertrag mit der ÖTV



Landesregierung Schleswig-Holstein: Vorhaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst — Lohnverzicht und Ausbau des Gewaltapparates
Seite 24

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/211658
Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 4

Kohls Moskaureise: Die BRD zielt auf allmähliche Isolierung der DDR 5

Bundesanwaltschaft: Rebmann weitet Tätigkeit aus 7

ÖTV-Streik: Arbeitskampf am Reha-Zentrum 7

EGB: Europäisches Sozialprogramm 8

Iran/Irak: Kriegsgegner erschöpft — Ende des Golfkrieges in Sicht? 8

Jugendpolitik: SPD-Parteitag startet jugendpolitische Offensive 10
Dokumentiert: Maxime zur Jugendpolitik 10

Auslandsberichterstattung

Schweiz/EG: „Aktive Integrationspolitik als Imperativ“ 12
„EG-Kritik aktualisieren!“ 13

Jugoslawien: Setzt sich die harte Linie durch? 13

Italiens „§ 218“: „Freiwillige für das Leben“ abgewehrt 14

Peru: Erfolgreicher Generalstreik 14

Großbritannien: Keine „zufällige Katastrophe“ 15

Türkei: Özals „Modell 2000“: Armut so groß wie nie 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Broschüre gegen 50 Jahre VW-Legende 18

Für das Verbot genetischer Arbeitsmedizin 18

Arbeit der Zukunft — Zukunft der Arbeiter? 18

Starnberger Institut: Südafrika-Sanktion 19

Friedensbewegung: Aufruf zu Friedensaktionen im Herbst 1988 19

IGM-Vertreter Duisburg gegen Ausländergesetz

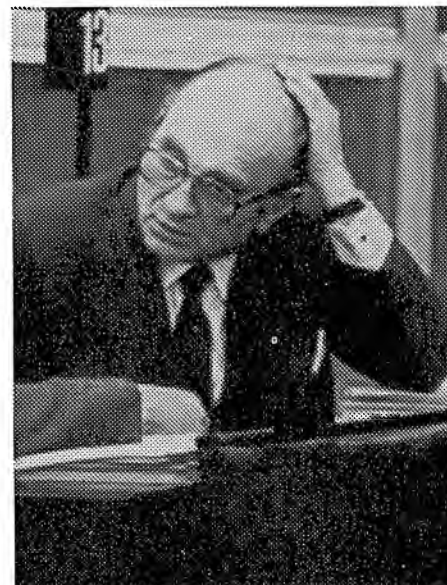
Am 21. Juni 1988 verabschiedete die IGM-Vertreterversammlung Duisburg einstimmig (eine Enthaltung) einen Beschluß gegen die bevorstehende Änderung des Ausländergesetzes. In der Entschließung werden zunächst einige Verschlechterung aufgeführt, dann heißt es:

„Unter dem Strich ist die geplante Neufassung des Ausländergesetzes menschen- und insbesondere arbeiterfeindlich. Die über 30 Jahre erfolgte Einwanderung von ausländischen Mitmenschen wird im Gesetzentwurf weiterhin gelehnt. Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben, werden weiterhin als Sondergruppe behandelt und benachteiligt, obwohl sie allen wesentlichen Pflichten (insbesondere Steuern und Sozialabgaben) nachkommen. Gleiche Bürgerrechte, gesicherter Aufenthalt und damit die Chance zur Lebensplanung und zum gleichberechtigten Miteinander auch der unterschiedlichen Kulturen werden verwehrt. Das Kommunalwahlrecht als erster Schritt wird abgelehnt. Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehefrauen ist nicht vorgesehen. Das zementiert die totale Abhängigkeit vom Ehemann, behindert das Recht auf Ausübung eines Berufs und verhindert die Emanzipation ausländischer Frauen und Mädchen ... Die anhaltende rechtliche Sonderbehandlung einer besonders leicht zu diskriminierenden Bevölkerungsgruppe fördert nationalistische Intoleranz und rassistische Vorurteile. Deshalb muß dieser Entwurf zur Änderung des Ausländergesetzes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden.“ — (AGM, syb)

Lambsdorff: Sonderrechte für Weiße!

Nachdem sich Außenminister Genscher (FDP) bereits mehrmals vorsichtig für einen „Minderheitenschutz“ für Weiße in Südafrika ausgesprochen hat, spricht Graf Lambsdorff nun Klartext. Lambsdorff will für den FDP-Vorsitz kandidieren und findet es offensichtlich an der Zeit, den rassistischen Mitstreitern in der FDP zu zeigen, wo er steht. In einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ v. 22.7. fordert Lambsdorff Geheimgespräche zwischen Regierung und Vertretern von Befreiungsorganisation wie ANC und PAC, Gewerkschaften und politischen Organisationen in Südafrika, aber auch mit Organisationen wie der stammesbezogenen Inkatha: „Nur in solchen Gesprächen und späteren Verhandlungen wird jene neue Ordnung zu finden sein, die das schwarze Südafrika vom Übel der Apartheid befreit und zugleich das Existenzrecht der dort in mehr als drei Jahrhunderten gewachsenen weißafrikanischen Nation wie auch der beiden braunen Minderheiten machtpolitisch absichert.“ Nur mit Hilfe rassisti-

scher Bestimmungen könnte eine „weißafrikanische Nation“ bestimmt werden. Zugleich will Lambsdorff, daß festgeschrieben wird, daß, wer als Kolonialherr vorwiegend aus Europa nach Südafrika siedelte und siedelt, was tatsächlich seit 300 Jahren geschieht, zur „gewachsenen“ Nation gehört und daß dessen Position mit Sonderrechten und Sondergarantien abgesichert, d.h. mindestens erhalten werden muß. Das ist die unverblühte Forderung nach Aufrechterhaltung der Apartheid und der Koloni-



Lambsdorff scheut vor offenem Rassismus nicht zurück.

sierung Südafrikas durch die europäischen Imperialisten. Lambsdorff erklärt, dies sei das freiheitliche Programm auch der liberalen Kräfte und Parteien in Südafrika — zu denen auch so mächtige Konzernchefs wie Oppenheimer gehören. — (uld)

„Zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht“

Dieses als persönliche Erklärung von Prominenten verfaßte Dokument muß man nach Äußerungen aus der VVN behandeln als politische Grundlage der VVN für Aktionen auch mit anderen an diesem Jahrestag.

Der erste Teil, eine Beschreibung und Bewertung der Vorgänge vor 50 Jahren, enthält unter vielem Richtigen insbesondere in einem Punkt Problematisches:

„Die Juden wurden zusammen mit Christen, Kommunisten, Liberalen, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, zusammen mit den Sinti und Roma und anderen Gruppen aus der ‚Volksgemeinschaft‘ ausgegrenzt und zu Volksfeinden erklärt.“

Entscheidend für die bruchlose Durchsetzung der Ziele des Finanzkapitals war doch wohl nicht die „Ausgrenzung“ aus der „Volksgemeinschaft“, sondern die Herstellung derselben über die chauvinistische, rassistische Ideologie der Nationalsozialisten. Angesichts aktuell zuneh-

mender Verbreitung von Chauvinismus und Rassismus auch in der Regierungspolitik muß man es als einen ziemlich gefährlichen Versuch von seiten der Initiatoren der Erklärung betrachten, über die unkritische Darstellung der „Volksgemeinschaft“ Bündniskräfte aus dem bürgerlichen Lager zu gewinnen.

Der zweite Teil der Erklärung, in dem es um die Lehren geht, enthält unterstützenswerte Anliegen:

- gegen Haß und Hetze gegen Minderheiten, Andersgläubige und -denkende,
- für Menschenrechte, demokratische und humanistische Prinzipien, für Verbot jeder Diskriminierung und für das Grundrecht auf Asyl,
- für Frieden, Abrüstung und Völkerversöhnung, für Achtung der Menschenwürde,
- „Die NPD sowie alle weiteren neofaschistischen Parteien und Organisationen müssen verboten werden. Dasselbe gilt für Publikationen und Filme, die Ausländerfeindlichkeit sowie Rassen- und Fremdenhaß propagieren.“

Die Erklärung ist zu erhalten über: VVN, Rosserstr. 4, 6000 Frankfurt — (heb)

Gauweiler mogelt sich durch die „Welt“

Der bayerische Staatssekretär Gauweiler verteidigte in einem Interview mit der „Welt“ am 25.7.88 die Auflösung einer Kurdistan-Veranstaltung in München Anfang Juni durch die Polizei: „Zu befürchten waren insbesondere öffentliche Aufforderungen zu Straftaten, Störungen des öffentlichen Friedens durch Androhungen von Straftaten, Nötigungshandlungen und sonstige Gewalttätigkeiten. Diese Befürchtungen ergaben sich aus der Zusammensetzung des Veranstalterkreises ...“

Im „Kurdistan-Rundbrief“ vom 4.8.

88 ist eine Stellungnahme aus dem AK Kurdistan München zu diesen Behauptungen veröffentlicht, aus der wir im folgenden Auszüge veröffentlichen. Der Rundbrief ist zu beziehen über: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 5000 Köln 1. — (uld)

„Die von Staatssekretär Dr. Gauweiler am 25.8. in einem „Welt“-Interview geäußerten Behauptungen über Ziele und Umstände der auf sein Betreiben hin verbotenen und trotz des gerichtlichen Scheiterns des Verbotes mit Polizeigewalt unterdrückten Kurdistan-Veranstaltung zielen auf eine Kriminalisierung von Kurden und von allen, die bereit sind, vorurteilsfrei mit Vertretern kurdischer Organisationen zu diskutieren. ... Betrachtet man einmal nüchtern, was Staatssekretär Gauweiler sagt und was zweifelsfrei geschah, sieht man wen protzen, eine Veranstaltung auseinandergetrieben zu haben, deren Verbot nicht durchsetzbar war, mit Gewalt, ohne Recht. Das gefällt nicht allen, da heißt es dann, der Verantwortung auskommen. Die Leidtragenden seiner Taten stilisiert er zu Tätern und stellt sie mit mit Amtsbefehl an den Pranger. Zynisch beruft er sich auf das anstehende „Hauptsacheverfahren“, das die Tatsachen klären werde. Er schafft eine Situation, wo das prüfende Gericht kaum vermeiden kann, ihn als Lügner zu zeichnen, wenn es Recht spricht. Davor wird, so meint er wohl, die Klassensolidarität des Bürgertums ihn bewahren. Gauweiler, das sagt er im Interview, hört gerne, daß es in Bayern kein Spaß mehr mache, Autonome zu sein. Wenn er aber einmal nicht durchs Eselsohr des Verfassungsschutzes horcht, wird er merken, daß er nur so weiter machen muß, damit sich immer mehr Menschen ekeln, mit ihm und seiner Politik sozial und politisch zusammengebracht zu werden.“



Harte Bedingungen in der Unterhaltungsbranche Fußball: Die Bezirksverwaltung Mülheim der Verwaltungsberufsgenossenschaft hat vierzehn Bundesligavereine untersucht. Auf 1000 Vollarbeiter kommen 763 Unfälle. Das ist eine größere Unfallrate als z.B. im Bergbau. 65 Prozent aller Verletzungen sind an den Beine. — (jöd)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Privatuniversität: Einrichtung einer Eliteanstalt in Mannheim beschlossen 22

Späth-Aktion: „Mit Job siehst Du besser aus“ 22

Duisburger Verfahren: OLG will § 129a erweitern 23

Asyl: Kurde in die Türkei abgeschoben 23

Landesregierung Schleswig-Holstein: Vorhaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst 24

Siemens: Ausschnüfflung — Urteil soll kippen 25

Stromverbund: Anschluß Westberlins 25

Interview: ALLtag bei Audi — Bangen um den Arbeitsplatz 26

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

Bayerische Schulen: GEW gegen „Heimat erleben“ 29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Plakatkunst: Staack-Ausstellung im Münchner Stadtmuseum 30

Politischer Katholizismus: Wertorientierter Alt begründet CDU-Austritt 31

Diskussion um kurdische Kultur: Schmutzige Spiele der Imperialisten 32

Spezialberichte

Ausländergesetze: Mit viel „Integration“ sollen neue Ausländergesetze durchgesetzt werden 34

Asylpolitik: Große Koalition für mehr Abschiebungen 35

Ruhrkohle plant „Rotationsmodell“ 36

Für die Regierung unannehmbar: UN-Grundsätze für Wanderarbeiter 37

Sozialstatistik

Erwerbstätigkeit (I): Alter, Geschlecht, Familienstand 38

Aktuell in Bonn

Genscher in Moskau

Der BRD-Außenminister bereite mit seinem dreitägigen Moskaubesuch Ende Juli den Kanzlerbesuch für Oktober vor. Genscher gab sich zufrieden: Eine deutsch-sowjetische Arbeitsgruppe werde im August die Belange der „Rußland-deutschen“ beraten. Ebenfalls noch im August werde eine „Delegation der deutschen Wirtschaft“ die Halbinsel Kola besuchen und Gespräche über Rohstoffausbeutung führen. Die FAZ meldete, es sei auch im Gespräch, daß Siemens die UdSSR mit einem digitalen Fernmeldesystem ausstatten solle.

Blüm zur Rentenreform

Renten steigen künftig wie Nettolöhne (auch wenn sie besteuert werden und mit Versicherungsbeiträgen belastet sind); Renten bleiben an die Lohnhöhe gebunden; Beiträge und entsprechend der Bundeszuschuß steigen „um Zehntelpunkte“; „größere Freiheit in der Bestimmung des Rentenalters“ — das sind Eckpunkte der Rentenreform, wie sie Blüm am 23. Juli bekannt gab. Vom SPD-Vorsitzenden Vogel kam Zustimmung zur Rentenalterflexibilisierung ebenso wie zur Einbeziehung der Pensionen von Beamten in die Rentenreform, aber ohne Änderung des Beamtenstatus.

Sonderprogramm für Aussiedler

Kohl stellte auf seiner Pressekonferenz am 21. Juli ein Programm vor, das ihm „besonders am Herzen liegt“: Gemeinsam mit Ländern und Kommunen sollen mit dem „Sonderprogramm Aussiedler“ zusätzliche Wohnungen (der Wohnungsbauminister spricht von 10000), Sprach-

kurse u.ä. für die weiter in großer Zahl aus der UdSSR und Polen zu erwartenden „deutschstämmigen“ Aussiedler finanziert werden. 1989 will Innenminister Zimmermann 741 Mio. DM für die Eingliederung zur Verfügung stellen. Auch der SPD-Vorsitzende Vogel stimmte ein und verlangte dabei mehr Geld für die „Betreuungsverbände“, wobei er ausdrücklich den revanchistischen Bund der Vertriebenen hervorhob.

Trotz Reform: Höhere Einnahmen

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer erhöhten sich im ersten Halbjahr 1988 trotz der Steuerreform um 3,3% auf 75,5 Mrd. DM. Vor allem die zunehmende Beschäftigung am Bau sei der Grund, teilte das Finanzministerium mit. Auch die Steuern auf den Konsum brachten deutlich mehr — die „günstige Verbrauchskonjunktur“ brachte fast drei Mrd. DM mehr. Insgesamt waren die Steuereinnahmen von Bund und Ländern gegenüber Vorjahr um fast zehn Milliarden DM höher — der Geldsack zur Finanzierung der 90er-Reform füllt sich.

Kapitalexport

Das Wirtschaftsministerium veröffentlichte die Zahlen über Auslandsinvestitionen 1987. Danach stiegen die Direktinvestitionen (fast 13 Mrd. netto, d.h. Neuanlagen minus Rückflüsse) vor allem in Entwicklungsländer, während der Kapitalexport in Industriestaaten, insbesondere andere EG-Länder, zurückging. Daß die Direktinvestitionen mit rd. 3,6 Mrd. deutlich niedriger als 1986 scheinen, liegt eher am gesunkenen Dollarkurs als an einer Einschränkung des Kapitalexports: Ausländische Fabriken waren fürs BRD-Kapital billiger zu haben. Der Bestand westdeutscher Kapitalanlagen beträgt jetzt 134 Mrd. DM.

Kapitalistengewinne

Die Bundesbank hat eine Statistik über die Jahresabschlüsse der Unternehmen in den Jahren 1983/86 vorgelegt. Danach ergibt sich aus den ausgewerteten rd. 70000 Bilanzen, daß die Jahresüberschüsse der Unternehmen vor Steuerabzug um durchschnittlich 7½% pro Jahr stiegen, nach Steuern sogar um 12½%. Die Bundesbank führt diese „nachhaltige Ertragsverbesserung“ auf kräftige Absatzsteigerung, aber auch eine „moderate Kostenentwicklung und steuerliche Entlastungen“ zurück. Weiter geht aus den Zahlen hervor, daß die Kapitalisten ihre Rückstellungen mit um fast 10% jährlich kräftig aufgestockt haben, während die inländischen Neuinvestitionen mit knapp 6% eher unterdurchschnittlich waren. Monatsbericht der Bundesbank, Juli 1988

Warncke empört über Italien

Völlig undiplomatisch äußerte sich der Verkehrsminister zum Beschluß der italienischen Regierung, die Höchstgeschwindigkeiten auf Autobahnen und Landstraßen herabzusetzen. „Ärgernis“, „Überfall“, „Plünderung von Touristen“ und ähnliche grob die italienische Souveränität mißachtende Töne waren von Warncke zu hören. Einige BRD-Zeitungen kommentierten, die Geschwindigkeitsbegrenzung sei nur der Futterneid der Italiener, deren Luxussteuer auf Autos über zwei Liter zum Niedergang in der Konkurrenz der Oberklasse geführt hätte (FAZ, 26.7.). Vielleicht nicht eher so: BMW und Daimler haben bislang dafür gesorgt, daß die BRD das einzige EG-Land ohne allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung blieb?

Was kommt demnächst?

Am 30. August beginnt der SPD-Parteitag in Münster, u.a. soll über Quotierung für Parteifunktionen nach Geschlecht beschlossen werden, über Jugendpolitik, Wirtschaftspolitik, außerdem: Vorstandswahlen. Ende August Stellungnahme der Arbeitsgruppe Rentenreform der Koalitionsparteien. Im September soll dem Kabinett ein Beschluß zum Sonderprogramm Aussiedler vorliegen. Ebenfalls im September soll im Kabinett die Entscheidung über die weitere Subventionierung des Airbus-Projekts fallen. Nach der Sommerpause will das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen dem entsprechenden Bundestagsausschuß sein Programm für das 40-Jahre-BRD-Jubiläum vorstellen. Im Herbst will Kohl die erste „nationale Europa-Konferenz“ durchführen gemeinsam mit Kapitalisten und Gewerkschaften. Diese Konferenz soll wie einst die Konzertierte Aktion zur Dauereinrichtung werden für „den sozialen Dialog auf dem Weg nach Europa“ (Kohl). Am 24. Oktober reist Kohl nach Moskau.



Zusammen mit dem bayerischen Bundesrats- und Europaminister v. Waldenfels hat Strauß Herrn Crocker, Vize-Außenminister der USA, jetzt Bescheid gesagt, wie die Afrikaner über Sanktionen wirklich denken. Der Präsident des Frontstaates Mocambique, Joaquim Chissano, habe ihm gegenüber — Strauß war im Auftrage Kohls vor einigen Monaten da — geklagt, daß 43000 Gastarbeiter aus seinem Land in Südafrika entlassen worden seien wegen Sanktionen. Er, Chissano, trete zwar offiziell für Sanktionen ein, aber „zwischen Propaganda und Politik“ müsse man unterscheiden. Jetzt weiß man, wieso Strauß nach Afrika geschickt wurde. Er ist bedenkenlos genug, und wenn Betroffene sich aufregen, hat das Auswärtige Amt viele Ausreden — alt, kommt nicht oft usw. (Augsburger Allgemeine Zeitung. 1.8.88)

Kohls Moskaureise

Die BRD zielt auf allmähliche Isolierung der DDR

Ende Oktober wird Bundeskanzler Kohl mit einer Regierungsdelegation nach Moskau reisen; danach soll ein Besuch in der VR Polen sowie in der DDR (vermutlich erst im kommenden Jahr) folgen. Die operative Wiedervereinigungspolitik der BRD gegen diesen unmittelbaren östlichen Nachbarstaat kann sich mittlerweile im Westen auf einen Umkreis an direkter auswärtiger Unterstützung verlassen, der ihr längst den Mangel, sich hauptsächlich selbst tragen zu müssen, genommen hat. Gleichzeitig ist es dieser Anschlußpolitik gelungen, sich auch im Osten zusätzliche auswärtige Reserven zu verschaffen, so daß sie sich seit geraumer Zeit faktisch in einem „blockübergreifenden“ Rahmen entfalten kann. Insofern muß man davon ausgehen, daß die politische Verhandlungsbasis der BRD-Seite für jene drei eingangs angesprochenen Besuche erheblich stärker ist als je zuvor.

Im Westen: grenzen-lose Umtriebe

Hinsichtlich ihrer Nicht-Anerkennung der DDR-Staatsgrenzen befindet sich die Bundesregierung seit dem vergangenen Jahr in einer Lage, wo sie sich das Geschäft des „Mauer-Einreißen“ zunehmend mit anderen Mitgliedsregierungen der NATO/WEU teilen kann. An dieser Hetze gegen den territorialen Bestand eines in der UNO vertretenen Staates beteiligen sich nunmehr aber auch Kräfte aus einem nichtpaktgebundenen Land, nämlich Schweden. Dies ist ein sehr wichtiger Erfolg für die operative Wiedervereinigungspolitik der BRD. Und zwar hatte der jetzige Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokraten Ericson am 21.6. auf einer internationalen Konferenz über kernwaffenfreie Zonen in Berlin/DDR in einem zuvor eingereichten Redetext u.a. festgestellt:

Die DDR könne zu Fortschritten für den europäischen Frieden beitragen, „indem sie die Mauer abreißt, die Berlin in zwei Teile teilt“. Für die Europäer sei die Mauer zum Symbol für die „dunkelsten Tage des kalten Krieges geworden“. (1) Ericson wußte sehr wohl, daß die DDR insbesondere durch die gegen ihre Wirtschafts- und Staatsordnung gerichtete Tätigkeit der BRD zur hermetischen Abriegelung ihrer Grenzen gezwungen wurde. Offensichtlich hat er dennoch auf seine Hetze, die ja aus dem Opfer unfriedlicher Akte einen Täter gegen den Frieden machen will, nicht verzichten wollen. Daraufhin hat ihn die Konferenzleitung kurzfristig von der Rednerliste gestrichen.

Was die Bundesregierung selbst anbelangt, so hat sie vor kurzem endgültig deutlich gemacht, daß sie unbedingt an dem wilden Zustand im Elbabschnitt der Grenze zur DDR festhalten will: Nachdem die DDR-Regierung sich zunächst während des Honecker-Besuchs in dieser Frage auf die quasi-innerstaatliche Ebene (von Verhandlungen zwischen ihr und dem Land Niedersachsen) hatte abdrängen lassen, hat sie nunmehr erneut eine Regelung der Elbgrenze entlang der Flußmitte (was international üblich ist) verlangt — und zwar gegenüber der Bonner Regierung. Dies war notwendig, weil Bundesumweltminister Töpfer mit dem DDR-Umweltminister Reichelt ein „gemeinsames Vorgehen gegen die Flußverschmutzung“ vereinbaren wollte, d.h. ökologisch den ungeregelten Zustand (des derzeitigen BRD-Anspruchs auf die gesamte Flußbreite bis ans DDR-Ufer heran) festklopfen wollte — und somit eine Vorentscheidung für den Fortbestand des dortigen völkerrechtlich wilden Zustands durchgesetzt hätte. (2)

Die Weigerung der Bundesregierung in diesem Punkt, die Verlautbarungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht dazu (er sei zu einer „pragmatischen Regelung“ bereit) sowie die Forderung seines Umweltministers Remmers, die DDR mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu jener Vorentscheidung zu zwingen — „Hier, Freunde, da läuft nichts mehr, wenn ihr nicht in der Umweltpolitik auch in Sachen Elbe mitmacht“ (3) —, lassen folgendes deutlich werden: Die DDR soll sich auf einen Grenzzustand einlassen, wo sie ihren gesamten zivilen und grenzsichernden Flußverkehr mit Duldung der BRD abwickelt — wo sie also selbst beliebig viele schwimmende Vorwände für die zukünftige Anzettelung eines „Grenz-zwischenfalls“, sprich: Provokation eines Kriegsanlasses, liefern soll.

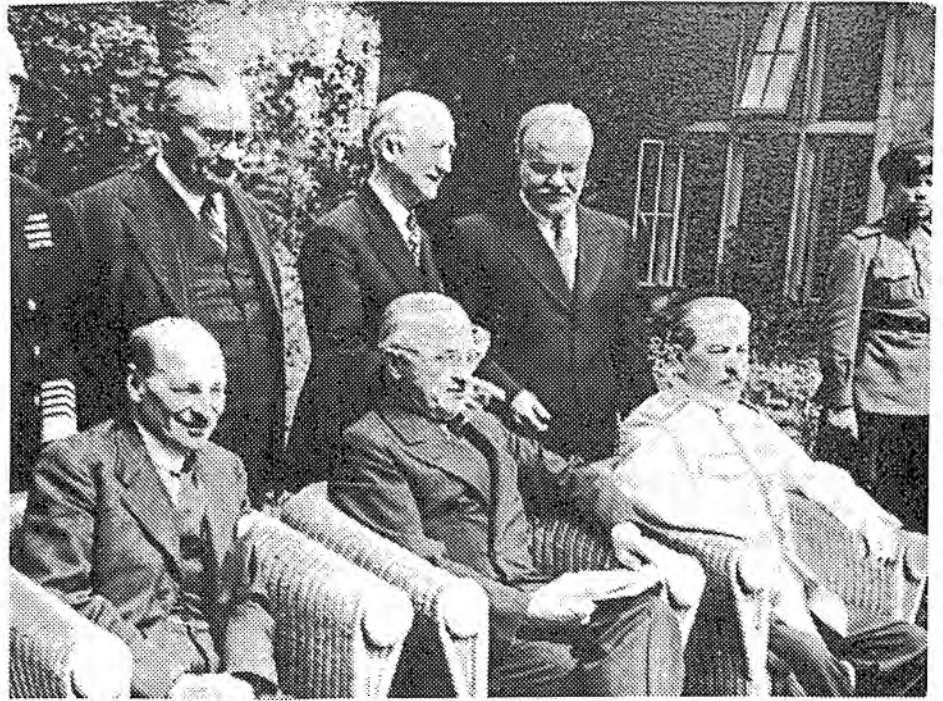
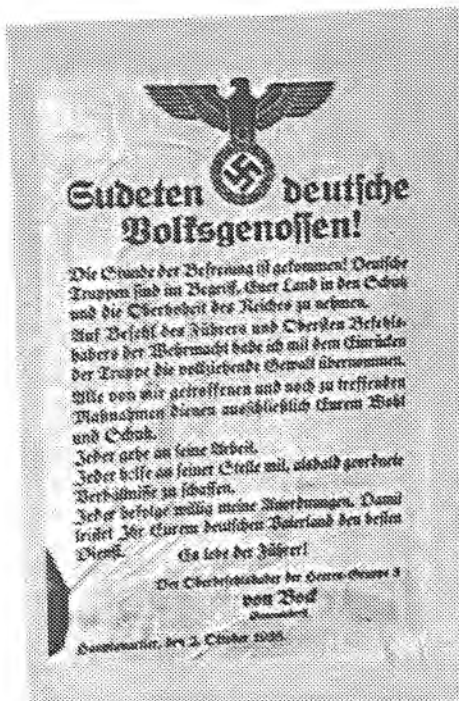
Im Osten: völkisches Völkerrecht

Die operative Wiedervereinigungspolitik der BRD gegen die DDR ist kein Selbstzweck, wie überhaupt die gesamte auf eine großdeutsch-bestimmte mitteleuropäische Machtbasis hinzielende „Deutschlandpolitik“ kein Selbstzweck ist, sondern deutsches Mittel zum (durch diese Machtbasis organisierten) europäischen Zweck ist. Im Hinblick auf die für dieses Expansionsprogramm unerläßliche völkische Mobilisierung ist es — wie die Geschichte lehrt — nicht nur bedeutsam, ob diese Mobilmachung auch au-

ßerhalb „Deutschlands“ als Volksgruppenpolitik in einem ausreichenden Umfang Fuß fassen kann. Sondern es ist auch wichtig (für den Erfolg des gesamten Expansionsprogramms), daß sich eine beträchtliche — von mehreren Staaten getragene — völkische Auffassung vom Völkerrecht durchsetzt: nämlich gegen das die souveräne Existenz von Staaten garantierende nicht-völkische Völkerrecht. Das ist insbesondere deshalb wichtig, weil der staaten-auflösende Zweck des Expansionsprogramms mit der Ideologie des „organischen Aufbaus Europas von den souveränen Volkskörpern bzw. Volkspersönlichkeiten her“ (4) operiert — da gibt's ganz ungebrochene Kontinuität von der Weimarer Republik übers „3. Reich“ bis hin zur Bundesrepublik.

Unter diesem Gesichtswinkel sind zwei östliche Tatbestände schlimm: Die auf Grund des Potsdamer Abkommens durchgeführte Aussiedlung aller Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn hat, so wie die antifaschistische öffentliche Kontrolle dies damals mit sich brachte, keine „Deutschen“ mehr in diesen betroffenen Staaten zurückgelassen. Desweiteren war klar, daß auch diejenigen Leute, deren Vorfahren im Zuge der mittelalterlichen reichsdeutschen Ostkolonisation etwa nach Rumänien oder in die heutige UdSSR gelangt waren, keine „Deutschen“ waren. Wenn nunmehr (mit Ausnahme der CSSR) diese östlichen Staaten einer wachsenden Zahl ihrer Bürger Ausreisen in die BRD ermöglichen, wie dies für eine Gesamtzahl von gut 150000 Menschen 1988 der Fall ist, und wenn sie damit der BRD die Inanspruchnahme dieser Menschen als „Deutsche“ ermöglichen, dann gestehen sie der BRD direkt das Geltendmachen der Existenz einer „volksdeutschen Minderheit“ in diesen betreffenden Ländern zu. Und sie gestehen ihr außerdem das Recht auf diesbezügliche Einmischung in ihre eigenen staatlichen Angelegenheiten zu. Die Regierung der VR Polen etwa hat die Existenz einer solchen „deutschen Volksgruppe“ stets zu Recht bestritten. Wie will sie denn jetzt bestreiten, daß ihr die BRD längst im Zuge der beiderseits vereinbarten Aussiedlungspraxis genau die Existenz einer solchen „Volksgruppe“ aufgedrückt hat? Das ist der eine schlimme Tatbestand.

Er hängt direkt mit dem zweiten zusammen: In der VR Polen gibt es großpolnische Kräfte: sie können z.B. ungehindert öffentliche Gebietsansprüche gegenüber der Litauischen Sowjetrepu-



Mit dem Potsdamer Abkommen war klar, daß es in Osteuropa keine „Deutschen“ mehr gibt, mit deren Hilfe jahrhundertlang die verschiedensten reichsdeutschen Staaten Einmischung betrieben hatten. Völkische Ideologie stellt dieses wichtige Ergebnis jetzt wieder in Zweifel.

blik erheben. Desgleichen gibt es groß-ungarische Kräfte, die die territorialen Regelungen der Balkan-Friedensverträge der Antihitlerkoalition 1947 in Frage stellen und sich insofern vor allem in die inneren Angelegenheiten Rumäniens einmischen. Auf einer Konferenz der KP Rumäniens Mitte Dezember 1987 war u.a. eine Steigerung der Eigenversorgung durch erhebliche Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion beschlossen worden. In diesem Zusammenhang steht die Zusammenfassung bzw. Verlegung von dörflichen Gemeinden in den ehemals ungarischen Gebieten, die die ungarische Seite zur Konfliktschürung von außen nutzt — und zwar mit dem Ziel der Erzwingung einer autonomen ungarischen Region in Rumänien als Zwischenschritt zur späteren Wiederangliederung dieses Gebiets.

Auf Grund dieser eigenen Absichten war die ungarische Regierung daher auch bereit, der BRD den „volksgruppen“-mäßigen Zugriff auf eigene Staatsbürger zu gestatten. Dies geschieht gegen den beiden Seiten bekannten ausdrücklichen Willen der betroffenen Leute: Eine Untersuchung des halbamtlichen Südostinstituts München belegt, daß die „Ungarndeutschen“ das Erlernen der deutschen Sprache ablehnen und auch durch mehr oder minder offenen behördlichen Druck nicht dazu zu bekehren sind. (5) Daß Ungarn trotzdem ein entsprechendes Kulturabkommen mit der BRD (unter Beifall Österreichs) geschlossen hat, macht deutlich, daß hier eine Kollaboration in Sachen völkisches Völkerrecht (zunächst gegen Rumänien) gesucht wurde. Das ist der zweite schlimme Tatbestand.

„Die DDR isoliert sich . . .“

Wie sehr die BRD mittlerweile nicht nur durch ihren kombinierten ökonomisch-militärischen Druck auf die Staaten des Warschauer Pakts, sondern insbesondere auch durch ihre gezielte Ausnutzung völkischer Strömungen innerhalb dieser Staatengemeinschaft vorangekommen ist hinsichtlich ihrer Einkreisungspolitik gegenüber der DDR, mag anhand der Stellungnahme des Kanzlerberaters Teltchik zur Vorbereitung der Ostbesuche Kohls deutlich werden. Nachdem der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Lintner bereits am 7.7. gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (8.7.) eine „Isolierung“ der DDR-Regierung im Ostblock festgestellt hatte, hat Teltchik dies zunächst am 25.7. im „Deutschlandfunk“ bekräftigt: „Ostberlin sei dabei, sich im östlichen Bündnis zu isolieren“. (6) Am 27.7.88 veröffentlicht dann die „FAZ“ die Zusammenfassung eines Redaktionsgesprächs mit dem außenpolitischen Abteilungsleiter im Kanzleramt unter der Überschrift: „Teltchik: Im östlichen Bündnis entsteht eine Allianz der Reform. Drohende Isolierung der DDR / Beispielhafte Beziehungen zu Ungarn“. In dieser Gesprächszusammenfassung verweist Teltchik zunächst darauf, daß die Annäherung von EG und RGW offenbar die RGW-Staaten in zwei Gruppen geteilt habe — hier die Reformallianz UdSSR, Ungarn und Polen (CSSR), dort die Staaten mit Vorbehalten: Rumänien und die DDR. Beide Seiten seien, so Teltchik, übrigens auch vom sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow (auf dem Prager RGW-Treffen Anfang Juli) gleichgesetzt worden. Für die BRD, so der Kanzlerberater,

„sei es nachteilig, wenn sich die DDR im Warschauer Pakt isoliere“. — Teltchik nannte gegenüber der „FAZ“ drei Gebiete, „die das Bonner Bemühen um Osteuropa förderten“. Erstens: dortiges Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit; zweitens: dortiges Interesse an konventioneller Abrüstung. „Drittens werde die Frage der nationalen Minderheiten in Osteuropa immer bedeutsamer. Die Frage der Menschenrechte spiele im Warschauer Pakt eine stärkere Rolle. Teltchik verwies auf ungarische Minderheiten in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Rumänien. Gorbatschow sehe sich mit den Schwierigkeiten der nationalen Minderheiten in der Sowjetunion konfrontiert. Dabei überlappten sich Interessen zwischen den Staaten des Warschauer Paktes. Für Ungarn sei es deshalb wichtig gewesen, die Frage der deutschen Minderheit als Modell gut zu lösen. Vielleicht ergebe sich hier ein Beispiel für Gorbatschow, wie man mit nationalen Minderheiten einvernehmlich umgehen könne.“

Die Botschaften, die das Kanzleramt hiermit an die zukünftigen Gesprächspartner in Moskau und Warschau ausstrahlt, sind eindeutig — und ganz besonders eindeutig ist die Nutzung der Grenzrevisionspolitik Ungarns in diesen Botschaften. Man wolle keine Isolierung der DDR, sagt Teltchik — und weiß, daß ihn derzeit niemand daran hindert, Balken zu verbiegen.

Quellenhinweis: (1) NOZ, 22.6.88; (2) NOZ, 14.7.88; (3) NOZ, 7.5. und 26.7.88; (4) R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, S. 544-547; (5) Südosteuropa, Jg. 1985, S. 396f; (6) NOZ, 26.7.88 — (huh)

Bundesanwaltschaft

Rebmann weitet seine Tätigkeit aus

Eine weitere Ausweitung der Verfolgung nichtstaatstragender politischer Tätigkeit durch die Bundesanwaltschaft ist zu erwarten. Das jedenfalls muß man aus den von Generalbundesanwalt Rebmann auf der Halbjahrespressekonferenz am 21. Juli vorgelegten Materialien und seinen Äußerungen auf dieser Konferenz entnehmen. Rebmann wertet es als Erfolg der Razzien- und Verfolgungstätigkeit von Bundeskriminalamt und Landkriminalämtern, daß die sogenannten „linksterroristischen“ Anschläge — gemeint sind Anschläge auf Einrichtungen von Atomenergieunternehmen, der Rüstungsindustrie, Genforschungseinrichtungen und Einrichtungen, die die imperialistischen Umtriebe der BRD in der Dritten Welt fördern — in den letzten drei Jahren von Jahr zu Jahr weniger geworden sind. Daraus folgert die Bundesanwaltschaft aber keineswegs, daß sie nun ihre Tätigkeit einschränken könne. Mit ihren Methoden wird die Bundesanwaltschaft immer rabiater. Allein im letzten Jahr führten Bundeskriminal- und Landeskriminalämter drei zentral koordinierte, bundesweite Razzien gegen westdeutsche und ausländische Organisationen und Gruppen durch. Auf diesem Weg will die Generalbundesanwaltschaft weiter verfahren. Die verstärkte Zentralisierung von Bundes- und Länderpolizeien soll das Material zur Verfolgung liefern.

Ende Mai räumte die Kölner Polizei ein besetztes Haus und beschlagnahmte dabei die persönlichen Archive der Bewohner. Die Polizei übergab diese Sammlungen von Zeitungsausschnitten, Broschürenentwürfen, Flugblättern, Zeitschriften usw. dem Bundeskriminalamt, und die Bundesanwaltschaft bemüht sich nun, aus den vermutlichen Besitzern der beschlagnahmten Schriften „zum militärisch-industriellen Komplex“ eine Vereinigung nach § 129a (terroristische Vereinigung) zu konstruieren. (1) Auf ähnliche Weise ging die Bundesanwaltschaft bei der Verfolgung von I. Strobl, U. Penselin und vier weiteren, zur Zeit mit Haftbefehl gesuchten Leuten vor: Als für die Anklage wichtige Tatsache führt Rebmann in der entsprechenden Pressemitteilung auf, daß sich alle sechs intensiv mit der Kritik der Gentechnologie befaßt hätten. Um tätig zu werden, reichen der Bundesanwaltschaft und dem Bundeskriminalamt also zunehmend Hinweise auf die politische Kritik an den Tätigkeiten und Bestrebungen westdeutscher und internationaler Konzerne. Solche Hinweise kann jede Polizeirazzia in

Kreisen der politischen Opposition für die Bundesanwaltschaft beschaffen.

Ein zweiter seit der Gesetzesänderung zum 1. Januar 1987 zunehmend wichtiger Schwerpunkt der Bundesanwaltschaft ist die Verfolgung von Ausländern. Rebmann führt etwa 60 Leute der politischen Opposition, gegen die er ermittelt bzw. Anklage erhoben hat, namentlich auf. Davon sind die Hälfte Ausländer, 20 Kurden, fünf Palästinenser und fünf Tamilen, außerdem berichtet er über Fahndungen nach Mitgliedern irischer, iranischer und palästinensischer Organisationen. Von den Bundeszentralregister eingetragenen verurteilten 4,5 Millionen Personen sind etwa 20 Prozent Ausländer.

(1) Kölner Stadt-Anzeiger, Die Welt v. 22.7.88; weitere Quelle: Pressemitteilung des Generalbundesanwalts v. 21. Juli 1988 mit Anlagen — (uld)

ÖTV-Streik

Arbeitskampf am Reha-Zentrum

In dem Streik der 180 Beschäftigten des Rehabilitations-Zentrums Bad Honnef hat jetzt der NRW-Landesschlichter seine Vermittlungsdienste angeboten und zum 3.8.88 nach Düsseldorf eingeladen. Bisher hat die Leitung der Cornelius-Helferich-Stiftung strikt abgelehnt, mit der ÖTV einen Haustarifvertrag abzuschließen.

Die Beschäftigten betreuen 150 geistig Behinderte. Die Arbeitsbedingungen beruhen bisher auf verschiedenen Formen von Einzelverträgen, die auf den einseitigen Richtlinien des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes beruhen. Die Festlegungen wurden in den letzten Jahren zuungunsten der Beschäftigten verändert. Zum Beispiel: Früher gab es im Regelfall Früh- und Spätschicht. Seit zweieinhalb Jahren schrieb die Leitung in die Verträge die Verpflichtung zur Nachtschicht hinein. Damit wurde der Übergang zur 3er-Schicht vorgenommen. Im Zusammenhang der Beschäftigungsfluktuation sind jetzt 54% der Beschäftigten zur Nachtschicht verpflichtet. Den nächsten Schritt führt die Leitung derzeit durch: Für die Nachtschicht werden nicht mehr wie bisher zehn Stunden bezahlt. Nur noch 1,5 Stunden werden als „Nachtbereitschaft“ entlohnt.

Die Streikenden fordern, daß die Stiftung mit der ÖTV einen Haustarifvertrag auf der Grundlage des Bundesangestelltentarifs (BAT) abschließt über Arbeitsbedingungen, tarifvertragliche Eingruppierung und Bezahlung sowie geschützte

Bedingungen für die Arbeitszeiten.

Nachdem die Stiftung zunächst versucht hatte, den Streik mit einer einstweiligen Verfügung wegen angeblicher Gefährdung der Patienten abzuwürgen, was fehlschlug, da die ÖTV einen vorbildlichen Notdienst zur Betreuung der Kranken organisiert hat, war sie erst am 19.7. zu einem Gespräch bereit. Ihr Angebot sieht vor, die Einzel-Arbeitsverträge auf der Grundlage des BAT umzustellen. Ein Haustarifvertrag wurde weiter abgelehnt. In einer Presseerklärung teilte die ÖTV mit: „... stellten die Streikenden fest, daß die Äußerung eines Vertreters der Cornelius-Helferich-Stiftung, „sie bevorzuge eine einzelvertragliche Regelung, um auf eine eventuelle Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen flexibel reagieren zu können ...“, eine tarifvertragliche Absicherung der Arbeitsbedingungen geradezu zwingend erforderlich mache.“ Die Streikversammlung vom 20.7. lehnte dieses Angebot einstimmig ab.

Die ÖTV vermutet, daß der Paritätische Wohlfahrtsverband Druck ausübt, um bei Einrichtungen der sozialen Dienstleistungen die tariflosen Zustände beizubehalten.

„Die Behinderten blühen richtig auf“ während des Streiks, berichtet der Betriebsratsvorsitzende. Unter dem Deckmantel „Arbeitstherapie“ mußten die Behinderten bisher industrielle Waren mit vorgegebenen Stückzahlen in monotoner Arbeit fertigen.

Quellenhinweis: Presse-Dokumentation der ÖTV-Kreisverwaltung Sieburg — (gba)

EGB

Europäisches Sozialprogramm

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat im Februar dieses Jahres ein Sozialprogramm vorgelegt, dessen Tendenz teilweise schon durch seinen Titel gekennzeichnet ist: „Gestaltung des europäischen Sozialraums im Binnenmarkt“. Das große Geheimnis der europäischen Sozialdemokraten, warum eigentlich die Gewerkschaftsbewegung für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes eintreten soll, wird auch durch dieses Programm nicht gelüftet. Im Gegenteil, dort wo dieses Programm Substanz hat, befaßt es sich mit den — schädlichen — Folgen des EG-Binnenmarktes.

Der EGB fordert eine europäische Arbeitsschutzgesetzgebung, die Obergrenzen für die zulässige tägliche und

wöchentliche Arbeitszeit festlegt und Überstunden einschränkt. In einer Rahmenrichtlinie will der EGB zudem Mindesteinstunden, Nachtarbeit und Schichtarbeit geregelt haben. Welche Obergrenzen für die Arbeitszeit gelten sollen, wie weit Nachtarbeit eingeschränkt werden soll, wie lange die Mindesteinstunden sein sollen, läßt das Programm offen. Der Schutz des arbeitsfreien Wochenendes, zumindest des Sonntags, wird nicht gefordert. Der EGB verlangt zur Verbesserung der Arbeits-, Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen Normung auf europäischer Ebene. Dazu liegt eine eigene Entschließung des EGB vom Oktober 1987 vor.

Der EGB fordert: „Alle Erwerbstätigen — unabhängig von der Art ihrer Arbeitsverträge und von der geleisteten Stundenzahl — sollten über eine soziale Sicherung im Rahmen der Kranken-, Arbeitsunfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung verfügen, die ihnen die Beibehaltung eines angemessenen Lebensstandards ermöglicht.“ Das gleiche müsse auch für arbeitssuchende Jugendliche und Frauen gelten, die noch nie erwerbstätig waren. Obwohl der EGB auch hier die Definition eines „angemessenen Lebensstandards“ umgeht, stellt er doch ein wichtiges Prinzip auf, nämlich vollständigen Sozialversicherungsschutz für alle Lohnabhängigen. Zudem verlangt der EGB Mindestansprüche aller beim Zugang zu Gesundheitsdiensten und öffentlichen Einrichtungen sowie „Rechte der Arbeitnehmer in Bezug auf Einstellung und Entlassung“.

Weitere Forderungen betreffen die Gewerkschaftsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Schutz gewerkschaftlicher Interessenvertreter und Anerkennung europäischer Verhandlungsdelegationen. Der EGB stellt den Grundsatz auf, daß *alle* erworbenen Rechte und vertraglichen Abkommen, unabhängig von den rechtlichen Formen europäischer Unternehmenskooperation, geschützt sein müssen. Beim Unternehmensrecht geht es dem EGB um das „Recht der Arbeitnehmervertreter auf ausführliche Unterrichtung, Konsultations- und Verhandlungsrecht in allen wichtigen unternehmerischen Angelegenheiten, bevor die Beschlüsse gefaßt werden“, sowie um Vertretungsrechte auf allen Konzernesebenen.

Viel Interesse scheint der DGB nicht zu haben, dieses Programm in den Einzelgewerkschaften ernsthaft zu beraten. Starkes Interesse zeigt der DGB an Kohls Vorschlag, auf einem „nationalen Forum“ zusammen mit den Wirtschaftsverbänden „zentrale europäische Fragen im Lichte deutscher Interessen gemeinsam zu beraten“. Damit sind die Ansätze für ein europäisches Gewerkschaftsprogramm schon wieder in Gefahr. — (poj)

Iran — Irak

Kriegsgegner erschöpft — Ende des Golfkriegs in Sicht?

Nachdem Iran der UN-Resolution 598, die einen bedingungslosen Waffenstillstand vorsieht, zugestimmt und damit seine frühere Forderung, zunächst müsse Irak als Aggressor gebrandmarkt werden, aufgegeben hat, zeichnet sich das Ende des acht Jahre währenden Krieges zwischen Irak und Iran ab. Zwar wird immer noch gekämpft. Doch unübersehbar sind beide Kriegsgegner erschöpft. Der Krieg hat die Volkswirtschaften beider Länder zerrüttet, ihre Abhängigkeit vom Imperialismus verstärkt und alle Pläne zu ihrer Entwicklung zunichte gemacht. Beide Regimes treffen auf immer stärkere innere Widerstände gegen die Fortsetzung des Krieges.

Krisenhafte Entwicklung der Lage in Iran

Die Schwierigkeiten der Islamischen Republik Iran, den Krieg fortzusetzen, wurden im letzten Winter offenbar. Die iranische Armee, die einen v.a. auf Infanterie gestützten Krieg führt, war nicht in der Lage, die in den früheren Kriegsjahren übliche Winter-Großoffensive durchzuführen. Spätestens seit Sommer '87 hatte das Regime erhebliche Probleme gehabt, „Freiwillige“ zu mobilisieren, die es als Menschenmaterial in die Schlacht werfen konnte; der Erlaß, ab sofort auch Studenten einzuziehen, stieß auf Widerstand; die Kampfmoral der Soldaten, bei allen Offensiven gegen irakisches Gebiet immer schon deutlich niedriger als in der Verteidigung iranischen Territoriums (entsprechendes gilt umgekehrt auch für die irakische Armee), sank auf einen Tiefpunkt, und die Zahl der Deserteure nahm so stark zu, daß sich das iranische Parlament damit befaßte und die desertierten Soldaten zur Rückkehr aufrief. (1)

In dem wachsenden Defätismus spiegelt sich die krisenhafte Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Iran wider.

Die Islamische Republik bezieht den weitaus größten Teil, ca. 90%, ihrer Deviseneinnahmen aus dem Erdölexport. Sie hat ihre Deviseneinnahmen in den letzten Jahren in wachsendem Maße für Einkäufe auf den internationalen Waffenmärkten verwandt, also nicht zum Aufbau einer unabhängigen iranischen Wirtschaft benutzt.

Die Situation wird extrem verschärft durch sinkende Nachfrage nach Öl — die Nachfrage der imperialistischen Mächte nach OPEC-Öl war 1985 halb so groß wie 1973 —, verbunden mit dem Verfall des Ölpreises. Für den Iran bedeutete das: Seine Einnahmen aus dem Erdöllexport sanken von 24 Mrd. \$ 1983 auf 15,5

Mrd. 1985 und stürzten dann 1986 auf 6-7 Mrd. (2)

Die Auswirkungen sind katastrophal. Das Regime versuchte, die Einnahmeverluste aus den Erdölexporten — 1986 betrugen die Ölexport-Einnahmen noch 21% des Staatshaushaltes gegenüber 71% 1979 — durch wachsende Besteuerung gerade der werktätigen Bevölkerung auszugleichen.

Gleichzeitig beschränkte es die Importe für nicht-militärische Industrien auf ein Minimum. Doch Iran hat seit dem Sturz des Schahs 1979 keine Fortschritte im Aufbau eigener Industrien gemacht. Noch immer stammen 90% der Industrieanlagen aus EG-Ländern, den USA oder Japan. (3) So bedeutet die Kürzung der Importe, daß die Kapazitäten der Fabriken zu 20 bis 30% ausgelastet sind, weil Rohstoffe, Maschinen, Ersatzteile fehlen. Ein großer Teil der Arbeiter ist arbeitslos und weiß bei strenger Rationierung der Lebensmittel und einer Inflationsrate von über 70% kaum sein Leben zu fristen.

Doch am härtesten tragen die Bauern an den Lasten des Krieges. Das Regime hatte eine Landreform zugesagt, und es hatte zugesagt, die Selbstversorgung Irans binnen zehn Jahren zu erreichen. Doch es hat keine einzige der Forderungen erfüllt, zu deren Durchsetzung sich die Bauern zum Sturz des Schahs erhoben hatten.

Statt die Bauern, die nach 1979 in vielen Gebieten die Großgrundbesitzer vertrieben hatten, in ihrem Kampf um Landreform zu unterstützen, hat das Regime diesen Kampf mit insgesamt acht Gesetzen „zur Überlassung und Urbarmachung der Ländereien“, in z.T. rascher Abfolge verabschiedet und wieder aufgehoben, unterdrückt, die Verteilung des Landes verhindert bzw. weitgehend rückgängig gemacht und die Großgrundbesitzer in ihrer Stellung wieder gestärkt. Diese sind mit Hilfe der Geistlichen und der Justiz- und Sicherheitsorgane längst auf ihre Güter zurückgekehrt. Ihre Übergriffe auf die Bauern haben ein solches Ausmaß erreicht, daß sie in der iranischen Presse und im Parlament nicht mehr verschwiegen werden können. In einigen Regionen ist es sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. (4)

Das Ausbleiben einer grundlegenden Landreform verhinderte die Entwicklung der Landwirtschaft und vertrieb zahllose Bauern in die Städte. Die Einwohnerzahl Teherans z.B. hatte sich schon Mitte der achtziger Jahre gegenüber 1979 verdoppelt. (5) Das Regime versucht — vergeblich — der wachsen-



Der Kriegsverlauf selbst macht den harten Kampf um die Kontrolle der Erdölfelder deutlich: der Angriff des Irak auf das erdölreiche Khusistan, das Vorgehen der irakischen Armee in Irak-Kurdistan, die blutigen Kämpfe um das erdölreiche Gebiet um Basra und die Madschnun-Sümpfe, wo Öl vermutet wird.

den Verbitterung der Bauern mit Versprechungen, Appellen und Drohungen zu begegnen: „Nach dem Kriegsende wird unsere Landwirtschaft in kurzer Zeit blühen ... Wandert nicht aus den Dörfern ab, strömt nicht in die Städte, und ruiniert nicht das Glück des Landes“, so z.B. Ayatollah Meshgini. (6)

Die Stagnation der Landwirtschaft und die Tatsache, daß das Regime die meisten Soldaten aus den Familien der armen Bauern rekrutiert — Leute mit Geld können ihre Söhne für ca. 2000 \$ vom Kriegsdienst freikaufen (1) —, führten zu wachsender Abhängigkeit Irans von Nahrungsmittelimporten. Niemals zuvor in seiner Geschichte hat Iran so viel Nahrungsmittel importieren müssen wie heute, nach acht Jahren Krieg. Er ist heute einer der größten Nahrungsmittelimporteure unter den Ländern der Dritten Welt und importiert mehr als ein Viertel der benötigten Nahrungsmittel: 1987 für knapp 4 Mrd. \$. (7) Gleichzeitig wachsen die Rolle der Agroindustrien und ihrer Exporte: Während sich unter den Armen des Landes der Hunger ausbreitet, exportiert Iran Hunderttausende Tonnen von Tomaten, Kartoffeln, Pfirsichen, Melonen usw.

Mit dem Krieg gegen Irak hat die islamische Führung Irans lange Jahre die inneren Widersprüche unterdrückt. Doch der Krieg hat die Widersprüche verschärft. Alles weist darauf hin, daß Iran nicht mehr kriegsfähig ist. Aber ist die Islamische Republik fähig, Frieden zu schließen? Erstmals wird das Regime in die Lage kommen, die drängenden Forderungen der Arbeiter und Bauern nicht mehr mit dem Hinweis auf Krieg abspeisen bzw. unterdrücken zu können.

Widerstand gegen den Krieg in Irak

Wenngleich Irak in den letzten Monaten seine von Iran zeitweilig besetzten Ge-

biete zurückerobert und selbst auf iranisches Gebiet vorstoßen konnte und wenngleich das Regime Saddam Hussein gegenwärtig durch neue Bedingungen Waffenstillstandsverhandlungen hinauszögert, spricht doch viel dafür, daß auch seine Kräfte einen langen Krieg nicht mehr aushielten. Seine wirtschaftliche Lage ist nicht weniger ernst als die Irans, seine Verschuldung bei den Imperialisten und den arabischen Golfstaaten sehr hoch. Die Versuche der Regierung, durch die Privatisierung der einstmals verstaatlichten Betriebe Geld zur Finanzierung des Krieges zu beschaffen, treiben das Land weiter in die Abhängigkeit.

Für den wachsenden Widerstand in Irak gibt es einige Anhaltspunkte: Die Desertionsraten der irakischen Armee sind wahrscheinlich noch höher als die der iranischen. Es wird von Tausenden desertierter Soldaten berichtet, meist Kurden und Schiiten, die sich in den unwegsamen Sümpfen im Süden des Landes verborgen halten. In einige Vorstädte Bagdads, insbesondere die Hüttenvorstadt Saddam City, kann die Polizei nur mit Panzern eindringen, weil sich dort zu viele bewaffnete Deserteure aufhalten. Im ganzen Land hat die Armee zur Auffindung desertierter Soldaten Straßensperren errichtet. (8)

Mit drastischen Gesetzesverschärfungen antwortete das Regime auf jegliche Opposition. Mit der Drohung von lebenslänglichem Gefängnis oder Todesstrafe verfolgt es seit November 1986 jeden, der den Präsidenten Saddam Hussein oder die Baath-Partei öffentlich beleidigt. (8)

Besonders brutal geht die Armee gegen die im Norden lebenden Kurden vor. Auf ihrem Gebiet liegen bedeutende Erdölfelder, deren Verlust den Irak bedeutend schwächen würde. Mit begrenzter Unterstützung durch den Iran bei Wahrung ihrer Selbständigkeit nutzen

die Kurden den Krieg und die Schwächung des irakischen Regimes für den Kampf um Unabhängigkeit. Die durch kurdisches Gebiet führenden Überlandstraßen kann die Armee nur tagsüber in Konvois benutzen. Mehr als ein Fünftel der irakischen Armee ist zur Unterdrückung der Kurden abgestellt bzw. in Kurdistan gebunden. (1)

Stabilisierung der OPEC ist Friedensbedingung

Ein Friedensschluß wird durch die aggressive Strategie der Imperialisten erschwert, die zu der einschneidenden Senkung der Ölpreise und zur Lähmung und zum weitgehenden Auseinanderbrechen der OPEC geführt hat. Iran gehörte vor dem Krieg zu den größten Ölexporturen, und hinter Irak stehen mit Saudi-Arabien und Kuwait zwei andere große Exporteure. Der acht Jahre währende, mit großer Härte und Erbitterung geführte Krieg ist der schärfste Ausdruck der durch die Imperialisten gesteigerten Konkurrenz zwischen den OPEC-Staaten. Gelingt es den OPEC-Staaten nicht, ihre Konkurrenz untereinander einzudämmen, die Produktion in gegenseitiger Absprache zu drosseln und so die Preise zu stützen, dann ist nicht auszuschließen, daß sich neuerlich das Verlangen durchsetzt, sich der Erdölfelder des Konkurrenten zu bemächtigen, um einen größeren Anteil an der Erdölproduktion unter einheitliche, nämlich die eigene Kontrolle zu bringen.

Quellenhinweis: (1) Europäische Wehrkunde 7/88; (2) Handelsblatt, 29.10.87; Nachrichten für Außenhandel, 30.6.88; Rahe Kagar, Nov. 87; (3) Zeit, 18.9.87; (4) J. Kooroshy, Agrarverfassung der Islamischen Republik Iran, in: Orient 3/87; (5) Financial Times, 1.4.85; (6) zitiert nach 4; (7) Economist, 6.2.88; (8) Europa Archiv 6/88. — (sec)

Jugendpolitik

SPD-Parteitag startet jugendpolitische Offensive

Die SPD ist eine große Partei, und was sie beschließt, wirkt auf den Widerstand, den die Reaktion zu erwarten hat, fördernd oder abschwächend ein. Dem kommenden Parteitag in Münster wird nicht nur der Antrag vorliegen, den Zugang zu Parteiämtern nach dem Geschlecht der Bewerber zu quotieren, sondern neben anderen auch noch ein Antrag für eine jugendpolitische Initiative. Der Vorstand schlägt der Partei vor, ihre Jugendpolitik von zwölf Maximen — Grundsätze hätte man auch sagen können — leiten zu lassen, die wir unten dokumentieren. Da erfahrungsgemäß alles, was die SPD ersinnt, nach einer gewissen Zeit bei linken Organisationen als Problem ankommt, ist eine frühzeitige Auseinandersetzung sinnvoll.

Jugend, so heißt es erstens, bedeute Leben, das auf eine weitere Zukunft angelegt sei, als das der Erwachsenen. Die fein gesponnene Bestimmung klingt

stark und verfrachtet die Jugend doch in eine schwache Sonderstellung. Nicht der Beitrag, den junge Leute zur Entwicklung der Gesellschaft leisten können, ist ausschlaggebend, sondern die blöde „Wenn Du einmal groß bist“-Leier. Maxime eins appelliert nicht an die jungen Leute, bei der Bestimmung und Durchsetzung politischer Ziele mitzutun, sie werden Objekt für Reklame. Maxime eins gipfelt in dem Plan, ein jährlich wiederkehrendes Jugendfestival anzustiften. Durchsichtig geht's dabei nicht um etwas gutes für die Jugendlichen, sondern um eine Gelegenheit, bei der Jugend einflußreichen Multiplikatoren Heu in die Krippe zu schütten, damit sie für die SPD singen, spielen, tanzen.

Kultur biete, so zweitens, eine der letzten Chancen, die Routine des Alltags zu überwinden und neue Lebensentwürfe zu erproben. Die Vision vom zweigeteilten Menschen, dem routinierten Alltags-

menschen und dem feiertäglich erhobenen Kultur- und Geistesfreund, sieht im Bereich der „Routine“ die totale Anpassung an Normalzustand an und übersieht den Widerstand, der in dieser Routine entsteht und nicht bis Feierabend warten will.

Drittens weist man die Partei an, unbürokratisch, sinnlich, weinselig oder schnapslustig, jedenfalls aber lüstern zu sein und im Verhältnis zur Massenkultur nicht nur kritisch. Genau, anders wird sich die Führung im rheinischen Karneval nicht erringen lassen. Beachtlicher in diesem Abschnitt ist das Toleranzgebot betreffend unterschiedlicher Lebensstile. Diese Vorstellung rückt den Lebensstil in den Bereich der freien Wahl und schließt Frieden mit einer üblen reaktionären Illusionsmacherei, die behauptet, jeder sei seines Glückes Schmied.

Die SPD ist in ihrer Geschichte mit dem Emanzipationsstreben der Arbeiterbevölkerung verbunden. Eine neue Anbindung der Partei an soziale Interessen wird — viertens — nicht versucht, dort löst man sich vielmehr von der Vorstellung, Emanzipation im Kampf für eigene Interessen zu erreichen und sattelt um auf das „Sensibilisierungs“-modell, nach der Politik das Monopol von Menschen

Dokumentiert: Maxime zur Jugendpolitik

Die SPD wird sich in ihrem Bemühen, Jugendliche für die Partei zu gewinnen, an den folgenden zwölf vorläufigen Maximen zur Jugendpolitik orientieren.

1. Wir wissen: eine politische Partei gewinnt die junge Generation vor allem durch ihre Politik, nicht durch Organisationsmaßnahmen. „Jugendpolitik“ im Sinne von Jugendwohlfahrt, Jugendsozialpolitik, Verbändearbeit usw. ist nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtspektrum des Angebots, das junge Leute von der Politik erwarten. Weil Jugend Leben bedeutet, das auf eine weitere Zukunft hin angelegt ist als das der Erwachsenen, muß eine Partei, die die junge Generation erreichen will, die großen Zukunftsprobleme in *offenen Foren* überzeugend, pluralistisch und ohne die Absicht der Indoktrination diskutieren. Die SPD muß sich Orte der Begegnung mit der jungen Generation schaffen. Sie strebt deshalb an, als festen Orientierungspunkt für die Debatte mit der jungen Generation eine Tradition jährlich wiederkehrender offener Jugendfestivals zu begründen.
2. Wir müssen von einem starren, ritualisierten Politikverständnis Abstand nehmen und in unsere Vertrauensarbeit stärker kulturelle Elemente einbeziehen. In einer immer komplexeren, immer stärker durchorganisierten Gesellschaft bietet Kultur eine der letzten Chancen, die Routine des Alltags zu überwinden und neue Lebensentwürfe zu erproben. Dies ist nicht nur, wohl aber in besonderem Maße für junge Menschen wichtig. Wir müssen deshalb Kulturarbeit aus der Rolle der Garnitur, des Pausenfüllers oder der Umrahmung befreien und zum integrierenden Bestandteil unserer politischen Kommunikation machen.
3. Die Vertrauensarbeit der SPD muß und darf nicht bürokratisch, unsinnlich, bierernst und lustfrei sein; unser Verhältnis zur Massenkultur nicht allein kulturkritisch. Aufklärung und Sinnlichkeit sind keine Widersprüche, es ist eine

Linke denkbar, die Bilder hat. Die SPD muß als große Volkspartei immer eine Toleranz unterschiedlicher Lebensstile vorleben; im Umgang mit der jungen Generation aber muß sie insbesondere die Ausstrahlung von Bürokratie, Unbeweglichkeit und Düsternis vermeiden.

4. Wie die Arbeiterbewegung in früheren Jahrzehnten die Sehnsüchte und Interessen der arbeitenden Jugend in ihren Vorfeldorganisationen aufgegriffen hat, muß auch die SPD von heute den Sehnsüchten und Interessen der jungen Generation auf der Spur bleiben. Die Zeit, in der die Sozialdemokratie in eine eigene Subkultur ausweichen mußte — weil sie von der offiziellen politischen Kultur diskriminiert war —, ist vorbei. Ein enger Kontakt zu parteiunabhängigen, für unsere Ideen aber aufgeschlossenen gesellschaftlichen Organisationen bleibt aber wichtig, um die junge Generation zu erreichen. Die Rolle, die in den 30er Jahren der Arbeiterradiobund spielte, mag heute ein Computerclub übernehmen; das Interesse, das früher der Arbeitersport fand, mag sich heute auf eine Mitarbeit in der Friedens- und Umweltbewegung konzentrieren. Die SPD muß sich stetig die Frage stellen, um welche Themen oder Freizeitbeschäftigungen sich politische Sensibilisierung kristallisiert. Die Partei und ihre Jugendorganisation darf sich nicht selbstgenügsam in den eigenen Organisationen isolieren, sondern muß Fühler in die Gesellschaft ausstrecken: zu neuen Organisationsformen, neuen Technologien, neuartigen Fragestellungen.
5. Wir können die Probleme der Zukunft nicht für die junge Generation lösen; wir müssen der jungen Generation die Möglichkeit geben, selbst an dieser Lösung mitzuwirken. In den Führungsgremien der SPD auf allen Ebenen, dem Europa-Parlament, dem Bundestag und den Landesparlamenten sowie in den Gemeinde- und Stadträten, müssen sich auch Frauen und Männer der jungen Generation, also beispielsweise Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unter 30 befinden. Wir brauchen keine Quote für die junge Generation, wohl aber das Bewußtsein, daß ein Generationsvertrag, der nur von der älteren Generation abgeschlossen und diskutiert wird, nicht funktionieren kann.

ist, die zu besonders feiner Wahrnehmung in der Lage sind.

So hochsensibilisierte Figuren denken viel, und besonders an die Zukunft und besonders an die eigene. Die Partei macht sie — fünftens — darauf aufmerksam, daß bei ihr jemand, der sich rechtzeitig krümmt, auch parlamentarisch früh einhaken kann. Allerdings, so liest sich sechstens, sind die Anwärter behutsam an die Partei herzuführen, nicht daß sich erst übertriebene Hoffnung und dann Enttäuschung bilden muß. In sogenannten Projekten ist es, so siebentens, möglich, die Menge beschäftigt zu halten, bis die geeigneten herausgefunden sind. Ja, und achtens, wären da noch die Kinder. Auf deren Rechte zu sprechen zu kommen, würde tief in das Toleranzgebot beim Lebensstil eingreifen. So stellt der Vorstand der Partei die seltsame Aufgabe, mit der Freizeitindustrie um die Aufmerksamkeit der Kinder zu wetteifern.

Die Jugend repräsentiere — neuntens — sowohl Avantgarde als Nachhut der gesellschaftlichen Entwicklung. Als Nachhut bezeichnet die SPD die Arbeiterjugend, als Vorhut die Gymnasiasten. So wird die Kritik entwertet, die aus der



Vogel, in erprobter Position

frühen und aussichtsarmen Konfrontation mit dem Arbeitsmarkt entsteht, während der sachleere Optimismus, mit der die High-Tech-Leute in die Konkurrenz stürzen, vergötzt wird.

In den drei abschließenden Maximen zehn, elf und zwölf, kommt die Zielrichtung der jugendpolitischen Offensive nochmals heraus.

Es geht dabei schon um ein Kunststück. Die Widersprüche, in die junge Leute zur Gesellschaft geraten, sollen dort nicht politisch verarbeitet werden,

wo sie entstehen. In der Familie, der Schule und Hochschule, auch in der Arbeit ist vor allem das Toleranzgebot, die Lebensstile zu achten und zu bekräftigen, daß hier Routine einfach waltet, von der erst feierabends Abstand genommen werden darf. Es wird schon noch Sozialdemokraten geben, die wahrnehmen, wie stechend dieses aufgemöbelte Spießbürgertum nach Reaktion riecht, und die für eine Verbindung von Reformpolitik und Widerstand offen bleiben. — (maf)

6. Der Grundsatz, daß erfolgreiche Vertrauensarbeit „lebendige Ortsvereine“ braucht, ist für die Arbeit mit der jüngeren Generation von besonderer Bedeutung. Die SPD muß versuchen, schon vor Ort Arbeitsformen zu entwickeln, die jüngere Menschen nicht abstoßen, sondern anziehen. Die Partei und ihr Jugendorganisationen müssen mit dem Ziel zusammenwirken, Sympathisanten und Sympathisantinnen aus der jungen Generation behutsam mit der Organisationsstruktur der SPD vertraut zu machen und diese andererseits behutsam an die Bedürfnisse der nachwachsenden Generation anzupassen.

7. Zur Verstärkung der Kontakte zu Jugendlichen bietet sich insbesondere die Durchführung von *Projekten* (z.B. Spurensicherung im Stadtteil, Gestaltung von Wohn- und Spielräumen) an. Eine engere Bindung an eine politische Partei ist für junge Menschen nur zumutbar, wenn sie nicht nur einer anonymen Großorganisation, sondern einzelnen Menschen begegnen, die in dieser Großorganisation verankert sind und Vertrauen mobilisieren können. Deshalb ist ein zentrales Prinzip der Kommunikation mit Jugendlichen das Prinzip der „kleinen Netze“. Im Zeitbudget der verantwortlichen Funktionäre und Abgeordneten der SPD muß die Bereitschaft zum Gespräch mit Jugendlichen im kleinen Kreis weit stärker berücksichtigt werden als heute.

8. Die Arbeit mit Kindern ist in weiten Teilen der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Schwächerwerden der Arbeitermilieus zurückgegangen oder eingeschlafen. Man wird sicherlich nicht bruchlos an die klassische Form sozialistischer Kinderarbeit anknüpfen können. Trotzdem muß die SPD einen Beitrag dazu leisten, Kinder nicht einfach der Freizeitindustrie zu überlassen.

9. Während großstädtische Jugendliche mit guter Ausbildung sich mit einer bewußt als Lebensstil verstandenen Jugendlichkeit Erwerbschancen und Existenzchancen in der High-Tech-Industrie sichern, sind Jugendliche mit Hauptschulabschlüssen in strukturschwachen Gebieten immer noch auf dem mühevollen Weg zu einer normalen Lohnarbeiterexistenz. So repräsentiert Jugend in der Gegenwart sowohl Avantgarde als auch Nachhut der gesellschaftlichen Entwicklung. Wir werden im

engen Kontakt mit den Falken und der DGB-Jugend prüfen, wie auch Kinder und Jugendliche des traditionellen Arbeitermilieus wieder stärker für die Mitarbeit in der SPD gewonnen werden können.

10. Junge Menschen gehen heute länger in die Schule. Damit werden die Schulen zu bestimmenden Orten der Meinungsbildung in der Bewußtwerdung der jüngeren Generation. Die SPD will nicht die Parteipolitik in die Schule tragen; wohl aber für die kritischen Fragen der nachwachsenden Generation zur Verfügung stehen. Schülerarbeit ist für uns nicht Indoktrination, sondern Kommunikation in überschaubaren, zur intensiven Arbeit fähigen Gruppen. Wir wollen der Schülerarbeit der Jungsozialisten eine stärkere Aufmerksamkeit widmen als im vergangenen Jahrzehnt.

10. Die SPD muß ihre Hochschularbeit aktivieren: Die Juso-Hochschulgruppen sollten mit größerer organisatorischer Handlungsfähigkeit ausgestattet und zu einem mit breiter Außenwirkung auftretenden Studentenverband weiterentwickelt werden. Eine Kooperation zwischen der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus und den Juso-Hochschulgruppen sollte angestrebt werden. Die SPD muß sich das Ziel setzen, eine Wiederbelebung der derzeit weithin brachliegenden politischen Diskussionskultur im Hochschulbereich in Angriff zu nehmen.

12. Bezirke und Unterbezirke der SPD werden aufgefordert, in Absprache mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Jugendbeauftragte der Vorstände zu wählen, die die Anliegen und Interessen der jungen Generation in der SPD unterstützen, den Kontakt zu den Jugendverbänden halten und die Jugendarbeit der Partei intensivieren.

Die SPD ist entschlossen, den Bundesparteitag in Münster zum Ausgangspunkt für eine jugendpolitische Offensive zu nehmen und beauftragt die Bundesgeschäftsführerin, im Zusammenarbeit mit der Jugendpolitischen Kommission, dem Ordentlichen Bundesparteitag der SPD von 1990 einen Bericht über die Jugendarbeit der Partei, die Zahl der jugendlichen Mitglieder und das Wahlverhalten der jungen Generation vorzulegen.

Schweiz/EG

„Aktive Integrationspolitik als Imperativ“

Der von den EG-Imperialisten für 1992 geplante gemeinsame Binnenmarkt hat im Nicht-EG-Land Schweiz lebhaft Diskussionen über das Verhalten gegenüber den zu erwartenden neuen wirtschaftlichen Realitäten ausgelöst. „Die Schaffung eines EG-Einheitsmarktes“, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ), führendes Blatt des Schweizer Finanzkapitals, „mit 320 Millionen Bewohnern und ohne jegliche Binnengrenzen beim Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital bedeutet für die außenstehenden Europäer eine permanente Herausforderung“. Notwendig für die Schweiz sei deshalb eine „aktive Europapolitik“. Die Schweizer Kapitalistenverbände und Konzernleitungen suchen gegenwärtig fieberhaft Wege, um vom Binnenmarkt profitieren zu können, ohne Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Die Schweiz pflegt seit Jahren enge Verbindungen zur EG. 1961 wurde ein Integrationsbureau und eine ständige Wirtschaftsdelegation institutionalisiert, um die Beziehungen mit Brüssel abstimmen zu können. Im Jahr 1972 schloß der Schweizer Staat ein Freihandelsabkommen mit der EG ab, das die Zollbefreiung im Handel mit Industriegütern zwischen dem EG-Raum und der Schweiz regelt. Für Schweizer Unternehmen, die im vergangenen Jahr Exporte im Wert von rund 67,5 Mrd. Franken (ca. 80 Mrd. DM) ausführten, ist die EG größter Absatzmarkt: 55% der Gesamtexporte gingen in Länder der Europäischen Gemeinschaft, der größte Teil davon in die BRD.

Unter der Perspektive des gewaltigen Binnenmarktes, der Anfang der 90er Jahre Realität werden soll, reichen diese Regelungen natürlich nicht aus, um den Schweizer Konzernen möglichst ungehinderten Zugang zu verschaffen. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, darüber besteht unter den Kapitalisten und innerhalb der Regierung gegenwärtig noch Uneinigkeit. Während einzelne Konzerne, vorwiegend solche, die schwerpunktmäßig in diesen Raum exportieren, einen Vollbeitritt zur Europäischen Gemeinschaft fordern, tritt der Kapitalistenverband, der Schweizerische Handels- und Industrieverein, für einen Sonderweg ein. Der Hauptgrund dafür: „Die Schweiz ist nicht nur Handelspartner der EG, sondern der ganzen Welt. Die Übernahme beispielsweise der protektionistischen Gepflogenheiten der EG kann für uns nicht in Frage kommen.“ Und auch Franz Blankart, Direktor des

Bundesamts für Außenwirtschaft (BAWI), warnt in diesem Zusammenhang: „Vergessen wir nicht, daß Sao Paulo, 10000 km von Zürich entfernt, die größte Investitionsagglomeration der Schweiz im Ausland darstellt. Für High-Tech ist nur der Weltmarkt groß genug, für den rentablen Absatz von Kleiderbügeln mag Westeuropa genügen.“ Andere Regierungsmitglieder, so z.B. der Außenminister, René Felber, und der Ener-

Schwerpunkt der Regierungs-Aktivitäten liegt dabei gegenwärtig auf einer Beseitigung „vermeidbarer Disparitäten gegenüber dem EG-Recht“. Fortschritte konnten dabei erzielt werden: Schon im März 1987 hat der Nationalrat (das Parlament) ein „EG-Postulat“ an den Bundesrat (die Regierung) überwiesen, in dem unter anderem verlangt wird, dem Parlament einen „Bericht zur Lage unseres Landes angesichts der europäischen Integration“ vorzulegen. Außerdem wurde der Bundesrat darin beauftragt, er solle prüfen, ob künftig bei Gesetzesvorlagen „ein Kapitel eingeführt werden soll, das aufzeigt, ob auf europäischem Gebiet bereits eine Regelung besteht und wie weit Kompatibilität oder Widerspruch zwischen ihr und der vorgeschlagenen



Die Schweizer Bourgeoisie drängt auf eine Annäherung an die EG. Bild: Zürcher Börse.

gie- und Verkehrsminister, Adolf Ogi, wollen einen formellen Beitritt nicht ausschließen, um die Gefahr „des Verpassens des EG-Zuges“ zu verhindern. Zur Uneinheitlichkeit der Positionen innerhalb der Schweizer Bourgeoisie mag auch beitragen, daß einzelne Konzerne „der Gemeinschaft schon längstens beigetreten sind“, wie das Blankart ausdrückt: Ein Großteil der Firmen, die vorwiegend in den EG-Raum exportieren, unterhält — gerade in Hinblick auf 1992 — heute schon Tochtergesellschaften in EG-Ländern.

Trotz gegenwärtig noch unterschiedlicher Positionen: Die Bourgeoisie will eine stärkere Annäherung an die EG. BAWI-Direktor Blankart, der sich in seiner Arbeit vom „kategorischen Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit“ leiten läßt, läßt schon seit einigen Jahren daran arbeiten, eine „aktive Integrationspolitik“ des Schweizer Staates gegenüber der Gemeinschaft zu entwickeln. Der

Rechtsvorschrift besteht“. Europaspzialist Blankart zu diesem Thema: „Als wichtigstes“ sei dafür zu sorgen, schon im Anfangsstadium „der schweizerischen und gemeinschaftlichen Rechtsetzungsprozesse durch Konsultationen die geplanten Rechtsvorschriften, Normen und Maßnahmen aufeinander abzustimmen, bzw. deren Wirkung möglichst gleichwertig zu gestalten, um den Weg der gegenseitigen Anerkennung nicht zu verbauen“. Die Kanäle solcher Konsultationen müßten über „die Diplomatie, die westeuropäischen Verbände und die in den Verbänden vertretenen Tochtergesellschaften von Firmen des anderen Partners“ laufen.

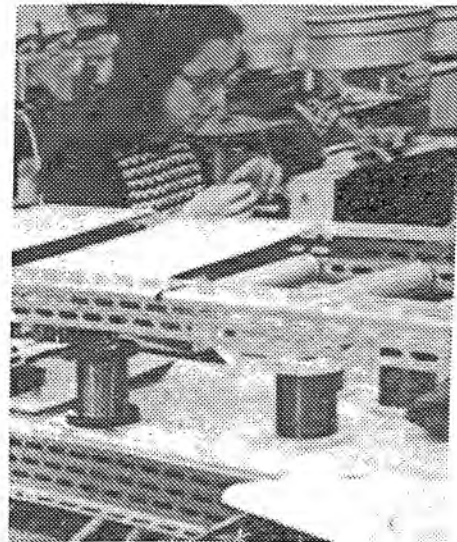
In der Diskussion von Kapitalisten und Regierung über den richtigen Kurs, um am Binnenmarkt profitabel zu partizipieren, werden Fragen um die Verträglichkeit von außen- und innenpolitischen Grundsätzen wie „Neutralität“ und „direkte Demokratie“ (Volksabstim-

mungen) mit dem EG-Recht der Frage der „Wettbewerbsfähigkeit“ nachgeordnet. Die Verwaltung prüft „völlig unvoreingenommen“ die Realisierbarkeit aller notwendigen Veränderungen. Der Neutralitätsgrundsatz sei, so der Direktor für Völkerrecht im Departement für auswärtige Politik, Mathias Kraft, „kein Tabu. Vielleicht wird sich da einiges ändern, vielleicht auch nicht. Wir leben auch in neutralitätspolitisch interessanten Zeiten.“

Obwohl die Schweizer Bourgeoisie mit ihrer aktiven Integrationspolitik gegenüber der EG noch am Anfang steht, zeichnet sich schon ab, daß sie mit weiteren Angriffen auf Lohn- und Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung verbunden werden soll. Eine von den Kapitalistenverbänden forcierte „Standort“-Diskussion beispielsweise zielt genau in diese Richtung. Zu hohe Arbeits- und Personalzusatzkosten gefährdeten im Blick auf 1992 den Standort Schweiz ebenso wie fehlender Nach-

wuchs im Forschungsbereich und ein Mangel an Fach- und Führungskräften. Blankart fordert in diesem Zusammenhang offen, „unter Wahrung der Sozialpartnerschaft“ müßten „die Arbeitskapazität, die Ausbildung, die (brauchbare) Forschung und die Investitionskraft“ gesteigert werden. Mehr „Freiheitsraum“ für die Kapitalisten, so Blankart, müsse sich als „Leitmotiv“ durch die „gesamte öffentliche Tätigkeit von Bund, Kantonen und Gemeinden“ durchziehen: „Nur so werden wir von der Gemeinschaft als konzessionswürdiger Partner angesehen werden.“ Und der schweizerische Industrieverein macht Druck in dieselbe Richtung, indem er seinen Mitgliedern rät, zu prüfen, „ob sich eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins (EG-, d.V.) Ausland aufdrängt“.

Opposition gegen die EG-Politik von Konzernen und Regierung zeigt sich bislang nur spärlich; Teile der Grünen Partei meinen gar, ein EG-Anschluß verbes-



„Standortdiskussion“ zielt auf Beseitigung von sozialen Standards.

sere die Aussichten, die reaktionären Schweizer Sozial- und Asylgesetze zu bekämpfen. Andere Vertreter der grün-alternativen Bewegung konzentrieren sich in ihrer Kritik auf die zu erwartenden negativen Folgen durch eine Anpassung Schweizer Gesetze in der Verkehrs-, Umwelt- und Agrarpolitik an EG-Normen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat, wenn auch äußerst vorsichtig, kritisiert, von einer Einbeziehung der Schweiz in den EG-Binnenmarkt würden vor allem Banken und Versicherungen profitieren, sowie Unternehmen, die billige Arbeitskräfte aus Südeuropa nachfragen.

Quellenhinweis: FAZ, 31.3.87, 11.5.87; Neue Zürcher Zeitung, 17.8.87, 29.10.87, 15./16.5.88; Schweizerische Handels Zeitung, 5.2.87; Die Wochenzeitung, 25.3.88. — (jüg)

„EG-Kritik aktualisieren!“

Im Juni 1986 beschloß der europäische Rat in Brüssel, die Europäische Gemeinschaft (EG) 1992 zu einem riesigen Handelsblock zusammenzuschweißen, in welchem sich Personen (Arbeitskräfte), vor allem aber Waren, Kapital und Dienstleistungen frei bewegen können ... Die Schweizer Wirtschaft ... hat begreiflicherweise alles Interesse, zu jenem Zeitpunkt gleichwertig wie ihre europäischen Konkurrenten Zugriff zum EG-Markt zu haben — notfalls halt via Beitritt. Doch welches Interesse haben wir Linken an dieser ökonomischen Vereinheitlichung Europas?

Bisher hat die Diskussion noch kaum stattgefunden oder nur in einigen an Teilproblemen interessierten Zirkeln. Absehbar dürften vor allem drei Positionen sein:

— Eine Position des Schulterzuckens: De facto ist die Schweiz ja schon längst EG-integriert. Tatsächlich haben — nicht zuletzt im Hinblick auf 1992 — viele Firmen ihren Beitritt zur EG vollzogen, indem sie Niederlassungen in entsprechenden Ländern eröffneten. Zudem gibt es kaum einen Bereich, in dem die Politik nicht schon längst europaweit abgestimmt wird ... Doch verkennt eine solche Position nicht, daß ein offizieller EG-Beitritt diese Maschinerie noch besser schmiert — von einheitlichen Farbstoffvorschriften in Lebensmitteln bis hin zu LKW-Tonnagen?

— Eine realpolitische sozialdemokratische Haltung, die herrschende Kräfteverhältnisse akzeptiert und gerade

wegen der schon weit fortgeschrittenen Integration auch einen formellen EG-Beitritt nicht ausschließen will. Sie hantiert mit den Allerweltsargumenten „internationaler Konkurrenzfähigkeit“ und „Arbeitsplatzsicherung“ und befürchtet von einem Abseitsstehen der Schweiz eine verstärkte Abwanderung Schweizer Betriebe ins Ausland, die endgültige Demontage des „Werkplatzes Schweiz“.

— Eine fundamentalistische Position, die jede noch weitergehende Integration ins kapitalistische Europa der EG und, damit verbunden, der Nato, ablehnt. Bereits 1972, als die Schweiz ein industrielles Freihandelsabkommen abschloß — es wurde vom Stimmvolk mit Dreiviertelmehrheit befürwortet —, hatte die nicht-sozialdemokratische Linke aufgrund zum Teil recht solider Analysen der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ eine grundsätzliche Kampagne geführt. „Nein zum Europa der Trusts, für die vereinigten sozialistischen Staaten Europas“, titelte zum Beispiel selbstbewußt die Zeitung der RML (heute SAP), die Breische ... Und der PdA-Vorwärts meinte: „In der Tat hat die EWG mit Kapitalisten viel, mit der europäischen Arbeiterklasse wenig zu tun ...“

Ob es sich nicht lohnte, diese grundsätzliche, antikapitalistische EG-Kritik zu aktualisieren, mit neuen ökologischen Einsichten zu ergänzen und darauf aufbauend eigenständige Positionen zu erarbeiten — noch bevor die zentralen Entscheide unter Ausschluß der Öffentlichkeit ... bereits gefallen sind?

Aus: Die Wochenzeitung, Nr. 12, 25. März 1988

Jugoslawien

Setzt sich die harte Linie durch?

Nach zwanzigstündiger, teilweise stürmischer Debatte über die Lage in der autonomen Prvinz Kosovo ist das Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens am 30.7.88 auseinandergegangen — ohne Beschlußfassung. Mehrere Mitglieder des ZK hatten sich aber für eine Verstärkung der dort stationierten Einheiten der Bereitschaftspolizei ausgesprochen. Die „Verfolgung einer Minderheit“ im Kosovo bedrohe, so Parteivorsitzender Suvar, „den Sozialismus und die Demokratie in Jugoslawien“. Mit der „Minderheit“ sind die Serben gemeint, die die mehrheitlich von Albanern bewohnte Prvinz z.T. schon verlassen haben. Die Rechte der Albaner, die 1981 für ein autonome Provinz Kosovo demonstrierten und streikten

und gegen die das Kriegerrecht im Kosovo verhängt wurde, sind offenbar nicht mehr Gegenstand der Debatte.

Soweit Teile der Debatte im ZK bislang veröffentlicht wurden, ist sie typisch für die Auseinandersetzungen der letzten Monate in Partei- und Staatsapparat. Gesprochen wird so gut wie nicht darüber, ob Forderungen der streikenden Arbeiter, der demonstrierenden Intellektuellen oder der Albaner im Kosovo berechtigt sind, gesprochen wird hauptsächlich darüber, inwieweit es notwendig ist, Polizei und Militär gegenüber diesen Kämpfen einzusetzen.

Seit Monaten streiken die Arbeiter in nahezu allen Industriezentren des Landes v.a. dagegen, daß Löhne nur noch in den Betrieben erhöht werden sollen, die rentabel wirtschaften. Aufgrund der veralteten Industrieanlagen in Jugoslawien arbeiten die wenigsten Betriebe „rentabel“, bezogen auf den Weltmarkt. Die Reallöhne der Arbeiter sinken seit Jahren und haben jetzt einen Stand erreicht, bei dem auch das wirklich zum Leben Notwendigste nicht mehr davon bestritten werden kann. Dies und das Verhalten von Regierungsmitgliedern, die immer mal wieder mit dem Einsatz von Militär gegen die Streikenden drohen, hat dazu geführt, daß die Kluft zwischen den streikenden Arbeitern und der Partei/Regierung so groß ist wie wohl niemals zuvor. In den Streiks — wie auch von Studenten und Intellektuellen wie auch im Kosovo — werden immer mehr politische Forderungen erhoben wie: wirkliche Presse- und Versammlungsfreiheit, mehr Rechte für die Gewerkschaften, Freilassung politischer Gefangene, Zulassung anderer Parteien usw. Die Drohungen der Regierung sind offensichtlich Ausdruck davon, daß sie zum Dialog mit den verschiedenen oppositionellen Gruppen nicht mehr fähig ist.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung vom 1.8.88; Danas, Nr. 335 und 336/88 — (lsc)

Italiens „§ 218“

„Freiwillige für das Leben“ abgewehrt

Zehn Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes 194 „zum sozialen Schutz der Mutterschaft und über die freiwillige Schwangerschaftsunterbrechung“ hat das italienische Abgeordnetenhaus Anfang Juli nach langen, heftigen Debatten die Anträge der christdemokratischen DC und der neofaschistischen MSI abgelehnt, eine parlamentarische Kommission zur Überprüfung der Durchführung des Gesetzes 194 einzurichten und die Zusammenarbeit der Familienberatungsstellen mit den katholischen „Volontären“ (sie nennen sich „Freiwillige für das Leben“ und „Bewegung für das Leben“) zu fördern. Die Abstimmung über diese Anträge ging knapp aus: Mit

nur zwei Stimmen haben die klerikalen Lebensschützer ihre offizielle Bestallung als „Berater“ verfehlt, für die Untersuchungskommission fehlten 31.

Die Regelungen des Gesetzes 194 sehen eine sehr weit gefaßte medizinische, eugenische und soziale Indikation vor, wobei allein die betroffene Frau innerhalb der ersten 90 Tage der Schwangerschaft über den Abbruch entscheidet. Sie stellt einen Antrag und muß sich über abbruchvermeidende Lösungen durch eine Familienberatungsstelle, ein Gesundheitsamt oder einen Arzt bzw. eine Ärztin zwangsberaten lassen. Zur „Sicherstellung der Entscheidungsfreiheit der Frau“ — so frech begründete die DC ihren Antrag — sollten in den Beratungsstellen zukünftig die Lebensschützer sitzen. Unter Berufung auf die Gewissensklausel im Gesetz verweigert eine große Zahl des medizinischen Personals jede Mitwirkung bei legalen Schwangerschaftsabbrüchen (z.B. in Mailand 80%, in Rom 90%). In ländlichen Gebieten und vor allem in Süditalien besteht darüber hinaus ein allgemeiner Mangel an öffentlichen medizinischen Einrichtungen. Die Dunkelziffer von illegalen, bar bezahlten Abtreibungen in privaten „Praxen“ ist groß.

1986 wurden knapp 200 000 legale Abtreibungen gemeldet, gegenüber dem Vorjahr minus 6%, ca. ein Viertel der Frauen stellte ihren Antrag bei Beratungsstellen, zwei Drittel der Frauen waren verheiratet und hatten bereits Kinder, knapp die Hälfte ist älter als 25 Jahre (nur 2,4% waren minderjährig), ca. ein Drittel hatte bereits vorher schon einmal abgetrieben. Der Gesundheitsminister geht davon aus, daß viele Frauen die Abtreibung als „Mittel der Geburtenkontrolle“ anwenden. Dadurch definiert er diese Abtreibungen als quasi illegal, denn Artikel 1 des Gesetzes lautet: „Die freiwillige Schwangerschaftsunterbrechung ist keine Methode zu Geburtenkontrolle“. Auch die von der DC beantragte Untersuchungskommission sollte wohl herausbringen, daß das Gesetz massenhaft „übertreten“ wird und deshalb zu verschärfen sei.

Doch trotz ihrer Niederlage sehen sich die DC und die MSI nun als die „moralischen Sieger“. Tatsächlich ist es ihnen auch gelungen, die bisher eher klaren parlamentarischen Fronten in der Abtreibungsfrage zu verwischen. Die sozialistische PSI schwankte lange, ob sie die Regierungskoalition wegen dieser Fragen aufs Spiel setzen sollte, und die Grünen stimmten für die Anträge der DC in den Fragen Embryonenschutz und humangenetische Forschung (Einleitung eines Moratoriums). Der DC konnte das gelingen, indem sie nicht das eigentliche Abtreibungsgesetz zur Debatte stellte, sondern indem sie eine ethische Grundwertedebatte über Leben, Tod, Wissenschaft und Embryonenschutz anzettelte.

Quellenhinweis: II Manifesto, 5.-9.7.88 — (bar)

Peru

Erfolgreicher Generalstreik

Mehrere Millionen Lohnabhängige Perus streikten am 19. und 20. Juli gegen die Wirtschaftspolitik der „sozialdemokratischen“ Regierung von A. Garcia und legten dabei fast die gesamte Wirtschaft des Landes lahm. Zu dem Streik hatten aufgerufen die vier großen Gewerkschaftsverbände, linke und revolutionäre Organisationen, darunter die Vereinigte Linke (IU). Auch die Mitglieder der PCP („Leuchtender Pfad“) beteiligten sich an den Streikaktionen. Bei Polizei- und Militäreinsätzen in Lima während des Generalstreiks wurde ein Student getötet und 300 Demonstranten verhaftet. Die wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften waren:

— Erhöhung des derzeitigen Mindestlohnes von umgerechnet ca. 60 DM/Monat um 50%; Lohnausgleich entspre-



Gewerkschaftsdemonstration in Lima während des Generalstreiks

chend der Inflation, die bei ca. 300%/Jahr liegt;

- Sicherung der Arbeitsplätze;
- Erhalt der gewerkschaftlichen Rechte, für das Streikrecht, das Koalitionsrecht, gegen die Spaltung durch den Aufbau von parallelen Gewerkschaften und durch die Entlassung konsequenter Arbeiterführer;
- Weiterführung der Agrarreform, Demokratisierung des staatlicher Grundbesitzes und Erhöhung der Erzeugerpreise;
- Verteidigung der Grundrechte und Freiheiten gegen die Militarisierung des Landes durch die Regierung und den Ausnahmezustand;
- Demokratisierung des Landes durch die Schaffung autonomer Regionen mit einer Dezentralisierung auf ökonomischer, politischer und Verwaltungsebene;
- Einstellung der Zahlungen der Auslandsschulden.

Dem Generalstreik vorausgegangen

waren ein landesweiter Streik der Bauarbeiter, Streiks der Werktätigen im Erziehungswesen und im Gesundheitswesen sowie verschiedener Metallarbeitergewerkschaften. Bereits Mitte Juli waren die Arbeiter dreier Silberminen in den Streik für höhere Löhne und gegen Entlassungen getreten. Weitere 60000 Minenarbeiter beteiligten sich an dem Generalstreik. Die Streiks im Bergbau wurden von der Regierung bereits im voraus für illegal erklärt. Das Arbeitsministerium hatte Lohnverhandlungen für jede Mine und jeden Betrieb einzeln und getrennt verlangt.

In der Andenprovinz Ayacucho hatte die PCP („Leuchtender Pfad“) vom 17. bis 20. Juli erfolgreich zum Streik aufgerufen. Trotz faktischer Besetzung und Einschüchterung durch das Militär und Polizeitruppen wurde der Streik breit befolgt. Er richtete sich gegen die hohen Lebenshaltungskosten, die mangelnde Versorgung mit Waren und gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Die PCP warnte die staatlichen Institutionen und die Kapitalisten, den Arbeitern und Angestellten die Streiktage vom Lohn abzuziehen.

Unmittelbar nach Ende des Generalstreiks wurde bekannt, daß sich zwei peruanische Gewerkschaftsverbände zu einem gemeinsamen Dachverband CUT (Arbeitereinheitenszentrale) zusammenschließen wollen. Die Einheitsgewerkschaft sei die einzige Möglichkeit, die Folgen von Wirtschaftskrise und Inflation von den Arbeitern abzuwehren, erklärte der Vorsitzende des CGTP. Die Führer von CTP (Peruanischer Arbeiterverband) und CGTP (Allgemeiner Arbeiterverband) unterschrieben ein Vereinigungsabkommen.

Quellenhinweis: NZZ, 23.7.; Monitor-Dienst, 20.7.; Handelsblatt, 25.7.; Süddeutsche Zeitung, 16./17.7.; Rote Fahne, 23.7. — (sie)

Großbritannien

Keine „zufällige Katastrophe“

Am 8. Juli, zwei Tage nachdem 167 Arbeiter bei einer Gasexplosion auf der Nordsee-Bohrinsel Piper Alpha gestorben waren, flog Margaret Thatcher nach Aberdeen, um den Bewohnern der schottischen Ölstadt mitzuteilen, „wie sehr wir mit ihnen trauern“. Thatcher vergoß Krokodilstränen. Es war ihre Politik der Schwächung von Gewerkschaften und des Abbaus staatlicher Sicherheitskontrollen, die zur Katastrophe maßgeblich beitrug.

Die Piper Alpha-Plattform war 13 Jahre alt und offensichtlich verrottet. „Die Duschen funktionierten nicht, die Quartiere waren voller Schaben, als ich das letzte Mal da war“, berichtete der Arbeiter Willie McMullan. „Es gibt dauernd Gasalarm, Tag und Nacht. Es mußte so

kommen.“ Am Tag vor der Explosion hatten Arbeiter auf der Plattform in Telefongesprächen mit ihren Angehörigen davon gesprochen, daß es nach Gas roch. Die Wohnbereiche auf der Piper Alpha waren aus Holz und lagen direkt über dem Gaskompressor-Raum, in dem die Explosion begann.

1984 hatte es bereits eine Gasexplosion auf Piper Alpha gegeben, bei der Arbeiter verletzt wurden. Die Regierung untersuchte den Vorfall, veröffentlichte den Bericht aber nicht.

Die meisten Arbeiter auf Piper Alpha waren bei Kontraktfirmen beschäftigt. Nach dem Sinken der Ölpreise 1986 entließen die Ölfirmen insgesamt 12000 Leute, die, bei Bedarf, durch Kontraktarbeiter ersetzt wurden. Stundenlöhne übersteigen selten sechs Pfund/Stunde (etwa 20 DM) für die schwere Arbeit auf den Plattformen, Urlaub etc. wird nicht gezahlt. Die Ölindustrie gehört zu den Branchen mit dem niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Arbeiter, die sich beschwerten, fliegen raus, den Kontraktfirmen drohen Vertrags-

strafen von mehr als 30000 DM/Tag. Entsprechend lax werden Sicherheitsbestimmungen eingehalten. Am Tag nach der Piper Alpha-Explosion kündigten 112 Arbeiter auf einer BP-Plattform und ließen sich an Land fliegen, weil dort Sicherheitsmängel herrschten.

Die Explosion auf „Piper Alpha“ ist das Ergebnis der Profitwirtschaft, deren herausragende Vertreterin Thatcher ist. Auch bei den beiden großen Katastrophen in Zeebrugge, bei der die Fähre „Herald of Free Enterprise“ kenterte, und beim Londoner U-Bahnfeuer wiesen die Gewerkschaften nach, daß die Kapitalisten verantwortlich sind. Die Fähren sind vom Typ her unsicher und führen mit knappstem Fahrplan, um die Schiffe voll auszunutzen, daher die Ablegemanöver mit offener Klappe. In London war die Beschäftigtenzahl in den U-Bahnstationen drastisch gekürzt worden, weder wurden Wartungsarbeiten ordnungsgemäß ausgeführt, noch die Papierabfälle von den Bahnsteigen beseitigt, ideale Voraussetzungen für die Ausbreitung des Feuers. — (hef)

Türkei

Özals „Modell 2000“: Armut so groß wie nie

„Zu Besuch bei Turgut Özal“ war der Fernsehsender RTL plus. Hofberichterstattung für den türkischen Ministerpräsidenten, die er zu nutzen wußte. „Ein liberales Wirtschaftssystem ist die zwingende Voraussetzung der politischen Demokratie“, meinte er, und, die Türkei habe mittlerweile beides. Auch im

„Handelsblatt“ pries Özal den frischen Wind in der Wirtschaftspolitik: „Die liberale Wirtschaftspolitik ... macht sich bereits in der Umstrukturierung der Wirtschaft bemerkbar, die jetzt sehr viel offener, liberaler und marktorientierter geworden ist.“ Gemeint ist: „Die Preisbindung wurde aufgehoben, Handels-



Frauen gehören zum Kern der Arbeiterbewegung. Bild: Boykott der Betriebskantinen aus Protest gegen die Lebensmittelpreise.



Obwohl den Palästinensern aus den besetzten Gebieten das Betreten Jerusalems verwehrt wird, ist es dort am 22.7. zu den schwersten Zusammenstößen gekommen, die die Stadt seit Beginn des Aufstandes vor fast acht Monaten erlebt hat. Die Proteste richteten sich v. a. gegen die Schließung der Schulen. Anlässlich der islamischen Feiertage Ende Juli hatte die Aufstandsführung zu „Konfrontationen“ mit den Besatzern aufgerufen. Jordanien hat am 31.7. erste Schritte eingeleitet, die Annektion des Westufers rückgängig zu machen, durch die Auflösung der rechtlichen und verwaltungsmäßigen Bindungen und die Aufgabe des „Entwicklungsplanes“ für das „Westjordanland“. — (bar)

RSA: Terrorurteil gegen Kriegsdienstverweigerer

Der 24-jährige David Bruce wurde am 25.7. von einem südafrikanischen Gericht zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, Kriegsdienst „zur Verteidigung eines rassistischen Systems“ zu leisten. Das ist die höchste Strafe, die jemals ein südafrikanisches Gericht gegen einen Kriegsdienstverweigerer verhängt hat. David Bruce, dessen Mutter 1938 vor rassistischer Verfolgung aus Deutschland geflohen war, ist im Johannesburg-Zentralgefängnis in einer Einzelzelle untergebracht. Für ihn gelten die „niedrigsten Kategorien“, d.h. er darf nur einmal im Monat eine halbe Stunde lang Besuch

bekommen. Gegen zunehmende Erscheinungen von Zersetzung trachtet das Regime, ein Exempel zu statuieren. — (scc)

Südkorea: 1 400 streikende Eisenbahner verhaftet

Die südkoreanische Diktatur säubert das Land zur Vorbereitung der Olympischen Spiele. Die Polizei verhaftete am 26. Juli 1400 streikende Lokomotivführer und deren Angehörige, die mit einem Sitzstreik den Eisenbahnverkehr im ganzen Land fast vollständig zum Erliegen gebracht haben. Ein solch hartes Vorgehen sei notwendig, um vor der Eröffnung am 17.9. Unruhen im Keim zu ersticken, erklärten Regierungsbeamte. Die Forderungen und Ziele der streikenden Lokomotivführer sind nicht bekannt. — (scc)

Angola: Kubanische Truppen sollen abziehen

Am 21. Juli unterzeichneten Vertreter Angolas, Kubas und Südafrikas eine 14 Punkte umfassende Vereinbarung, die die Grundsätze für die weitere Verhandlungsführung enthält. Darin ist u.a. festgelegt, daß die kubanischen Soldaten in den Norden Angolas verlegt und auf Basis eines eigenen Abkommens zwischen Angola und Kuba ihr schrittweiser Abzug nach Kuba geregelt werden soll, der UN-Sicherheitsrat soll ihre Rückkehr überwachen. Außerdem wollen sich die drei Staaten auf einen Termin zur Durchführung freier Wahlen in Namibia unter Aufsicht der UNO einigen, die UNO-Resolution 435-78 soll durchgesetzt werden. Alle drei Staaten verpflichten sich, die Unabhängigkeit und Souveränität Namibias zu respektieren. Die USA werden als Vermittler vertraglich fixiert. Obgleich das Abkommen Angola und Kuba verpflichtet, die kubanischen Soldaten abzuziehen, enthält die Vereinbarung keinen Hinweis auf einen Zeitplan für den Abzug der südafrikanischen Armee aus Namibia. Südafrika hat bisher offiziell immer für die Einhaltung der UNO-Resolution 435 gesprochen und dennoch seine Besatzungsarmee in Namibia gelassen. Ob die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung in Namibia von UNO- oder anderen Truppen überwacht werden sollen, ist unbekannt, genauso wie das Schicksal der von Südafrika beanspruchten Enklave Walfischbai. Die SWAPO, die namibische Befreiungsorganisation, die als Vertreter des namibischen Befreiungskampfes von der UNO anerkannt ist, nahm an den Verhandlungen nicht teil. Ihre Teilnahme ist auch für die Zukunft nicht vorgesehen. — (uld)

und Devisenbestimmungen wurden liberalisiert, die Investitionen der öffentlichen Hand beschränken sich auf die Infrastruktur, das System generell wurde zugunsten lokaler und kommunaler Behörden dezentralisiert ...“ Tatsächlich gelang der Türkei seit Özals Machtantritt eine erhebliche Steigerung der Exporte (verfünffacht seit 1980) und des Wirtschaftswachstums sowie die pünktliche Rückzahlung der Raten für die Auslandsverschuldung, die 1986 bei 40 Milliarden Dollar angelangt war. Erkauft wurden diese scheinbaren Erfolge der türkischen Kapitalisten und ihres Staates jedoch durch rücksichtsloseste Ausbeutung der Arbeiter und Bauern. Galt in den großen Industrien Ende der 70er Jahre die 40-Stunden-Woche, so werden seit dem Militärputsch wieder bis zu 60 und mehr Stunden in der Woche gearbeitet. Fast alle Arbeiterschutzzrechte sind

aufgehoben, von politischen Rechten wie dem Streikrecht ganz zu schweigen. Während Arbeitszeit und Arbeitsintensität stiegen, sank die Kaufkraft der Löhne seit 1980 um 50%, stieg die Inflation auf derzeit 75%. Bis Ende 1988 könnte die Inflationsrate auf 90% klettern. Von drei Millionen Arbeitern müssen 600000 mit dem Mindestlohn von derzeit etwa 65 DM netto im Monat auskommen, eine Wohnung mit Bad und Heizung kostet hingegen 200 bis 400 DM. Nach Berechnungen der Gewerkschaft Türk Is wäre eine Lohnerhöhung auf das Doppelte notwendig allein um die Ernährung zu sichern. 1987 übertraf die Inflation die Lohnhöhe um 227%. Die Regierung versucht zu beschwichtigen: Die Türken sollten mehr Linsen essen, das sei gesünder und billiger als Fleisch.

Eine der Folgen der Wirtschaftspolitik ist eine hohe Erwerbsquote der Frauen in

den Großstädten, die zu neuen politischen Konstellationen beigetragen hat. Frauen gehören heute zum aktiven Kern der Arbeiterbewegung. Da die Männer in aller Regel nicht bereit sind, eine Neubewertung der gesellschaftlichen Rolle der Frauen vorzunehmen, bleibt an diesen neben der Lohnarbeit der Haushalt und die Kindererziehung hängen. In zunehmendem Maße bildet sich ein feministisches Bewußtsein heraus, das einerseits getragen wird von Studentinnen und Intellektuellen, die fast ausnahmslos aus bürgerlichen Familien stammen, andererseits von den Frauen der Arbeiterbewegung. Eine dritte Strömung sind die Familienangehörigen der politischen Gefangenen, die durch ihren unbeugsamen Kampf zur Unterstützung der Gefangenen öffentliches Aufsehen erregt haben.

Erhebliche Ausmaße hat die Kinderarbeit angenommen. Häufig arbeiten Kin-

Peru: Garcia für Antiterrorgesetz

Der peruanische Präsident Alan Garcia forderte Ende Juli ein Verbot der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Peru („Leuchtender Pfad“) und der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru — beide führen den bewaffneten Kampf — und härtere Strafen für sogenannte „Terroristen“. Garcia kritisierte die Gerichte wegen der Freisprechung eines Führers der PCP. Nach der Verlängerung und der territorialen Ausweitung des Kriegechts, dem inzwischen ca. 60% der 21 Mio. Peruaner unterworfen sind, soll jetzt die Berichterstattung über die politischen Ziele der Guerilla durch Verschärfung der Pressegesetze unterdrückt werden. Garcia ein Dorn im Auge ist u.a. die Zeitung „El Diario“, die jüngst ein seitenlanges Interview mit dem Vorsitzenden der PCP, Guzman, über die Ziele der PCP veröffentlichte. — (sie)

Österreich: NDP neonazistisch

Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat Mitte Juli in einem Urteil festgestellt, daß die „Nationaldemokratische Partei“ Österreichs (NDP) eine „neonazistische Tätigkeit entfaltet“ und ihr Parteiprogramm in „Kernpunkten nationalsozialistischer Ideologie“ entspricht. Die NDP verfolge damit „Ziele, die dem (NSDAP)-Verbotsgesetz und dem österreichischen Staatsvertrag von 1955 widersprechen“. So gehe das NDP-Programm von einem „biologischerassistischen Volksbegriff“ aus und fordere die „Rückgabe der 1945 geraubten und besetzten deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße“ sowie die „Erhaltung der deutschen Volkseinheit“. Nach dem Staatsvertrag ist dies

„verbotene großdeutsche Propaganda“. Die Nationaldemokratische Partei hatte z.B. bei der Bundespräsidentenwahl 1980 mit ihrem Kandidaten, NDP-Vorsitzender Burger, 3,2% erhalten. In einer ersten Stellungnahme gab das österreichische Innenministerium bekannt, daß die Regierung die NDP als Partei dennoch nicht verbieten wolle. Die Teilnahme an Wahlen, die Ansprüche auf öffentliche finanzielle Mittel und die Durchführung von öffentlichen Versammlungen sollen der NDP aber verboten werden. — (sie)

US-Wahlen: erneut um menschliche Werte

Auf dem Parteitag der Demokratischen Partei vom 18.-21.7. wurden Michael

Dukakis, Gouverneur von Massachusetts, und Lloyd Bentsen, Senator von Texas, als Kandidaten für Präsident und Vizepräsident aufgestellt. Jesse Jackson, der als Vertreter der „Regenbogenkoalition der Armen und Entrechteten“ mit knapp 1200 Delegierten von insgesamt 4200 auf dem Parteitag vertreten war, erhielt nach langen Verhandlungen eine ehrenvolle Position im Wahlkampfteam von Dukakis. Seine Rolle wird sein, die Minderheiten und die Armen für Dukakis bei der Stange zu halten. Dukakis und sein konservativer Kumpel Bentsen (hat immer für militärische Hilfe für die Kontras gestimmt) wollen den Wahlkampf „auf die persönlichen Dimensionen von Stärke, Charakter, Ethos, Manager-Fähigkeiten und Führungsqualität konzentrieren“. — (ger)



Die Verhandlungen zwischen der Regierung der Philippinen und den USA über die US-Stützpunkte konnten bislang noch nicht abgeschlossen werden. Die Regierung von Frau Aquino verlangt eine Truppenreduzierung und höhere finanzielle Zahlungen der USA. Gleichzeitig halten die Proteste von linken Organisationen, wie die Volksfrontorganisation BAYAN, und von Gewerkschaften an. Mitte Juli demonstrierten erneut über 15000 Menschen für den Abzug der US-Truppen. — (sie)

der bis spät in der Nacht, da sie tagsüber ihrer Schulpflicht nachkommen müssen. Das Einkommen eines Arbeiterhaushalts wird oft durch Erwerbstätigkeit aller Familienmitglieder bestritten. Eine Folge ist das langsame Auseinanderbrechen der Großfamilie in den Städten. Bei einem Fehlen sozialer Sicherungssysteme ist die Familie vor allem für alte Menschen der einzige soziale Schutz. Die durch erzwungene Mobilität und Erwerbstätigkeit stattfindende Veränderung läßt viele Alte, aber auch Arbeitslose, ins soziale Nichts fallen.

Die türkische Arbeitsbehörde vermeldete im Juli 1988 eine offizielle Arbeitslosenquote von 25%. Die Zahl ist weit untertrieben und dürfte nach realistischen Schätzungen bei mindestens 40% liegen. Da es kein Arbeitslosengeld gibt und die Registrierung beim Arbeitsamt lediglich der Erfassung in der Arbeits-

vermittlung dient, melden sich nur wenige Arbeitslose, daher die geringe Aussagekraft der Statistik. Obwohl die türkische Bourgeoisie sich stolz gibt auf ihre Erfolge beim Kurs des Aufholens gegenüber den europäischen Industrieländern, findet in der Türkei eine Bewegung statt, die typisch ist für sogenannte „Entwicklungsländer“, nämlich eine nicht aufzuhaltende Landflucht. Ziel dieser Wanderungsbewegung sind vor allem die drei Großstädte Istanbul, deren Einwohnerzahl auf rund acht Millionen geschätzt wird, Ankara in Inneranatolien und Izmir im Südwesten. Rund um die Städte wachsen die Gecekondus, die Slumbiete. Eine alltägliche Geschichte: Die Stadtverwaltung von Istanbul läßt Häuser in Slumbieten abreißen, die Bewohner werden — da gerade Schulferien sind — in einem Schulgebäude untergebracht. Zwei Wochen lang gibt es kleine

Lebensmittelrationen, Fladenbrot, Tee. Als die Lebensmittellieferungen eingestellt werden, erklärt der Bürgermeister zynisch: „Wir dachten, die Leute wollen nicht immer dasselbe essen“. Zum Ende der Schulferien werden die Menschen ausquartiert, nun schlafen sie in Parks oder auf der Straße, bis sie sich im Herbst, bevor der große Regen kommt, neue Wellblechhütten bauen.

Der Klassenkampf hat einen neuen Aufschwung genommen. Überall im Land finden Protestaktionen und Demonstrationen statt, die immer wieder von der Polizei angegriffen werden. Die Furcht der Bourgeoisie, die nach dem Putsch zunächst großteils ausgelöschte revolutionäre Linke könne in die noch spontane Bewegung eindringen, zeigt eine neue Welle von Verboten und Verhaftungen gegenüber sozialistischen Kräften und ihrer Presse. — (Mak)

— Veröffentlichungen —

Broschüre gegen 50 Jahre VW-Legenden

Die Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie in Niedersachsen hat eine Broschüre über die Geschichte des VW-Konzerns herausgegeben. An der Broschüre wirkten mit: Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften Stahl- und Metallindustrie Niedersachsen und Baden-Württemberg, der Landesverband Niedersachsen der Volksfront sowie interessierte Kolleginnen und Kollegen. Sie enthält folgende Gliederungspunkte: Gründungsinteressen: Konkurrenzschlacht und Kriegsvorbereitung; Der Bruch des Potsdamer Abkommens leitet die Konzern-Restauration ein; Vom „herrenlosen“ Unternehmen zum Konzern: Investitionen und Expansion; „Sozialmodell VW“ — Flexi, Qualitätszirkel, Arbeitsteilung; „Privatisiert“ in Richtung 1992 — Lohnsenkung, Intensivierung, Regionalkrisen.

„Freudenspender“, „Volksaktie“, „Sozialmodell“ — 50 Jahre VW-Legenden. Im Vorwort schreiben die Verfasser: „Der heute vom Vorstandsvorsitzenden Hahn verlangte ‚Leistungspakt der Vernunft‘ zur Renditesteigerung findet seine direkten Vorläufer in der ‚Betriebsgemeinschaft‘ der faschistischen Deutschen Arbeitsfront ... Viele Aspekte sind in der vorliegenden Broschüre nicht enthalten. Verschiedene andere kritische Veröffentlichungen zum VW-Konzern liegen vor oder sind in Erarbeitung. Wir verstehen alle diese Beiträge als gegenseitige Ergänzungen, um die notwendige Kritik am VW-Konzern zu entwickeln und zu verbessern.“

Zu beziehen über: GNN-Verlagsgesellschaft in Niedersachsen und Bremen m.b.H., Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1, Preis: 2,50 DM — (uld)

Für das Verbot von genetischer Arbeitsmedizin

Mit dem Aufruf zur Gründung örtlicher Initiativen zur öffentlichen Kritik von Gentechnik und der damit befaßten Wissenschaft beschließt der Verfasser Bernd Klees eine Broschüre gegen genetische Analysen an Lohnabhängigen und Werktätigen. Er hofft, daß auf lokaler Ebene ein Bündnis zwischen universitätsausgebildeten Intellektuellen und normalen Gewerkschaftsmitgliedern eher möglich ist und die Einflußmöglichkeiten solcher Bündnisse größer sind, als bisherige Bemühungen im Bundes- und internationalen Maßstab ergeben haben. Klees stellt in der Broschüre den Zusammenhang zwischen dem erneuten Aufblühen sozialdarwinistischer Theorien seit Ende der sechziger Jahre und der Förderung und Ausweitung von Forschung an der menschlichen Genstruktur her. Er befürchtet, daß die Anhänger angebotso-

rientierter Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren in einigen Ländern in die Regierung gekommen sind, Ideologien, die sich auf die Genetik berufen, weiter an Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen werden und führt als Beleg dafür Ausführungen von Medizinern, Biologen und Anthropologen an, die sich für die Beseitigung sozialer Maßnahmen aussprechen, weil „Arbeitsscheu“, „Kriminalität“ etc. genetisch bedingt seien und jede Unterstützung, die zum Überleben und zur Familienbildung solcher Menschengruppen aufgewandt wird, zum „genetischen Verfall“ der Menschheit führe. Der Einsatz von genetischen Untersuchungen in der Arbeitsmedizin ist bis jetzt noch nicht weit ent-



Sinti und Roma — von den Faschisten als „rassisch minderwertig“ eingestuft und vernichtet — bis heute nicht als Verfolgte anerkannt.

faltet, allerdings führen wahrscheinlich alle großen Chemiekonzerne in der BRD bereits regelmäßige genetische Untersuchungen an Neueinstellenden und Beschäftigten durch. Klees spricht sich für ein vollständiges Verbot solcher Untersuchungen aus und weist darauf hin, daß eine solche Entwicklung der Arbeitsmedizin vor allem der Auslese olympiareifer Mannschaften diene und eine gesundheitsschädigende Gestaltung der Produktion fördere. Zum zweiten weist er auf ein wichtiges Versicherungsproblem hin: Wenn ein Lohnabhängiger aufgrund von Arbeitsbedingungen erkrankt, obwohl die an ihm vorgenommenen Untersuchungen „nicht anfällig“ festgestellt haben, sei damit zu rechnen, daß Berufsgenossenschaften und Unternehmen alles daran setzen, die Krankheit nicht als Berufskrankheit anzuerkennen.

B. Klees, Der gläserne Mensch im Betrieb, Genetische Analyse bei Arbeitnehmern und ihre Folgen, NVG, nachrichten-reihe Nr. 45, 6,00 DM — (uld)

Arbeit der Zukunft — Zukunft für die Arbeiter?

Zeichnet sich ein Ende des Taylorismus ab? Wird die extreme Zerlegung der einzelnen Arbeiten, die auf Sekunden geplante Anpassung des Arbeiters an den Maschinenablauf auch für die Kapitalisten zu einem Hindernis der weiteren Produktivkraftentwicklung? Welche Möglichkeiten gewerkschaftlicher Einflußnahme bieten die neuen Technologien? Diesen Fragen wird in der Veröffentlichung „Fabrik der Zukunft“ nachgegangen. Funktionäre der IG Metall erläutern Schlagworte wie CIM, CAD, CAM, ... und machen sie auch dem nicht speziell vorgebildeten Leser verständlich. Betriebsräte berichten über Konflikte mit Unternehmensleitungen, über die Grenzen von Betriebsvereinbarungen und über ihre Anstrengungen, Einfluß auf Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen zu nehmen. Vorstandsmitglieder der IG Metall skizzieren tarifpolitische Perspektiven, um die technologische Umwälzung zu steuern. Sie heben dabei auf Qualifizierung, Arbeitszeitverkürzung und Einflußnahme auf Arbeitsinhalte und -organisation ab.

Der Einsatz moderner Technologien und vor allem ihre Vernetzung stellt Betriebsräte und Gewerkschaften vor neue Probleme. Nicht mehr die einzelne Maschinenanlage steht im Zentrum der Rationalisierungsbestrebungen, sondern die Umwälzung des gesamten Fertigungsablaufes samt vor- und nachgelagerter Bereiche. In der Autoindustrie zeigen sich in den letzten Jahren verstärkt Ansätze dieser neuen Fertigungsorganisation. Vom Wareneingang über die Fertigung bis zum Warenausgang werden alle Unternehmensbereiche miteinander verknüpft. Integriert werden auch die Außenbeziehungen (Zulieferer und Kunden). Gleichzeitig arbeiten die Unternehmer an der Flexibilisierung des Produktionsablaufes. Die Anlagen sollen möglichst ununterbrochen laufen und möglichst schnell umgerüstet werden. Folgen die Betriebsräte nicht dem betriebswirtschaftlichen Kalkül, dann wird mit Produktionsverlagerung gedroht. CIM (Computer Integrated Manufacturing) heißt die Philosophie, womit die Rationalisierungsvorgaben erfüllt werden sollen. Verstanden wird darunter der EDV-Einsatz in allen mit der Produktion zusammenhängenden Bereichen und die Integration von verschiedenen Teilsystemen zu einem durchgängigen Gesamtsystem, in dem nur eine Datenbank genutzt wird. Es gibt Automobilhersteller wie BMW, die entschieden auf CIM setzen und dem Steuerungssystem eine Perfektion verleihen wollen, die es unanfechtbar machen soll. Der Einfluß einzelner Arbeiter, Arbeitergruppen und Angestellter auf das Fertigungssystem ist dann minimal.

Die Veröffentlichung „Fabrik der Zukunft“ ist eine Zusammenstellung verschiedener Beiträge, die die jeweiligen Erfahrungen der Autoren widerspiegeln. Das führt teils zu Wiederholungen, teils zu unterschiedlichen Einschätzungen. Das macht das Lesen schwierig. Aber es wird eine wissenschaftliche Dokumentation des bisherigen Standes der Auseinandersetzung geboten.

Fabrik der Zukunft, Hrsg.: Siegfried Bleicher, Jürgen Stamm. VSA-Verlag, Hamburg 1988. — (ros)

Starnberger Institut: Südafrika-Sanktionen

Das Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e.V. hat im Juli 1987 den ersten Teil einer Studie über wirtschaftliche Auswirkungen von Sanktionen gegen Südafrika vorgelegt (Verlag Dienste in Übersee, Stuttgart). Die Studie ist auf Anregung des Südafrikanischen Kirchenrates von der Evangelischen Kirche in Deutschland in Auftrag gegeben worden. Aufgrund von Recherchen und sehr brauchbarem Zahlenmaterial kommen die Verfasser zu folgendem Ergebnis:

1. Gezielte Sanktionen des Auslands in den Bereichen Außenhandel und Auslandsinvestitionen hätten den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Apartheidregimes zur Folge.
2. Eine kleine Gruppe von nur sechs Ländern (USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Japan und Schweiz) dominieren die Ökonomie Südafrikas. Dabei hat die BRD eine herausragende Bedeutung als Lieferland in industrielle und militärische Schlüsselbereiche der Investitionsgüterindustrie.
3. Der Dreh- und Angelpunkt der südafrikanischen Wirtschaft — der Bergbau — sei nahezu vollständig in ausländischem Besitz, ebenso ein bedeutender Teil des Bankensektors. „Es bedürfte ... nur der konzentrierten Aktion einer kleinen Gruppe von Ländern und einer nicht viel größeren Gruppe von Banken ... um mit dem Hebel der Kreditkündigung und des Verbots neuer Ausleihungen ... die südafrikanische Regierung praktisch über Nacht zum Offenbarungseid und damit ökonomisch in die Knie zu zwingen.“ (S. 35)
4. Effektive Sanktionen eröffneten der schwarzen Bevölkerungsmehrheit erste hoffnungsvolle Perspektiven; die weiße Minderheit erführe einen längst fälligen Abbau ihrer Privilegien.
5. Die „Politik der Nadelstiche“ der westlichen Industrieländer sei zur Ablösung des Apartheidregimes nicht geeignet. Die BRD solle wenigstens dem Beispiel der Sanktionsgesetzgebung der USA folgen. Ein Mangel der Studie ist, daß sie nicht erklären kann, warum die BRD so hartnäckig Sanktionen verweigert, könnten doch „Sanktionen von der bundesdeutschen Gesamtwirtschaft problemlos verkraftet werden.“ — (and)

Friedensbewegung

Aufruf zu Friedensaktionen im Herbst 1988

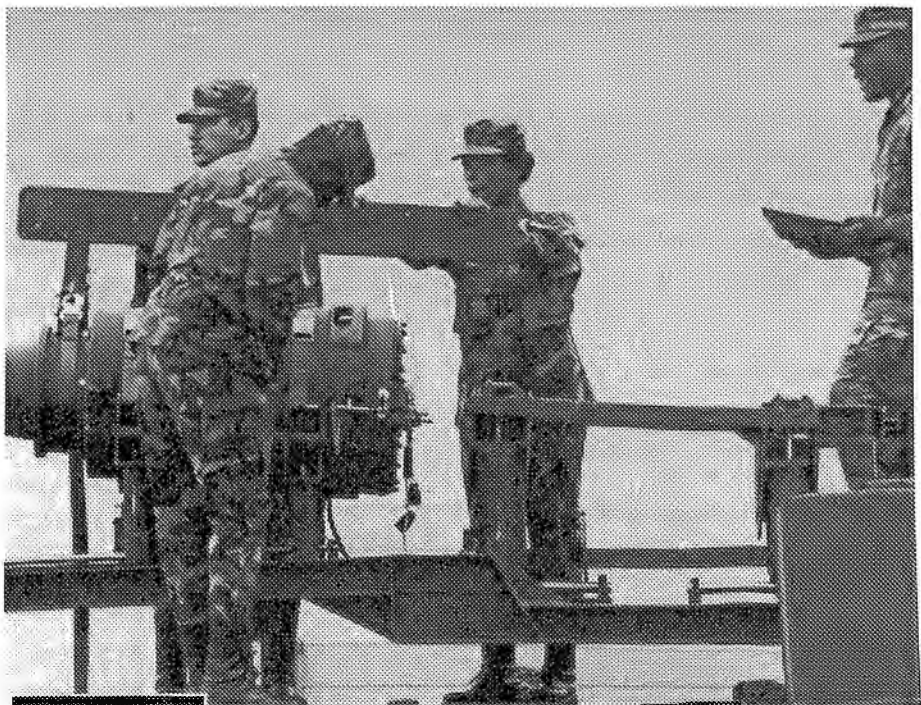
Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat sich auf ihrer Konferenz im Mai auf einen Aufruf für die Herbstaktionen 1988 geeinigt (s. nächste Seite). An der Konferenz sind alle wesentlichen Kräfte der Friedensbewegung beteiligt.

Nach dem Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenraketen ist eine Umorientierung der Friedensbewegung deutlich. Die jahrelangen Kämpfe in der BRD gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen haben die Bundesregierung in ihrer Rüstungsposition nicht unter Druck setzen können, vielmehr interpretiert die Regierung jetzt die sowjetischen Abrüstungsinitiativen als Ergebnis ihres gnadenlosen Kurses. Vor diesem Hintergrund ist eine Perspektive für die Friedensbewegung nur in der Kritik der tatsächlichen Absichten der Bundesregierung und der übrigen NATO-Länder zu suchen, die diese mit ihrer gewaltigen Aufrüstung, Strategiediskussion und Streitkräftenmodernisierung verfolgen.

Gerade aber hier fehlt es dem Aufruf der Aktionskonferenz an Schärfe. Dem Kriegsvorbereitungs- und Rüstungskurs der NATO-Länder wird die globale Lösung der Versöhnung entgegengestellt; das Motto lautet: „Wer den Frieden will, muß den Frieden vorbereiten: Versöhnung mit der Sowjetunion, Atomwaffen abschaffen, Europa abrüsten!“ Da aber der Grund der Aggressionspoli-

tik des Westens nicht vorkommt, entartet dieser Appell zur Versöhnung fast zu einem frommen Wunsch. Solange die UdSSR und die mit ihr befreundeten Länder ihren Markt für die „freien“ Länder nicht hergeben, bleiben sie Feinde des Westens; solange die DDR auf ihrem Territorium und ihrer staatlichen Hoheit besteht, bleibt sie ein Unrechtsstaat, und solange die Länder Afrikas, Asiens, Mittel- und Südamerikas sich von politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Ausplünderung zu befreien trachten, beeinträchtigen sie „vitale Interessen“ der NATO-Mächte. Die Kritik dieser Weltsicht des Westens hätte sicherlich zu einer Reihe weiterer Aktionsfelder für die Friedensbewegung geführt, die nun im Aufruf fehlen. Was machen Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer? Warum richtet die Bundeswehr schnelle Eingreifverbände in großem Maßstab ein? Warum wird der Jäger 90 gebaut, warum europäisch, und warum übernimmt Daimler-Benz die Regie?

Im Aktionsteil des Aufrufs wird dennoch zur Beteiligung an Aktionen aufgefordert, die sich gegen verschiedene Seiten der Kriegsvorbereitungen und imperialistischen Außenpolitik richten. Diese Ausweitung des Operationsgebietes der Friedensbewegung ermöglicht vielleicht ein besseres Zusammenwirken von Friedenskämpfern und antiimperialistischer Bewegung gegen die Aggressionspolitik von BRD und NATO. — (jok)



Der Abbau der Mittelstreckenraketen ist noch längst kein Schritt zum Frieden. Bild: US-Soldaten demontieren eine Pershing für die Presse.

Dokumentiert: Aufruf der Aktionskonferenz

Wir stehen an einer wichtigen Wendemarke. Nach Abschluß des Vertrages über die Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenwaffen hatten viele gehofft, daß damit eine Abrüstungsdynamik in Gang gesetzt wird. Denn die Chancen für Abrüstung und Zusammenarbeit sind groß: Erstmals haben beide Großmächte die Abrüstung moderner Atomwaffen vereinbart. Viele Menschen in West und Ost wollen die Chancen für weitere Abrüstung genutzt haben. Statt dessen sehen wir, daß Bundesregierung und NATO unverändert an ihrem Aufrüstungskurs festhalten. Auch die bisher aus der CDU bekannt gewordenen Vorschläge für ein „Abrüstungs-Gesamtkonzept“ unter dem Titel „Atlantische Charta NATO 2000“ sollen die atomare Bedrohung verewigen, obwohl die Mehrheit der Menschen sich davon befreien will.

In der NATO werden neue „Nachrüstungen“ bereits intensiv diskutiert und vorbereitet:

- die Pershing II- und Cruise-Missiles-Funktionen sollen von anderen (luft- und seegestützten) Systemen voll kompensiert werden;
- statt eine dritte Null-Lösung zu vereinbaren sollen die atomaren Kurzstreckensysteme durch modernere und weiter reichende ersetzt werden;
- die Kriegsführungsstrategien unter Einbeziehung nuklearer, chemischer und konventioneller Waffen werden weiterentwickelt;
- in West-Europa gibt es Bestrebungen, die militärische Zusammenarbeit zu verstärken und eine eigenständige Atommacht aufzubauen.

Zwar hat die nukleare Abschreckung längst ihre Akzeptanz in der Mehrheit der Bevölkerung verloren, dennoch sollen alle diese Maßnahmen zur Festschreibung und Fortentwicklung der NATO-Kriegsführungsstrategien gegen den Mehrheitswillen durchgesetzt werden.

In dieser Situation muß die Friedensbewegung erneut mit einer langfristig angelegten Aktions- und Informationskampagne in das politische Geschehen eingreifen. Gegen diese NATO-Politik setzen wir die Forderung nach einer grundlegenden Umorientierung hin zu einer friedensfähigen Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der nicht mehr zehntausende Erwachsene und Kinder in Kriegen getötet werden, täglich 50000 Menschen verhungern, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen ausgeübt wird, allein in der Bundesrepublik über 3 Millionen Frauen und Männer ohne Arbeit sind und dringende Maßnahmen zur Abwehr ökologischer Katastrophen nicht ergriffen werden, weil allein von der Bundesregierung 8 Millionen DM pro Stunde für militärische Zwecke verschleudert werden.

Wir wollen einen Frieden, der diesen Namen verdient: einen Frieden ohne Waffen, ohne Unterdrückung und ohne wechselseitige Völkermorddrohung — einen Frieden, der auf Gerechtigkeit und Völkerfreundschaft basiert. An diesem Frieden bauen wir zusammen mit anderen sozialen Bewegungen, wenn wir weiterhin für Versöhnung und Feindbildüberwindung eintreten, den Militarismus von der Wurzel her bekämpfen und weltweite Solidarität einüben. Dazu müssen Mißtrauen und Ängste, die zu Feindbildern wurden, abgebaut werden. Dazu muß die bedrohliche Rüstung abgebaut werden. Unsere Kampagne soll beide Ziele erreichen.

Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion

Die ständige Aufrüstung, an der sich die Bundesrepublik so sehr beteiligt, ist nur durchsetzbar, weil sich die Feindbilder in so vielen Köpfen verfestigt haben. Sie sind eng verbunden

sowohl mit der geschichtlichen Verantwortung dieses Landes für den Überfall auf die Sowjetunion wie mit dem tiefverwurzelten Antikommunismus in unserer Gesellschaft. Um dies zu überwinden und damit der Aufrüstungs-ideologie den Boden zu entziehen, müssen wir selbst neu denken lernen. Versöhnungsarbeit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten gegenüber heißt deshalb für uns:

- die historischen Fakten des Vernichtungskrieges 1941-45 vor Augen zu stellen,
- den Anteil der Bundesrepublik an der Konfrontation in Europa ernstzunehmen,
- die neuen Formen und Verkleidungen des Antikommunismus aufzuzeigen,
- Menschenrechte nicht als Instrumente der Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sozialismus zu mißbrauchen
- die Wirklichkeit der Gesellschaften Osteuropas jenseits ideologischer Vorurteile kennen zu lernen,
- die Möglichkeiten konstruktiver und Mißtrauen abbauender Zusammenarbeit zu erkunden, erste Schritte hierzu von uns aus zu tun,
- alles zu unternehmen, damit sich diese Völker von uns nicht mehr bedroht fühlen können und
- dazu denjenigen hier, die Konfrontation und irrationale Ängste schüren, entgegen zu treten.

Versöhnung mit der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas schließt für uns ein die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit allen Kräften, auch an der gesellschaftlichen Basis, die in diesen Ländern für Frieden, Abrüstung, Verständigung und Menschenrechte arbeiten. Auf dieser Grundlage kann ein konstruktiver Streit um die Gestaltung des „gemeinsamen europäischen Hauses“ geführt werden.

Mit Aktionen zu Antikriegstag 1. September 1988 und zur Reichsprogromnacht am 9. November wollen wir die Arbeit zur Versöhnung mit der Sowjetunion und zur Aufarbeitung unserer Geschichte vertiefen und Aktionen zum 50. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges, 1. September 1989, vorbereiten.

Atomwaffen abschaffen, Europa abrüsten

Eine Politik der Friedensvorbereitung zu betreiben heißt für uns:

(...)

— Moderne elektronische Kriegsführung mit konventionellen Waffen wirkt, zumal in einem mit Atomkraftwerken und chemischer Industrie gespickten Land, genauso verheerend wie die mit ABC-Waffen. Deshalb gibt es keine konventionellen Alternativen, sondern auch konventionell muß einschneidend abgerüstet werden: Kein Ersatz atomarer Abrüstung durch konventionelle Aufrüstung! Verzicht auf neue Waffentechnologien! Deutliche Reduzierung der konventionellen, der Truppenstärken und der Rüstungsausgaben! Beendigung der Rüstungsexporte! (...)

— Gegen das Großmachtstreben westeuropäischer Länder, die deutsch-französische Waffenbrüderschaft und den Aufbau einer westeuropäischen Atommacht setzt die Friedensbewegung auf ein ziviles Westeuropa, das auf Völkerfreundschaft und Gerechtigkeit aufgebaut ist.

(...)

Abschließend ruft der Aufruf auf zu:

Aktionen am 1.10. gegen die westdeutsch-französische Brigade in Böblingen; Aktionstage gegen IWF- und Weltbanktagung in Westberlin vom 23. bis 25.9.; Aktionen gegen BRD-Rüstungsexporte am 12.11. vor dem Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn und vor dem größten Flüchtlingslager der BRD in Schwallbach; Aktionen gegen die NATO-Versammlung in Hamburg am 16. oder 17.11.; Aktionen gegen den Kriegsführungsbunker in Linnich am 15.10.

Kurdenverfolgung BKA durchsucht Wohnung

Hamburg. Am 21. Juli durchsuchten fünf Beamte des BKA (Bundeskriminalamt) eine Wohnung, die Kontaktadresse der Freunde des kurdischen Volkes ist. Die Durchsuchung fand ohne Zeugen statt; kein Mieter war anwesend. Die Beamten hinterließen eine Zeuqenvorladung und einen unleserlichen Durchschlag der beschlagnahmten Gegenstände. Da die BKA-Beamten keinen Hausdurchsuchungsbefehl hinterließen, drängt sich auf, daß sie gar keinen hatten, gleichzeitig will das BKA offensichtlich den Eindruck erwecken, daß es ermittelt, ohne zu erklären, gegen wen und warum; Spuren wurden nicht verwischt. Dazu paßt auch der Zeitpunkt der Durchsuchung um 13 Uhr; das BKA hat es wohl drauf angelegt, ohne Zeugen, die Aufklärung verlangt hätten, in der Wohnung zu agieren. Solcherlei Machenschaften wirken terrorisierend auf die Unterstützer des Befreiungskampfs; sie sollen den lähmenden Eindruck erwecken, daß man dem staatlichen Unterdrückungsapparat ohne Chance der Gegenwehr ausgeliefert ist. Dem BKA darf man sowas nicht durchgehen lassen. — (stg)

Lufthansa-Personal gegen Abschiebungen

Bochum. Am 8.7. informierten Lufthansa-Angestellte bei einer Veranstaltung der Bochumer „AG Abschiebung“ über ihre Aktivitäten gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die rund 6000 mal im Jahr durch die Lufthansa durchgeführt werden. Bislang kann höchstens der Flugkapitän den Flug verweigern, wenn ein Passagier gegen seinen Willen an Bord ist oder sich gegen den Flug vehement wehrt. Oftmals werden Abzuschiebende aber medikamentös „ruhiggestellt“ oder fliegen mit Bewachung, so daß ein „Sicherheitsrisiko“ nicht besteht. Mit einer Feststellungsklage beim Arbeitsgericht wollen nun die Lufthansa-Angehörigen (es klagt eine ganze Crew, von Stewardessen bis zu Pilot/Copilot) das Recht zur Arbeitsverweigerung in Abschiebefällen erreichen. „Wir wollen nicht die modernen Lokführer nach Ausschwitz sein“, so erklärten die Kläger zur Begründung ihrer Aktionen. Sie suchen auch die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit Flüchtlings- und Asylgruppen an Flughafenorten. Die Klage wird mit breiter Unterstützung u.a. des Vertrauensleutkörpers des fliegenden Personals der Lufthansa, des vorletzten ÖTV-Gewerkschaftstages und ausdrücklich auch des ÖTV-Vorstandes geführt.

Der Arbeitsgerichtsprozeß findet am 21.9. um 13.15 Uhr im Arbeitsgericht Frankfurt statt. — (M.B./VSP)



Die Postgewerkschaft hat für den 1. bis 6. September alle Beschäftigten der Post aufgerufen, sich an einer Abstimmung über die Post-Zerschlagungspläne der Bundesregierung zu beteiligen. Nach der Sommerpause soll in erster Lesung im Bundestag der Regierungsentwurf für ein „Postverfassungsgesetz“ beraten werden. Bild: Hamburg, Informationsstand der Gewerkschaft. — (gba)

Rechtswidriger Lockspitzeinsatz

Augsburg. Mit Billigung der Ermittlungsbehörden hat ein V-Mann türkischer Nationalität einen unbescholtenen, nicht vorbestraften Landsmann zu einem Heroingeschäft gedrängt, bei dem dieser dann mit 500 g Heroin „gestellt“ wurde. Das stellte die 2. Strafkammer beim Augsburger Landgericht in einem vergleichsweise sehr milden Urteil von zwei Jahren auf Bewährung fest. Beharrliche Versuche des Gerichts, den V-Mann als Zeugen zu laden, scheiterten an der Sperrerklärung des bayerischen Innenministeriums. Auch diesen Vorgang beanstandete das Gericht. Das Innenministerium rügte daraufhin das Gericht wegen „deplazierter und völlig überflüssiger“ Ausführungen. Da die Anstiftung wegen der Sperrerklärung des Ministeriums nicht bewiesen werden konnte, hätte das Gericht auch nicht davon ausgehen dürfen, und so sei das Urteil fragwürdig. Das Justizministerium ließ verlauten, die Rechtssprechung des Bundesgerichtshofes stehe der Sperrerklärung des Innenministeriums entgegen. — (ba)

Gegen Unterdrückung unbequemer Meinungen

Würzburg. Mehr als 150 Teilnehmer folgten am 21. Juli der Einladung zu einem Informationsabend über das Veranstaltungsverbot im Autonomen Kulturzentrum Würzburg (AKW). Anderthalb Wochen zuvor wurde dort eine Veranstaltung „Gegen Gesinnungsterror und Unterdrückung abweichender Meinungen“ ohne vorherige Ankündigung durch ein Polizeiaufgebot verhindert. Begründung: Erwartete Verunglimpfung des Staates (§ 90a StGB). Berichten über die zunehmende Verbotspraxis in Bayern und den Zusammenhang zur

Strafrechtsverschärfung folgte die Auseinandersetzung mit dem dritten Bürgermeisters Felgenhauer (CSU), der nebst Polizeisprecher und zwei Polizisten erschien. Zustimmung fand u.a. die Warnung des NGG-Sekretärs: „Wehret den Anfängen!“ Die Durchführung der verhinderten Veranstaltung und weitere gemeinsame Informationstätigkeit wurden bekräftigt. — (ghm)

Erneut Widerstand gegen Wohncontainer

Ulm. Ende März 1988 hatte die Stadtverwaltung die Flüchtlinge aus Afghanistan, die mit Sitzblockade ihre Unterbringung in Containern verhindern wollten, zur Aufgabe ihres Widerstandes überreden können, weil sie versprochen hatte, innerhalb von drei Monaten für andere Unterkünfte zu sorgen. Am 6. Juni wurde ihnen mitgeteilt, daß vor November an eine Verbesserung nicht zu denken sei. Deshalb führten elf Flüchtlinge erneut eine Sitzblockade durch, diesmal vor dem Rathaus. In der folgenden Gemeinderatssitzung äußerte Bürgermeister Eppele, daß wegen der geringen Bautätigkeit in der Gemeinde Wohnungen für Alte, Sozialschwache oder Spätaussiedler Mangelware seien. Container für die Flüchtlinge seien wohl die einzige Lösung, auch wenn niemand sie wolle. Dahinter stehen weitere finanzielle Erwägungen: Die Container — 29 der 56 Flüchtlinge müssen darin hausen — wurden vor zwei Jahren von der Gemeinde für fünf Jahre fest gemietet. Es muß Miete bezahlt werden, auch wenn sie leer stehen. Hingegen zahlt das Land Mietzuschüsse an die Stadt nur, wenn die Container tatsächlich belegt sind. Nach 17 Tagen wurde der Sitzstreik abgebrochen, weil kein direkter Erfolg in Aussicht war und die Anfeindungen gegen die Flüchtlinge auf der Straße stark zugenommen hatten. — (elr/VF)

Privatuniversität

Einrichtung einer Eliteanstalt in Mannheim beschlossen

Im Frühjahr 1990 soll die bisher in Witten-Herdecke befindliche private Universität nach Mannheim umgesiedelt werden. Vor über einem Jahr war der Präsident der privaten Universität Witten-Herdecke, Konrad Schily, an die nordrhein-westfälische Landesregierung herangetreten, den laufenden Betrieb der Privatu ni mit staatlichen Mitteln zu bezuschuen. Nachdem diese nicht genügend Geld bieten konnte, schaltete sich der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth ein. Unter der Regie seines Staatsministeriums fand in langwierigen Verhandlungen ein regelrechter Abwerbefeldzug statt, an dessen

— Aufnahme in die Förderung nach dem Hochschulbaufinanzierungsgesetz in Höhe von 150 Mio. DM, was zur Folge hat, daß Bund und Land je zur Hälfte diese Summe aufbringen müssen. (2)

Mit dieser geballten Unterstützung im Rücken, dürfte die Mannheimer Privatuniversität zu einer ernstzunehmenden wissenschaftlichen Ausbildungsstätte werden. Betrachtet man sich den Studienablauf in Witten-Herdecke, so wird deutlich, daß es sich hierbei keineswegs um die Schaffung eines wohlbehüteten Freiraumes für Söhne und Töchter der Kapitalisten geht. Nach langwierigen Auswahlprozeduren sollen in Witten

liche Prozesse erkennt und steuernd in sie eingreift. An den überfüllten staatlichen Universitäten, das hat die Bourgeoisie erkannt, kann sie diese Spezies Mensch nicht heranziehen. Hierfür benötigt sie gesonderte Bildungseinrichtungen, in denen ruhig kontroverse Ideen vertreten werden dürfen: „Die Fähigkeit zur Teamarbeit anstelle von einzelgängerischem Konkurrenzverhalten aber fängt nicht in der Arbeitswelt an, sondern in der Schule. Bereitschaft zum Denken jenseits etablierter Hierarchien ... kann vor allem im kulturellen Milieu gefördert werden. Die sich abzeichnenden wirtschaftlichen Umwälzungen stehen in einem wechselseitigen Wirkungsverhältnis mit dem kulturellen Geschehen. Den Nutzen kultureller Gärung für die Gesamtheit haben seit jeher nur Schwächlinge verkannt und gelehnet“ (3).

Die Kritik an der Aufgabenstellung der Privatuniversität ist in Mannheim nicht entwickelt. Die etablierten Parteien befürworten ihre Ansiedlung zwecks Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Dienstleistungskraft der Stadt, die Grünen schwanken zwischen Ablehnung und dem anthroposophisch-alternativen Bildungsansatz, lediglich die DKP tritt uneingeschränkt gegen die Privatuniversität auf.

(Quellen: (1) versch. Ausgaben des Mannheimer Morgen; (2) Mitteilungen über Wissenschaft und Kunst Ba-Wü, 1/1988; (3) Vom Geist der Wirtschaft, S. 166, Buch von Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender Daimler-Benz) — (thh)



Der Mannheimer Jungbusch, Standort der Privatuni, dessen „gelungenes kulturelles Gemisch nach behutsamer Sanierung“ von der Lokalpresse gelobt wird.

Ende die Umsiedlung der Universität von Witten nach Mannheim steht.

In einem zentral gelegenen Mannheimer Stadtteil wurde mittlerweile ein zusammenhängender Grund- und Gebäudekomplex für die Privatuniversität zur Verfügung gestellt. In zwei Jahren sollen dort bis zu 2000 Studenten in den Fachrichtungen Natur- und Ingenieurwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie Politik und Geisteswissenschaften ausgebildet werden. Von der Landesregierung wurde garantiert:

— die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Anerkennung als reguläre Universität;
— ein Zuschuß in Höhe von 30 Mio. DM zum Stiftungskapitals (50% des Gesamtkapitals) sowie die Unterstützung des laufenden Betriebes in den ersten fünf Jahren

„individuelle Persönlichkeiten mit höchster Leistungsbereitschaft, Konflikt- und Kritikfähigkeit“ (1) herangebildet werden. Ein Stipendiat muß sich vorher in der Welt durchgeschlagen haben, wissen was körperliche Arbeit bedeutet, er muß „Selbstbewußtsein und einen außergewöhnlichen Lebenslauf“ aufweisen. Gefragt ist der individualistisch eingestellte Mensch, der seine persönliche Freiheit schätzt und aus innerer Überzeugung für ein Ziel bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und darüber hinaus geht.

Durch Teamarbeit unter hohen Leistungsanforderungen gepaart mit regelmäßiger Rechenschaftsablegung sollen diese Eigenschaften weiter geformt und im Sinne bourgeoiser Ideologiebildung ausgeprägt werden. Das Ziel ist die kapitalistische Führernatur, die gesellschaft-

Späth-Aktion

„Mit Job siehst Du besser aus“

Mannheim. Ministerpräsident Späth, Erfinder der „Versöhnungsgesellschaft“, nimmt sich eines weiteren Widerspruchs in seinem High-Tech-Musterlände an: der Tatsache, daß vor allem das Handwerk nach Arbeitskräften schreit, während doch so viele Arbeitslose herum-springen. Sein „Versöhnungs“-Angebot: „Arbeitsunwilligen Jugendlichen“ solle das Arbeitslosengeld entzogen werden; dazu müßten auch die Rechtsvorschriften über die Zumutbarkeit von Arbeit geändert werden. Auch an „psychosozialen Hilfen“ solle es nicht mangeln.

Diese im April getanen Äußerungen stießen auf einige Kritik. Der DGB-Kreisvorsitzende von Schwäbisch Hall verglich Späths Pläne mit „alten Nazi-Parolen“. SPD-Wirtschaftsexperte W. Roth stellt Späth in Fragen der Arbeitslosigkeit und des Asylrechts auf eine Ebene mit Le Pen. Der Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Riester forderte Späth auf, sich bei der IGM sofort 3500 arbeitslose Jugendliche abzuholen, die händeringend nach Arbeit suchten.

Ohne von seinen Plänen abzurücken, setzte Späth daraufhin eine Blitzaktion in die Welt: „Job contact 88 — Mannheimer Modell“. Er schaffte es, in diese Propagandaaktion die Gewerkschaften hineinzuziehen. Flugs stellte das Staatsministerium v.a. in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer eine Broschüre mit 1248 Stellenangeboten zusammen, in der vermeintlichen „Spreche“ der Jugendlichen: „Schnorren ist out — eigene Kohle in. Am Bau ist die Maloche vorbei. Jeder ist am Gesamtwerk beteiligt. Maschinen und Elektronik helfen“. Gesucht wurden dann Asphaltierer, Pflasterer etc. zu 90% Auszubildende und Fachkräfte. Die Broschüre wurde über diverse Sozialdienste 700 Jugendlichen direkt in die Hand gedrückt. Zur Börse selbst Ende Juni wurden ganze Gewerbeschulklassen geschleust. Über das Ergebnis ist immer noch nichts bekannt.

Der Leiter des Mannheimer Arbeitsamtes hatte schon vor dem Spektakel auf die eigentlichen Probleme hingewiesen: 65% der 3572 jungen, in der Mehrzahl weiblichen Arbeitslosen sind ohne Ausbildung, oft auch ohne Hauptschulabschluß, 27% sind Ausländer — „Material“, das die Kapitalisten mehr und mehr verschmähen.

Späth hatte ebenfalls vorher schon angekündigt, im Falle des Scheiterns des Modells „rechtliche Änderungen“ anzustrengen. Das Handwerk hat inzwischen sein Interesse an verkürzten Ausbildungsgängen angemeldet, natürlich mit geänderter Tarifstruktur. — (tht)

Duisburger-Verfahren

OLG will § 129 a erweitern

Gelsenkirchen. Am 17.5.1988 begann vor dem OLG Düsseldorf der Prozeß gegen vier Leute aus Duisburg wegen „Mitgliedschaft in der RAF“ sowie zwei Sprengstoffanschlägen, die ihnen zugerechnet werden sollen. Die Verteidigung geht davon aus, daß die unterstellten konkreten Straftaten sich nicht beweisen lassen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) vom 18.5.1988 umschreibt die Zielsetzung des Prozesses so: „Wenn es der Bundesanwaltschaft gelingen würde, in diesem ... Prozeß ein Urteil herbeizuführen, in dem diese ‚illegalen Militanten‘ als Gruppen innerhalb der RAF ... definiert würden, dann wären Terroristen in Tatbereichen künftig auch von vornherein als ‚terroristische Vereinigung‘ zu erfassen und anzuklagen.“

Wie dies geschehen soll, ergibt sich aus Anklageschrift und bisherigem Prozeßverlauf. Die FAZ: „Die Angeklagten ... waren ... noch nicht in den Untergrund abgetaucht. Sie waren als Atomkraftgegner, Friedensdemonstranten,

auch als Hausbesetzer bekannt. Wann die Hemmschwelle zur direkten Gewaltkriminalität sich senkte, wird noch zu untersuchen sein.“ In der Anklageschrift wird als Beleg u.a. folgendes aufgeführt: Sammeln von linksextremistischem Schriftgut, Anlegen von Archiven, Besitz von Unterlagen zum „Frankfurter Kongreß“, von Kopien aus „RAF-Publikationen“, Teilnahme an Veranstaltungen zum „Hungerstreik“, Briefwechsel und Besuch von RAF-Inhaftierten.

Auf dieser Linie wurde der Prozeß eröffnet. Die Entwicklung von Mitgliedern der RAF wurde dargelegt, um von den Schulnoten der Angeklagten bis zu ihrer Teilnahme an Demonstrationen den Eindruck zu erwecken, diese hätten dieselbe Entwicklung hinter sich. Aus der Anklageschrift ergibt sich, wie die Anwendung des § 129 a StGB auf politische Gegner dieses Systems ausgeweitet werden soll. Die RAF gliederte sich in „Guerilla“, „Widerstand“ und „Gefangene“. Zum „Widerstand“ werden sog. „Illegale Militante“ und „Kämpfende Einheiten“ gezählt.

Die Verteidigung hatte zu Beginn Befangenheitsanträge gegen die Richter und den psychiatrischen Gutachter gestellt; gegen die Richter u.a. wegen der schleppenden Bearbeitung dringender Anträge. Die Anträge wurden alle in der bekannten Kürze abgelehnt, u.a. sinngemäß damit, daß dies alles nur Propaganda sei.

Für die FAZ ist schon alles klar: „Es fällt schwer, diese Angeklagten angesichts ihres Verhaltens im Gerichtssaal und ihrer ungebrochenen Bekenntnisbereitschaft zu militanten Aktionen noch als nur mutmaßliche Terroristen zu bezeichnen.“ Darum geht es auch. Die Verteidigung schrieb in einer Pressemitteilung: „Mit dem Instrument des § 129 a StGB sollen hier ein weiteres Mal ... nicht erwünschte politische Gesinnung und Kontakte zu RAF-Gefangenen beispielhaft strafverfolgt werden.“

Nächste Prozeßtermine sind am 15. und 16.8.1988, jeweils 9.30 Uhr. — (scm)

Asyl

Kurde in die Türkei abgeschoben

Hamburg. Wir berichteten in der letzten Ausgabe der Politische Berichte darüber, daß ein den staatlichen Stellen als aktives Mitglied des kurdischen Arbeitervereins bekannter Kurde in Abschiebehaft genommen, in die Türkei abgeschoben, dort sofort verhaftet und nach zwei Tagen „zur Beobachtung“ vorläufig freigelassen worden ist.

Der Kurde B. hatte in der BRD seit 1980 um die Anerkennung als Flüchtling gekämpft. Diese Anerkennung wurde ihm mehrere Male verwehrt. Im Mai

1987 reichte er darauf hin Verfassungsbeschwerde ein, diese wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht zur Entscheidung angenommen. Eine 1987 eingereichte Eingabe an die Hamburger Bürgerschaft wurde am 13. Juni 1988 für „nicht abhilfefähig“ erklärt. Drei (!) Tage später beschloß das Amtsgericht Hamburg, den Kurden B. in Abschiebehaft zu nehmen. Das Landgericht bestätigte am 27.6. den Beschluß des Amtsgerichts. Die Gründe für die Haft, die die beiden Gerichte angeben, bezeugen, daß die Gerichte bereit waren, mit falschen Tatsachenbehauptungen und willkürli-



Protest gegen Polizeiterror

chen Schlußfolgerungen, dafür zu sorgen, daß der Kurde B. um jeden Preis nur in die Türkei abgeschoben wird. So halte sich der Kurde B. illegal in der BRD auf. Tatsächlich aber wurde der Kurde B. bis zur Entscheidung über seine Eingabe an die Bürgerschaft von der Ausländerbehörde geduldet. Die Ablehnung seiner Eingabe am 13. Juni wurde ihm erst am 16. Juni, am Tag der Verhängung der Haft, auf der Ausländerbehörde bekanntgegeben. Zwar wohnte B. bei seinem Bruder, das Gericht aber sah keine „ausreichende Familienbindung“ in der BRD.

Auf der Ausländerbehörde hatte sich B. dann bereit erklärt auszureisen, allerdings wolle er nicht in die Türkei, sondern in ein anderes Land ausreisen. Das Amtsgericht erklärte dies zu einer „Schutzbehauptung, um der Haft zu entgehen“. Das Landgericht Hamburg begründete außerdem die Abschiebehaft damit, daß der Kurde alle ihm möglichen legalen Mittel ausgeschöpft habe, um sodann dreierweise zu schlußfolgern, daß nach dem Scheitern dieser Mittel nun zu „befürchten“ sei, daß B. zu illegalen Mitteln greifen werde, um nicht die Türkei abgeschoben zu werden. — (stg)

Landesregierung Schleswig-Holstein

Vorhaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

An drei Punkten wollen wir aufzeigen, welche Positionen die SPD als Regierung nun vertritt im Gegensatz zu ihrer Zeit als Opposition.

1.) Das schleswig-holsteinische Personalvertretungsgesetz (LPersVG) ist eines der konservativsten. Den Personalräten werden weit weniger Rechte und Mitbestimmung zugestanden als etwa im Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG). In der Vergangenheit (1974, 1978 und 1980) hat die SPD als Opposition die Forderungen von ötv/DGB zum PersVG als Gesetzesänderungsanträge im Landtag eingebracht, die jedoch von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurden. Die SPD Landesregierung will das LPersVG

Beamten, bei der ordentlichen Kündigung durch den Arbeitgeber! (§ 72) Die Gruppenvertretung kann „Einwendungen“ erheben gegen eine Kündigung. Über rechtliche Auswirkungen dieser Einwendungen und Bedenken steht nichts geschrieben. Die Personalräte in Schleswig-Holstein haben zwar auch das Mitbestimmungsrecht über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen, nicht jedoch über die Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage (§ 71). Dadurch haben sie kaum Einfluß auf die Aufstellung von Schichtplänen etwa im Krankenhaus.

Die ötv hat gleich nach der Landtagswahl ihre Forderungen (s. Kasten) wie-

ötv zum LPersVG

1. Die Personalvertretung hat in allen personellen, sozialen, organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gleichberechtigt mitzubestimmen.
2. Die Mitbestimmung ist auf alle personellen Einzelmaßnahmen auszuweiten ...
3. Der Personalrat hat bei Kündigungen mitzubestimmen. Bei Widerspruch durch den Personalrat kann die Auflösung des Arbeitsverhältnisses nur durch ... arbeitsgerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden.
4. Aus der Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten sind lediglich die „politischen Beamten“ auszuklamern.

5. Die Mitbestimmung ist auszudehnen auf die Personalplanung ... Personalbemessung und ... Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung sowie auf alle Maßnahmen der Berufsbildung.

6. Die Einrichtung und Ausgestaltung von Personalinformationssystemen, die Erfassung, Verarbeitung und Speicherung von personenbezogenen Daten und die Bestellung von Datenschutzbeauftragten sind mitbestimmungspflichtig.

7. Die Mitbestimmung ist auf die Gestaltung des Arbeitsablaufes und auf Rationalisierungsmaßnahmen jeder Art ... zu erweitern ...

11. Das Initiativrecht des Personalrats ist auf alle Mitbestimmungsangelegenheiten auszudehnen und für den Dienststellenleiter ... bindend.

„grundlegend verändern und dabei den Personalräten mehr Beteiligungsrechte einräumen“ und damit „ein bundesweit vorbildliches Personalvertretungsgesetz“ (1) schaffen.

Im Gegensatz zum BPersVG hat oft nicht der Personalrat in seiner Gesamtheit Mitbestimmungsrechte, sondern nur die Vertretung der Gruppe, also der Arbeiter, Angestellten oder Beamten. Das ist z.B. bei allen Personalangelegenheiten wie Einstellung, Eingruppierung, Beförderung, Höher- oder Rückgruppierung, Versetzung, Abordnung, Durchführung der Berufsausbildung, Fortbildung, Umschulung der Fall (§ 70). In vielen Fällen, wo das BPersVG Mitbestimmung vorsieht, läßt das LPersVG nur Mitwirkung zu, z.B. bei der Entlassung von Beamten auf Probe, Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen

der angemahnt. Wenn die SPD diesen nun nachkommt, ist das keine großherzige Tat, sondern eine längst überfällige Anpassung zumindest an den Standard des BPersVG.

2.) Seit langem steht in den Wahlprogrammen der SPD die Abschaffung des Extremistenerlasses mit der Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Dies wurde am 12.7.88 tatsächlich durchgeführt. Viele fortschrittliche Lehrer hoffen! Innenminister Bull: Die Regelanfrage sei überflüssig, weil „es im vergangenen Jahr gegen keinen einzigen Bewerber Bedenken wegen mangelnder Verfassungstreue gegeben habe“. Das Beamtenrecht reiche völlig aus, um gegen Extremisten vorzugehen. Der SSW-Abgeordnete K.-O. Meyer schlug vor, auch solche Kandidaten zu begnadigen, die aufgrund des Extremistenerlasses bisher

nicht eingestellt wurden. Bull: Im Einzelfall sei zu prüfen, ob das Land gegenüber einem Bewerber „in der Schuld steht“. Interessant wird nun, ob die SPD rasch etwas gegen die Rechtsextremisten in den Schulen unternimmt. In Flensburg unterrichtet Ingo Lachnit am Fachgymnasium f. Sozialwirtschaft und Fachschule für Sozialpädagogik. Er ist Mitautor der rechten Zeitung „Nation Europa“. Vor der Landtagswahl verteilte er Flugblätter der Republikaner im Unterricht. Das CDU-Kultusministerium erhielt Beschwerden von Schülern, Eltern, Lehrern, unternahm aber — natürlich — nichts.

3.) Wer Hoffnungen auf eine linke SPD-Politik hatte, in der die Gewerkschaftsforderungen nun auch verwirklicht werden, bemerkt die Makulatur bald. Die Regierungspolitik „für mehr Beschäftigung und ökologisches Wachstum“ umfaßt u.a. „alle rechtlich möglichen und finanzierbaren Formen der Arbeitsumverteilung. Alle Formen der Verkürzung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit, sozial gestaltete Teilzeit sowie der Abbau von Überstunden müssen genutzt werden.“ (1) Alle Formen — da kommen viele ungeschätzte Arbeitsverhältnisse bei heraus. Für den öffentlichen Dienst konkretisiert Engholm dies ein paar Seiten weiter: „Unter den gegebenen finanzpolitischen Bedingungen kann Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst nur dann zu neuen Arbeitsplätzen führen, wenn wir uns von einer bisher für alle Einkommensgruppen geltenden linearen Besoldungserhöhung trennen. Ich werde mich gegenüber den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes dafür einsetzen, in der nächsten Tarifrunde als Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen auf Zuwächse ganz oder teilweise zu verzichten ... Hier müssen beide Seiten Zeichen einer neuen Solidarität setzen!“ Oskar läßt grüßen! Unter dem Motto „neue Solidarität“ soll direkte Lohnsenkung bzw. eigentlich zwangsweise Teilzeitarbeit durchgesetzt werden. Die ötv insgesamt steht einer solchen Lohnverzichtsankündigung weich gegenüber. Wulff-Matthies erklärte auf dem Gewerkschaftstag, die ötv habe „den Kollegen und Kolleginnen in den niedrigen Einkommensgruppen erklärt, warum der Schwerpunkt Arbeitszeitverkürzung die Bereitschaft voraussetzt, für dieses Ziel auch niedrigere Lohnerhöhungen in Kauf zu nehmen.“ Weniger Fleisch für mehr Freiheit. An der ötv werde „kein Beitrag zu tarifpolitischen Flankierung zusätzlicher Beschäftigungsinitiativen von Staat und Arbeitgebern scheitern“. Das will Engholm. „Die Landesregierung wird sich verpflichten, die dadurch eingesparten Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verwenden.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zahlen durch Lohnverzicht den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates.

(1) Regierungserklärung, 28.6.88 — (sah)

Siemens

Ausschnüfflung Urteil soll kippen

München. Die Geschäftsleitung des Münchener Werks Hofmannstraße der Siemens AG hat erklärt, daß sie an der Praxis der Regelüberprüfung aller Bewerber auf offene Stellen festhält — trotz der vom Arbeitsgericht München am 1.12.87 getroffenen Entscheidung auf Unterlassung der Regelüberprüfung, weil damit das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates verletzt werde.

Im Werk Hoffmannstraße arbeiten ca. 13000 Beschäftigte in der Entwicklung und Fertigung von Fernmelde- und nachrichtentechnischen Einrichtungen. Im begrenzten Umfang wird dort auch für die Rüstung geforscht und produziert. Alle Mitarbeiter, die an militärischen Projekten arbeiten, werden einer Sicherheitsüberprüfung nach den Regelungen des Bundeswirtschaftsministeriums unterworfen und bekommen die sog. „NATO-Clearance“ und entsprechende Sicherheitsstufen zugeteilt. Daneben hat die Personalabteilung aber alle Stellenbewerber im Bereich Nachrichtentechnik durch das Bay. Landesamt für Verfassungsschutz überprüfen lassen, führt also eine Regelanfrage wie bei Einstellungen im öffentlichen Dienst durch.

Die Begründung des Siemens-Konzerns vor dem Arbeitsgericht München: Bei allen Stellen im Bereich Nachrichtentechnik im Werk Hoffmannstraße — ca. 8000 — handle es sich um sicherheitsempfindliche Aufgaben. Siemens habe die öffentlich-rechtliche Verpflichtung, im Sinne des vorbeugenden Sabotageschutzes tätig zu werden. Rechtsgrundlage dafür sei das Bay. Verfassungsschutzgesetz. Diese öffentlich-rechtliche Verpflichtung sei ein höheres Gut als die Mitbestimmung des Betriebsrates.

Das AG München betrachtete die Regelanfrage als eine Auswahlrichtlinie seitens des Siemens-Konzerns, die aber mitbestimmungspflichtig sei, und verurteilte Siemens zur Unterlassung. In ihrer Begründung (Geschäftszeichen: 14 BV 131/87) stützen sich die Richter auf das Betriebsverfassungsgesetz und verweisen darauf, daß der „vorbeugende Sabotageschutz“ nirgends konkretisiert sei und im übrigen niemals die Mitbestimmung außer Kraft setzen könne. Inwieweit der Siemens-Konzern damit auch andere Gesetze, wie das Bundesdatenschutzgesetz, verletzt, haben die Richter nicht geprüft.

Die Siemens-Zentrale ließ zu diesem Urteil erklären, das AG München habe „die schwierige Rechtslage“ nicht ausreichend geprüft, und deswegen werde Siemens Beschwerde beim Landesarbeitsgericht einlegen und zudem die Regelanfrage fortsetzen. Der Siemens-Konzern will dabei offensichtlich eine



METALL-Artikel der letzten zwei Jahre

grundsätzliche Weichenstellung erzwingen: Die offizielle Philosophie, Sicherheitsinteressen der Firma und des Staates hätten einen höheren Rang als Mitbestimmungsrechte von Belegschaften und Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten und Stellenbewerbern, soll durch höchst richterliche Entscheidung und/oder eine Neufassung der Verfassungsschutzgesetze der Länder abgesegnet werden.

Quellen: metall Nr. 14/88 — (wom)

Stromverbund

Anschluß Westberlins

Niedersachsen. Vor knapp einem halben Jahr hat der zum Veba-Konzern gehörende niedersächsische Energiekonzern PreußenElektra ein besonderes Projekt unter Dach und Fach gebracht: Bau einer Stromleitung durch die DDR nach Westberlin! Ab 1989 soll die DDR nach Fertigstellung des ersten Abschnitts der Stromtrasse von Helmstedt nach Magdeburg mit jährlich 1 Milliarde Kilowattstunden beliefert werden, nach Fertigstellung des zweiten Abschnitts von Magdeburg nach Westberlin ab 1992 Westberlin mit der gleichen Menge. Ein solches Stromlieferabkommen ist von der DDR-Außenhandelsgesellschaft Intrac, der PreußenElektra und der Westberliner BEWAG nach ca. halbjährigen Verhandlungen unterschrieben worden. Die Gesamtinvestitionen dafür betragen ca. 350 Mio. DM und werden von PreußenElektra und BEWAG gemeinsam zu etwa gleichen Teilen getragen.

Das konkrete Profitinteresse der PreußenElektra und das Interesse der westdeutschen Imperialisten an der Sicherung des „Brückenkopfs“ und an einer „Umarmungspolitik“ gegenüber der DDR decken sich bei diesem „Projekt“ trefflich.

Laut Diepgen, Regierender Bürgermeister Westberlins, müsse der „Phase der Vertragspolitik“ jetzt eine „Phase der Projektpolitik“ folgen. Bei der Schaffung des EG-Binnenmarktes müsse immer auch der östliche Teil Europas mit einbezogen werden. Westberlin komme hierbei eine zentrale Funktion zu. Beispiele seien der Bau der Schnellbahn von Hannover nach Westberlin, der gemeinsame Bau von Rauchgasentschwefelungsanlagen usw.

Westberlin muß sich bisher als „Insel“ auf eigene Kraftwerke (Steinkohle, schweres Heizöl) verlassen. Die nds. Landesregierung beantwortet eine „Kleine Anfrage“ der Grünen u.a. wie folgt: „Die Landesregierung sieht in dem Stromlieferabkommen insbesondere Vorteile im Hinblick auf die Versorgung von Berlin (West). Zum ersten Mal wird dieses Gebiet nach Fertigstellung der Leitung an das westeuropäische Verbundsystem angegliedert.“ Zunächst sollen bis zu 10 % des Bedarfs preisgünstiger gedeckt werden.

Für die DDR sollen die Lieferungen der PreußenElektra ab 1989 Stromlieferungen aus Österreich ersetzen. Offenbar wird die PreußenElektra zu günstigeren Bedingungen liefern, und verspricht sich die DDR somit eine Verbilligung ihrer Strom-Importe. Diese Verbilligung wird insbesondere das Resultat der Anrechnung einer Transitvergütung sein, die die DDR für Lieferungen auf der Strecke Magdeburg-Westberlin erhält.

Die Pferdefüße dieses Vertrages bestehen für die DDR zumindest in zweierlei Hinsicht. Erstens hat sich die DDR die Transitvergütung eingekauft durch das politische Zugeständnis der erstmaligen Anbindung Westberlins an das westeuropäische Verbundnetz, was auch zu einer weiteren Zersetzung des Viermächteabkommens beitragen wird. Zweitens begibt sich die DDR in Abhängigkeit von Stromlieferungen der BRD, die auch und gerade für die offenbar in der DDR nicht unproblematische Stromversorgung in den Wintermonaten vorgesehen sind. Hierzu ist wissenswert, daß es sich nach Angaben der nds. Landesregierung laut Vertrag um „nicht gesicherte Lieferungen“ handelt. Sie können vielmehr im Falle eigenen Bedarfs der PreußenElektra unterbrochen werden. Garantiert diese Vertragsklausel der PreußenElektra eine bessere Auslastung ihrer Kraftwerkskapazitäten, so könnte sich gerade dieser Vertragsteil zu einem Bumerang für die Energiepolitik der DDR und zu einem Joker westdeutscher Erpressungspolitik entwickeln.

— (mio)

Interview mit Audi-Beschäftigten

ALLtag bei Audi: Bangen um den Arbeitsplatz

Heilbronn. Zwei Tage vor der Hauptversammlung der Audi-AG erschien eine (nicht-öffentliche) Studie des Unternehmensberaters McKinsey im „Stern“: „Bei Audi sind 10000 Arbeitsplätze in Gefahr. Die Leistung pro Mitarbeiter liegt bis zu 47% unter den Werten deutscher Konkurrenten“. Die Lokalpresse berichtete dann aus der Hauptversammlung: „Insgesamt kann Audi mit diesem Artikel ganz gut leben. Denn die darin aufgezeigten Mißstände sind bekannt ...“. Der „Stern“-Artikel gibt den Pfeffer zu einem Maßnahmenkatalog des Audi-Vorstands, der erklärtermaßen zur Erhöhung der Profitrate dient. Je 1000 Beschäftigte werden 1988 in den beiden Werken Ingolstadt und Neckarsulm abgebaut. Über Abfindungen, hauptsächlich bei Leuten mit längeren Krankheitszeiten und ausländischen Beschäftigten und über Vorruhestandsverträge ist in Neckarsulm das Ziel bereits erreicht. Aber der Katalog umfaßt mehr.

Die Redaktion des „Kommunalen ALLtag“ der Heilbronner Alternativen Linken Liste interviewte Beschäftigte des Audi-Werkes in Neckarsulm zu den Auswirkungen der Pläne. — (bes,jom)

Spätestens bei der letzten Betriebsversammlung bei AUDI wurde der Abbau von „mindestens“ 1000 Arbeitsplätzen bekannt. Wir wollten uns weder mit der seichten Stimmungsuntersuchung der Heilbronner Stimme (Kurzarbeit = Urlaub und toll) zufrieden geben, noch mit den vom Vorstand abgekupferten Arti-

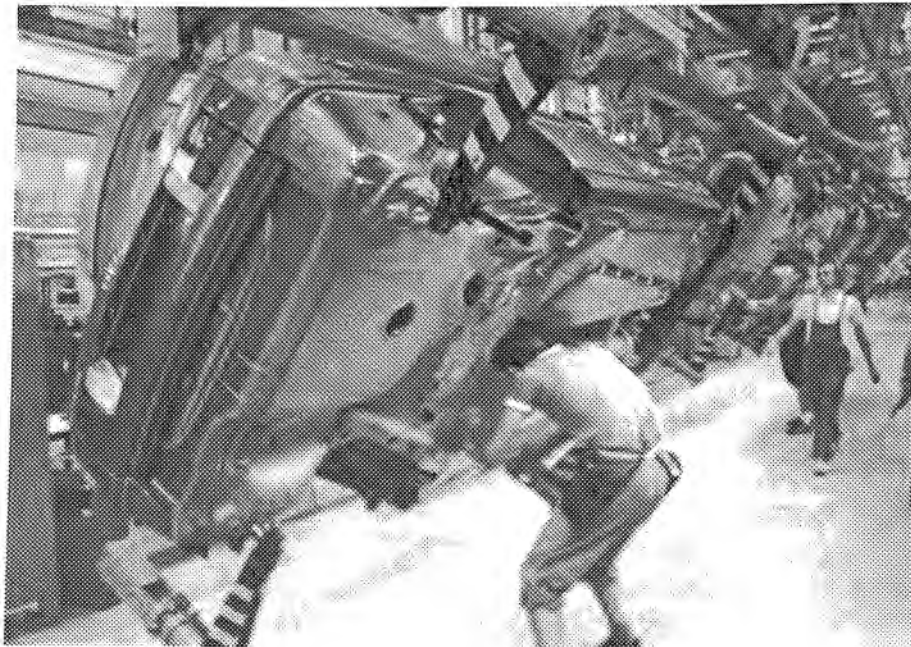
sammlungen behauptet worden, die Entlassungen würden „sozialverträglich“ gestaltet. Habt Ihr mitbekommen, wie das aussieht?

B.: Auf der letzten Betriebsversammlung hat der Piech vom Vorstand einige Sachen gesagt, die wirklich rotzfrech wa-

in Zukunft Teile einkauft. Klassisches Beispiel Kabelbaum, der war nämlich vor zwei oder drei Jahren im Streit. Macht AUDI eigene Kabelbäume oder kauft sie die. Kabelbaufertigung ist Lohngruppe 2 und 3, Frauen, ausschließlich. Es schien aber offensichtlich zu teuer, weil sie zahlen zwar die niedrigste Lohngruppe, aber halt Audi-Stundenlöhne dort oder Akkordsätze und die sind nochmal höher, als wenn sie es irgendwo im Bayrischen zusammenklopfen lassen, wo es halt 8 DM die Stunde kostet. Das hat Piech deutlich gesagt, daß man da in Zukunft, und zwar weltweit, die billigsten Anbieter für solche Teile suchen wird. Das heißt auch viel Korea, und wenn sie in Zukunft einkaufen wollen, dann, hat er z.B. gesagt, müssen neue Preisverhandlungen mit den Zulieferern geführt werden. Also was man sich ausmalen kann bei so kleinen Klitschen, daß AUDI jetzt ankommt und sagt, hört, unsere Profitrate stimmt nimmer, wir müssen jetzt noch einmal über deinen Artikelpreis reden. Und die haben eh nicht die Macht zu sagen, eigentlich bräuchte ich sowieso seit Jahren 1 DM mehr, sondern die werden sich wieder ein paar Pfennig abhandeln lassen, und du kannst dir ausrechnen, was dies in den Betrieben dort heißt.

R.: Ich denke, daß man sich ziemlich klar darüber werden muß, daß die 1000 Arbeitsplätze, die zur Diskussion stehen, die Zahl ist, die abgebaut werden soll, im wesentlichen durch die Reduzierung der Porsche-Produktion. Das was B. angesprochen hat, ist in dieser Zahl nicht enthalten. Die Zahl wird also, wenn so Sachen kommen, wie sie angekündigt worden sind, wesentlich höher sein, wie die 1000, die im Moment diskutiert werden.

D.: Man könnte ja vielleicht sagen, daß Piech zum erstenmal diese 1000 Stellen zugegeben hat. AUDI hat ja schon über ihre Presseabteilung sagen lassen, 2000 in jedem Fall, es könnten eventuell auch 4000 sein. Von den Zahlen her muß man sehen, 2000 arbeiten im Porsche Bereich und was dort mitgeteilt wird, ist, daß wir ab Sommer wahrscheinlich nur noch einschichtig arbeiten, d.h. allein die Hälfte der Leute ist zuviel. Vor einem Jahr haben wir noch 150 Stück pro Tag gemacht, ab Sommer, also nach den Werksferien, sollen zwischen 30 und 50 Autos gemacht werden. Also kann man sich genau ausrechnen, wieviele Leute die tatsächlich noch benötigen. Vielleicht noch konkretere Fakten, daß bei



keln im Wirtschaftsteil derselben Zeitung. Deshalb führten wir von der Redaktion mit drei Kollegen von AUDI ein Gespräch, über Maßnahmen der Geschäftsleitung und ihre Auswirkungen auf die Belegschaft, durch. Obwohl sich die Kollegen unterschiedlichen linken Organisationen zurechnen, ergänzen sich die Aussagen und es zeigt sich in der Beurteilung viel Gemeinsamkeit. Das gesamte Interview umfaßt 24 Schreibmaschinenseiten, wir drucken Auszüge daraus ab.

Red. Es ist auf der letzten Betriebsver-

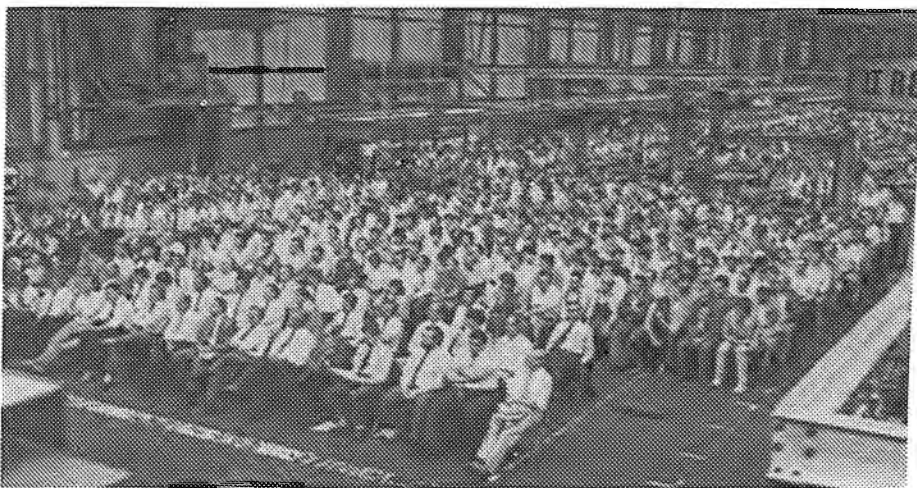
ren. Er hat die Verhältnisse in Japan und Korea angesprochen und ausgewagt, wieviele Stunden dort gearbeitet werden, wieviel die dort in der Stunde verdienen und was es kostet, Autos dort herzustellen, und daß es ziemlicher Schwachsinn sei, hier noch Autos herzustellen. Das heißt, daß sich da viel verändern müßte, was ja nichts anderes heißen kann, als irgendwie auf die Löhne oder halt über Rationalisierung und höhere Akkorde, Flexibilisierung und Anlagennutzung dort wirklich Sachen wieder wettzumachen. Dann, denke ich, sind ziemlich freche Sachen gesagt worden, wie man

uns jetzt, wenn produziert wird, in der Zeit von der Kurzarbeit, das sind ja jetzt Monate gewesen, da sind wir von vier Wochen drei zuhause gewesen, in Kurzarbeit. Und trotzdem, in der Woche, in der gearbeitet wird, sind in unserer Abteilung von ca. 100 Leuten immer 10 bis 15 Leute im Aufenthaltsraum gesessen. Da kam auch Druck vom Betriebsrat, daß man denen noch ein Geschäft gibt, und dann haben sie mal Unkraut gezogen im Garten oder haben mal einen Besen bekommen zum Kehren und sonst sind sie den ganzen Tag rumgesessen, und das hat mit die Wirkung, daß der Druck dort verstärkt wird. Also, daß die selber sich vorkommen wie überflüssig und sich selber dann, auch vor allem türkische Kollegen, ältere, die sie dann dazu reingesetzt haben in den Aufenthaltsraum, daß sie die mehr oder weniger auch psychologisch soweit vorbereiten, daß sie dann also sagen, gut, sieht schlecht aus, und für mich keine Arbeit mehr, ich geh dann halt und nimm das Geld. Das kommt ja dann auch dazu, also zwischen 1000 und 1500 DM/Jahr, daß man im Betrieb ist, wird z.Zt. gehandelt. Also da läuft eine ganz offene Handelssache um Arbeitsplätze, und alle Kollegen, die, ich weiß nicht wie der Satz ist von Tagen, an denen man Krank sein muß, aber die mit Krankheitstagen sind alle systematisch vorgeladen worden. Und denen haben sie meistens angeboten soundsoviel Abfindung.

Red.: Hat sich das nur auf die türkischen Kollegen bezogen, oder auch auf deutsche?

D.: Deutsche, türkische Kollegen, das geht durch die Bank. Die versuchen es zur Zeit mit allen möglichen Mitteln. Das ist es ja, was hier heißt sozialverträglich. Also, wenn du den Betriebsrat darauf ansprichst, der sagt na gut, das wissen wir, aber wir halten die Leute nicht davon ab. Und sie sagen, besser wir haben durch so eine Maßnahme die Leute weg, als daß man nachher einem Sozialplan oder sonstwas zustimmen muß.

R.: Ich persönlich habe jetzt noch nicht erlebt, daß Ausländer konkret aufgrund von Ausländersein angesprochen worden sind. Vor kurzem, ich weiß nicht mehr genau, war es im Gewerkschafter oder war es in der IG-Metall-Zeitung, kam vor etwa einem halben Jahr die Entwicklung der Ausländerbeschäftigten in der deutschen Automobilindustrie. Und, wenn du dir das angesehen hast, AUDI NSU lag in etwa in der Richtung 15% Beschäftigungszuwachs in den letzten drei bis vier Jahren und gleichzeitig 15% Abnahme der Ausländerbeschäftigung. Da können die sich das auch an ihren fünf Fingern abzählen, daß hier nicht viel zu holen ist. Aber bis jetzt waren das im Wesentlichen Leute, die krank waren und die Zahl, wo dies genau liegt, das



Betriebsversammlung bei AUDI

kann ich auch nicht sagen. Es wird immer von 60 bis 70 Krankheitstagen gesprochen, wobei die AUDI-Methode immer die ist, alle Tage zu zählen, die man krank geschrieben ist, also wenn du fünf Wochen krankgeschrieben bist, hast du halt 35 Krankheitstage. Die werden einfach hergehen und die letzten fünf bis sechs Jahre schauen und wenn da jemand in jedem Jahr na ja, meine Vermutung ist vielleicht mehr wie vier Wochen oder so krank war, dann.

D.: Mit der Begründung haben sie ja auch schon früher Leute entlassen. Also mit Krankheitstagen, die haben gerade so Fälle, die ziemlich viele Tage hatten, die haben sie halt da entlassen. Es ist zum Arbeitsgerichtsprozeß gekommen, aber das bekommt man unter der Menge kaum mit.

Red.: Uns würde im Zusammenhang Betriebschaftsstärke noch interessieren, wie sieht denn das aus mit Leiharbeitern? Habt Ihr den Eindruck, daß dies in letzter Zeit zunimmt?

B.: Was ich sicher weiß, ist der Fuhrpark. Wahrscheinlich drei Viertel Leiharbeiter. Die fahren zum Teil mit Staplern herum, wo die Leiharbeiter-Firma draufsteht.

R.: Wobei, das kann ich jetzt allerdings nicht genau belegen mit Zahlen, aber ich vermute einfach mal, daß eine Menge von dem, was an Transportwegen gebaut worden sind, automatische Transportwege, daß das zu Kosten von den Leuten ging. Es ist im Facharbeiterbereich so, daß ziemlich viele Leihfirmen abgebaut worden sind. Also Felde, Ifa, im Elektrikerbereich hat ziemlich reduzieren müssen. Es sind Stellen von Leuten abgebaut worden, wo man gesagt hat, das muß jetzt jemand von uns machen. Also ich glaube, das sind schon ein paar Sachen zum Positiven eigentlich gewandelt worden, wo es hart ist, ist wieder der ganze soziale Bereich. Kantine und putzen und so, da ist unheimlich viel Fremdfirma und dann auch unter miserabelsten Umständen.

B.: Die Kantine sind entweder Leiharbeiter oder 440 DM-Verträge, und dann haben sie noch einen Koch sozusagen, und dann hat es sich auch.

Red.: Als Argument, daß diese Maßnahmen alle notwendig sind, wird jetzt vor allem vom Vorstand so argumentiert, daß die Dividende steigen muß, daß sich die Ertragslage verbessern muß.

D.: Ja halt, das ist vom Betriebsrat.

Red.: Ja, das ist etwas tragisch, daß das der Betriebsrat auch so sieht. Aber das kommt ja nicht vom Betriebsrat, sondern der Betriebsrat kupfert das ab, beim Vorstand in dem Fall, wenn er das da reinschreibt. Herkommen tut es vom Vorstand als Begründung. Gibt es da irgendwelche Vergleichszahlen? Rote Zahlen werden ja offensichtlich nicht geschrieben, sondern Umsatz, alles was man so liest, geht eigentlich immer noch nach oben.

D.: Piech will quasi wieder gleichziehen mit den süddeutschen Autoproduzenten, also BMW und Daimler, mit denen will er konkurrieren. Mit dem Sparkurs, da ist ja alles drin, was jetzt auf uns abgelanden wird. Die müssen jetzt alle möglichen Maßnahmen anwenden, um mehr herauszuholen. Das ist für viele Kollegen noch gar nicht vorstellbar, was da alles noch läuft.

R.: Der Piech hat eigentlich kaum ein Feld ausgelassen in seiner Aufzählung, wo gespart werden kann. Einkauf, Fertigungstiefe, dezentrale Instandhaltung, dann hat er was von Dienstleistungstiefe gesprochen und dann hat er Sozialleistungen angesprochen, Personalkosten. Da bin ich sicher, da wird in nächster Zeit einiges auf uns zukommen.

Quellenhinweis: Das Interview wurde von der Redaktion des „Kommunalen ALLtag“ geführt und ist in Nr 5/88 abgedruckt. Der Nachdruck erfolgt mit Genehmigung der Redaktion.

SEL: Sonntagsarbeit „zur Probe“

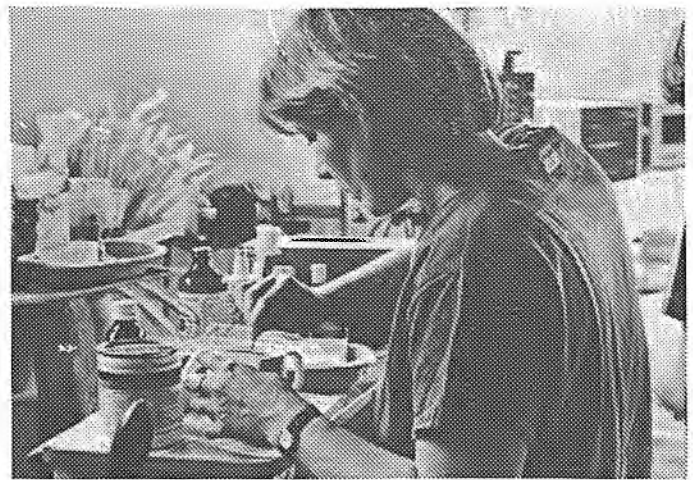
Stuttgart. Das Regierungspräsidium hat der SEL Stuttgart die Genehmigung erteilt, zur Herstellung von Lichtwellenleitern auch sonntags arbeiten zu lassen. Wie bei IBM Sindelfingen (Chip-Herstellung) wurde auch hier die Genehmigung „auf Probe“ erteilt. Die Testphase bei SEL soll vom 27.11.1988 bis zum 18.3. 1989 dauern. Betroffen sind zunächst 75 Beschäftigte. Der Betriebsrat lehnt die Sonntagsarbeit eindeutig ab, die IG Metall kündigte Widerstand gegen die Entscheidung der Behörde an. — (ros)

Warnstreik beim NDR

Hamburg. Am 25.7.88 streikten Beschäftigte beim NDR. Beim ARD fiel die Tagesschau um 20.00 Uhr aus, mit 45 Minuten Verspätung wurde eine Ersatznachrichtensendung vom Bayerischen Rundfunk gesendet. Die RFFU hatte zum dreistündigen Warnstreik aufgerufen. Hintergrund sind die diesjährigen Tarifverhandlungen. Beim NDR (3450 Beschäftigte) gibt es einen Haustarif. Während der NDR sich an den Abschlüssen im

Stuttgart. Für den Bereich der Krankenhäuser und Pflegeheime fordert die ÖTV eine sofort einzuleitende „Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive“ aufgrund des besorgniserregenden Personalmangels. Das Hauptvorstandsmitglied Ulrike Peretzi-Leid bezeichnete es als „paradox“, wenn die Bundesanstalt für Arbeit einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen für die nächsten Jahre voraussage und „andererseits in vielen Krankenhäusern der Personalnotstand ausgerufen werde.“ — (gba)

öffentlichen Dienst orientiert und Erhöhungen von 2,4% im ersten Jahr, 1,4% im zweiten Jahr und 1,7% im dritten Jahr vorschlägt, fordert die RFFU eine Erhöhung von 3,2 % für zwei Jahre. Vor allem gegen die lange Laufzeit richtete sich der Warnstreik. Außerdem fordert die Gewerkschaft neue Planstellen entsprechend der Arbeitszeitverkürzung. Außer den Technikern streikten auch 50 Cutterinnen und Cutter. In den von Bayern gesendeten Nachrichten hieß es, die Tagesschau müsse aufgrund „höherer Gewalt“ bzw. einer technischen Panne ausfallen. Die RFFU warf dem NDR Nachrichtenfälschung vor. — (hao)



11 Boehringer-VL ausgeschlossen

Mannheim. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat am 27.7. einstimmig den Ausschluß der gesamten Vertrauensleuteleitung von Boehringer Mannheim aus der Gewerkschaft beschlossen. Im Mittelpunkt der Begründung steht der Vorwurf des „Syndikalismus“. „Syndikalismus ist der größte Feind der verbandsorganisierten demokratischen Arbeiterbewegung; dabei ist es für die Beurteilung unerheblich, ob es sich um rechts- oder linksorientierten Syndikalismus handelt oder ob um eine Mischung unterschiedlicher politischer Positionen aus Basissozialisten, Kommunisten und Grünen.“ — (tht)

Mehrarbeit und Rationalisierung

Essen. Durch die Rationalisierung der letzten Jahre wurden die Belegschaften der westdeutschen Stahlkonzerne so ausgedünnt, daß die Steigerung der Rohstahlproduktion um 9,7% im ersten Halbjahr 1988 in Normalzeit nicht mehr zu schaffen ist. Zur Zeit werden Überstunden verfahren, wie selten zuvor. Mannesmann hat sogar Beschäftigte aus dem Urlaub zurückgeholt. Gerade hier wurden jedoch weitere Rationalisierungspläne bekannt: Während der vereinbarte Sozialplan von einer Jahresproduktion von 2,4 Mio. Tonnen bei 3200 Beschäftigten ausgeht, sollen in der geplanten Gemeinschaftshütte Krupp-Mannesmann 4 Mio. Tonnen von 4300 Beschäftigten produ-

ziert werden. Das wäre eine Steigerung von 750 Tonnen pro Kopf auf 930 Tonnen! Der Mannesmann-Betriebsrat fordert deswegen eine Aufstockung der Belegschaft der Gemeinschaftshütte auf 5300 Beschäftigte. — (wof)

Personalrat lehnt Kündigungen ab

Hannover. Hauptforderung der CDU in den Haushaltsverhandlungen 1988 mit der SPD: Senkung der Personalkosten. 130 Hausaufgaben-Helfer, die überwiegend ausländische Schüler betreuen, haben jetzt eine Änderungskündigung erhalten. Inhalt: Senkung der Vergütung von 17,50 DM auf 12,50 DM sowie das „Angebot“, das verminderte Honorar durch erhöhte Stundenzahl auszugleichen. Der Personalrat will den Kündigungen nicht zustimmen und beim Verwaltungsgericht klagen, weil das Mitbestimmungsrecht übergangen wurde. Die Beschäftigten gehen zum Arbeitsgericht. — (bee)

ÖTV: 800 Stellen in Finanzämtern

Hannover. Diese Forderung hat der niedersächsische ÖTV-Vorsitzende Fricke an die Finanzministerin Breuel erhoben. Begründet wird die Forderung zum einen mit der ab 1.4.89 geltenden Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst = 600 Stellen, zum anderen mit der zusätzlichen Belastung, die der ÖTV-Vorsitzende auf die Beschäftigten durch die Steuerreform zukommen sieht und mit 212 Stellen Ausgleich veranschlagt. — (bee)



Juarez, Mexiko: Die 1200 Beschäftigten der Firma Eureka, Staubsaugerteile, streikten im Juni, um gegen die Elendslöhne von umgerechnet 25 \$ die Woche und die üblen Arbeitsbedingungen zu protestieren. Sie forderten eine Lohnanhebung von 50% und erhöhte Essensgeld- und Fahrgeldzuschüsse. Die Kapitalisten von Eureka, schwedisches Kapital mit Konzernsitz in den USA, setzten Polizei, Tränengas und Knüppel zur Unterdrückung des Streiks ein. Drei Dutzend Arbeiter wurden festgenommen, 300 wurden gefeuert. Als die Regierung die Legalisierung des Streiks ablehnte, kehrten die Arbeiter an die Arbeit zurück. Bild: Protest gegen die Konzernherrschaft über die Stadt. — (gba)

Bayerische Schulen

GEW gegen „Heimat erleben“

Für den Schulunterricht gibt es Lehrpläne und spezielle Unterrichtsweisungen für Lehrer. Damit steuert das Land die Anteile an Bildung für die nach Schularten aufgeteilten Kinder. Dem bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus ist diese Kontrolle nicht feinmaschig genug. Es gibt seit dem letzten Schuljahr erstmals auch noch zusätzliche Aufforderungen heraus, ein bestimmtes Thema als alle Fächer umfassendes Schwerpunktthema zu behandeln (1). Mit Schreiben vom 19. 6.88 an alle Schulleiter(innen) in Bayern verlangt Minister Hans Zehetmair erneut, das Thema „Heimat“ zu einem schulischen Schwerpunkt auch im kommenden Schuljahr zu machen. Und zwar deshalb, weil es im letzten Jahr zu einem Erfolgsthema geworden sei. Kein Mensch weiß, woran er diesen Erfolg mißt. Die unten dokumentierte Stellungnahme der DGB-Lehrergewerkschaft GEW zeigt dagegen, daß seine Anweisungen zumindest heftig umstritten sind. Wir veröffentlichen die GEW-Auffassung auch deshalb, weil eigentlich jeder Mensch mit schulpflichtigen Kindern vom Unterrichtsziel „Heimat“ hört, oft aber wenig Kenntnis hat, was sich hinter diesem Begriff versteckt. — (baf)

Aus dem Beschluß der Landesvertreter- versammlung der bayerischen GEW

Zwar ist es didaktisch sinnvoll, von Bekanntem, Erlebtem auszugehen, die Beschäftigung mit „Heimat“ in dem von Kultusminister Zehetmair geforderten Sinn von „Heimat“ lehnt die GEW aber ab . . .

„Heimat“? — in Wirklichkeit geschichtlos

1. Im CSU-Umfeld wird er definiert z.B. durch den „Heimat“-begriff der „Vertriebenen“ — dort vermischt er sich mit revanchistischen Merkmalen, mit Volkstumsideologie, mit Deutschnationalismus, letztlich mit der Blut-und-Bodenideologie.

Dazu gehört die Vorstellung vom „Bodenständigen“, wie es sich in der Vokabel von den bayerischen „Stämmen“ ausdrückt. Ein „Volkscharakter“ wird postuliert, der sich mit „Humor“ und Bierseligkeiten ebenso wie mit Löwe und Raute identifizieren läßt. „Ursprünglichkeit“, eingebildete bäuerliche Traditionen (oder was von der Schickleria dafür gehalten wird) prägen ihn, politisch ein undemokratischer Separatismus („Sonderstellung, Sonderentwicklung“ Bayerns bis hin zur Vorstellung einer „Ordnungszelle“ Bayern).

Mit diesem Konstrukt läßt sich antirationalistisches, an vorgegebenem Muster orientiertes Herdenverhalten propagieren, das sich (undemokratisch) am Führer-Gefolgschafts-Muster orientiert . . . „Heimat“ ist, zusammengefaßt, ein mystifizierender Wesensbegriff, der den Dingen ihre Geschichtlichkeit nimmt . . .

Rückschrittliche, romantische Scheinalternative

2. Der Heimatbegriff ist aber vor allem deshalb ideologisch (Ideologie im Sinn von falschem Bewußtsein), da die realen Verhältnisse gänzlich anders geartet sind, als in ihm unterstellt wird: Der Wunsch nach Schutz vor Ausbeutung, vor Fremdbestimmung, zum Beispiel auch vor fremdbestimmter Zerstörung der Lebensumwelt und der Traditionen, soll mit dem Heimatbegriff auf alte, überholte, nicht mehr realistische Muster gerichtet werden. Die Dorfgemeinschaft soll, sozusagen, an die Stelle der Arbeitersolidarität treten, „Heimat“ ist den beschriebenen Entwicklungen gegenüber also bloß eine rückschrittliche, romantische Scheinalternative: Sie bedeutet das Festhalten an längst ausgehöhlten Formen und mystifizierten Inhalten und ist daher reaktionär und für politische Verführer

brauchbar (vgl. Agrarideologie bei den Nazis).

Befördert die Volksgemeinschaftsideologie

3. Das dem Heimatbegriff korrespondierende gesellschaftliche Modell wird immer von Harmonievorstellungen oder ständischen Vorstellungen getragen (Geborgenheit, Aufgehoben-sein, Sicherheit). Das widerspricht der gesellschaftlichen Realität, in der sich die wirtschaftlich Mächtigen die staatlichen Organe verfügbar machen und die Lohnabhängigen (von privilegierten Gruppen abgesehen) sich nur durch kämpferische Auseinandersetzungen höhere Anteile am Volkseinkommen sichern können. Mit dem Heimatbegriff wird nicht nur die Konflikttheorie bekämpft, sondern auch die offizielle Pluralismustheorie!

4. Insofern der Heimatbegriff einem Land oder einem Volk Eigentümliches, Wesentliches, Unabänderliches unterstellt, ist er auch tauglich zur Propagierung einer Volksgemeinschaftsideologie. Diese bedeutet eine bornierte Verengung des Denkens. Sie existiert nicht ohne Feindbilder. Sie braucht den „Andersartigen“, den „Von-außen-Kommenden“, sei es der Asylant oder der Russ.

Forderungen der GEW dagegen

Die GEW fordert dagegen eine weltoffene Erziehung; mehr als jemals zuvor werden die Verhältnisse jedes Einzelnen durch weltumspannende Verhältnisse geprägt (Ökonomie — Ökologie — Migration). Mehr als je hat die Solidarität von Menschen in allen Erdteilen eine materielle Basis.

Die GEW erinnert daran, daß es „Volkstum“ oder „Volksmusik“ nie gab, es gab immer nur von gesellschaftlichen Gruppen je nach ihren Bedürfnissen gepflegte, aufgegriffene, überwundene Inhalte und Formen. Auch die „Volkskultur“ entwickelte sich entsprechend der widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnissen, war Großbauern- oder Tagelöhnerkultur, schloß sich reaktionär ab oder wurde weltoffen weiterentwickelt.

Sinnvoll und richtig ist es dann, die örtlichen und regionalen demokratischen Traditionen wieder aufzunehmen (Soziale und revolutionäre Bewegungen in der Vergangenheit, Revolution 1918, Arbeitervereine, Widerstand gegen Nazidiktatur . . .). Die bestehenden Verhältnisse, die als ahistorisch erlebte Umwelt, bekommen eine historische Dimension, erscheinen als von Menschen gemacht, in Auseinandersetzungen entstanden, die zu Parteinahme auffordern und diese auch erleichtern. Geschichtsbewußtsein bedeutet dann nicht Eintauchen in einen mystischen Urgrund, sondern bewußtes, zum Handeln befähigendes Begreifen der heutigen Verhältnisse . . .

Da die Zerstörung der Tradition oder der „natürlichen“ und überlieferten Lebensgrundlagen in der engeren Umgebung als viel stärker und bedrohlicher empfunden wird, wird es leichter fallen, das Bewußtsein der Gefährdung der Umwelt und die Bereitschaft, sich dagegen zu engagieren, an Erscheinungen im regionalen Bereich zu fördern. Da aber die Ursachen für Umweltzerstörungen zu allermeist nicht im regionalen Bereich zu finden sind, führt auch Umwelterziehung zur Beschäftigung mit den allgemeinpolitischen Gegebenheiten: den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten: Wer lenkt die Wirtschaft zu wessen Gunsten mit welchen Zielen? Und zu der Frage nach der politischen Verantwortlichkeit für ökologische Fehlentwicklungen . . .

5. Die GEW wird deutschnationaler, bajuvarisierender und revanchistischer Verwendung des Heimatbegriffs entgegen-treten:

Sie wird Kolleginnen und Kollegen gegen Ostkundewettbewerbe mobilisieren, das Asylrecht verteidigen und — zur positiven Infragestellung tradiert Bindungen — Kontakte zu Asylbewerbern vermitteln. (2)

Quellen: 1) schulreport 3/87: Heimat bewußt erleben

2) Die Demokratische Schule, Verbandsorgan der GEW Landesverband Bayern, Juli/August 7/8 - 88. Die vier Zwischenüberschriften sind durch uns eingefügt, d. Red.

Plakatkunst

Staeck-Ausstellung im Münchner Stadtmuseum

Der Bayernkurier befaßt sich auch mit dieser Ausstellung im Münchner Stadtmuseum, und dem Leser wird mitgeteilt, daß die neueren Arbeiten Staecks zum Thema Ausländerfeindlichkeit und des Umweltschutzes gelungen seien, ein Plakat zum Thema Aids allerdings miserabel. Vor Prozessen gegen Staeck — insgesamt 39 haben stattgefunden und Staeck hat gewonnen — wird gewarnt, denn sie hätten nur Publizität für den Künstler eingebracht. Wie kommt nun der Bayernkurier zur Auffassung, daß Staecks Plakate zur Ausländerfeindlichkeit auch in der CSU geschätzt werden könnten — also auch von Bundesinnenminister Zimmermann? Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß Staeck mit seinen Plakat-Sprüchen „Stell Dir vor, Du mußt flüchten“ oder „In jedem Urlaub werden Millionen Deutsche zu Ausländern“ die Ausländerpolitik der Bundesregierung gar nicht kritisiert und angreift, die Ausbeutungsinteressen der Kapitalisten nicht sichtbar macht und damit dunkel läßt, woher die Ausländerfeindlichkeit

kommt und worin sie besteht. Das Aids-Bild ist nicht deshalb gut, weil die CSU dieses Motiv für miserabel hält: Münchner Frauenkirche mit übergestülpten Kondomen und den Sprüchen: „Doppelt genäht hält besser“ sowie „Aids ist keine Strafe Gottes.“ Dies ist zwar eine Kritik an der katholischen Kirche, die auch trifft, jedoch bleibt durch Staecks Aids-Motiv die Politik in Bayern mit Ausgrenzung und Zwangsmaßnahmen völlig ungeschoren. Diese Rücksicht hat der bayerische Innenstaatssekretär nicht verdient!

Bei der Durchsicht der verschiedenen Arbeiten von Staeck wird auch deutlich, daß soziale Probleme im Bereich von Lohnarbeit und Kapital kaum mehr aufgegriffen werden. Die Hinwendung zu ökologischen Themen hat stattgefunden. Dennoch, zu seinen prominentesten Kritikern gehört der immer noch amtierende Bundeskanzler Helmut Kohl: „Das Ganze hat mit Kultur nichts zu tun, sondern nur mit blindwütiger Agitation.“

Quellenhinweis: Klaus Staeck, Plakate, Steidl Verlag, 1988. — (dil)

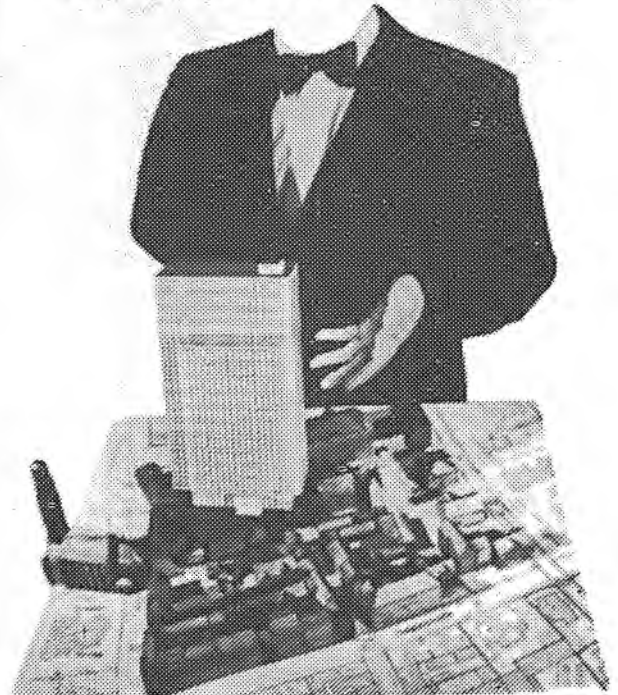
**Die Reichen
müssen noch
reicher
werden**

**Wählt
christdemokratisch**

Die Reichen (1972)

Eigentum verpflichtet zur Ausbeutung

Grundgesetz Artikel 14 (Neufassung)

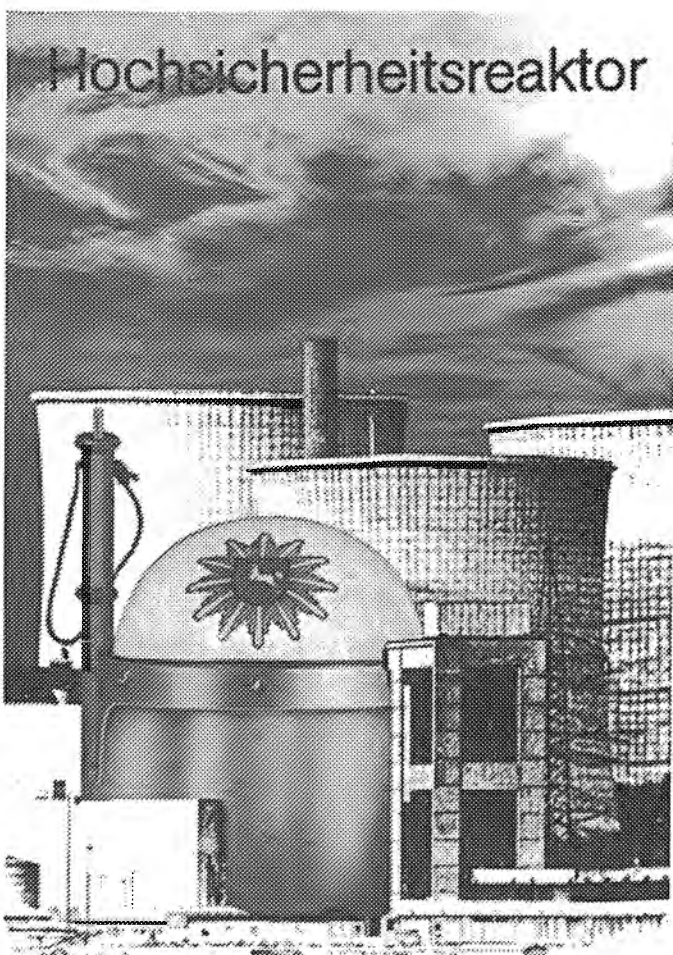


Eigentum verpflichtet (1973)

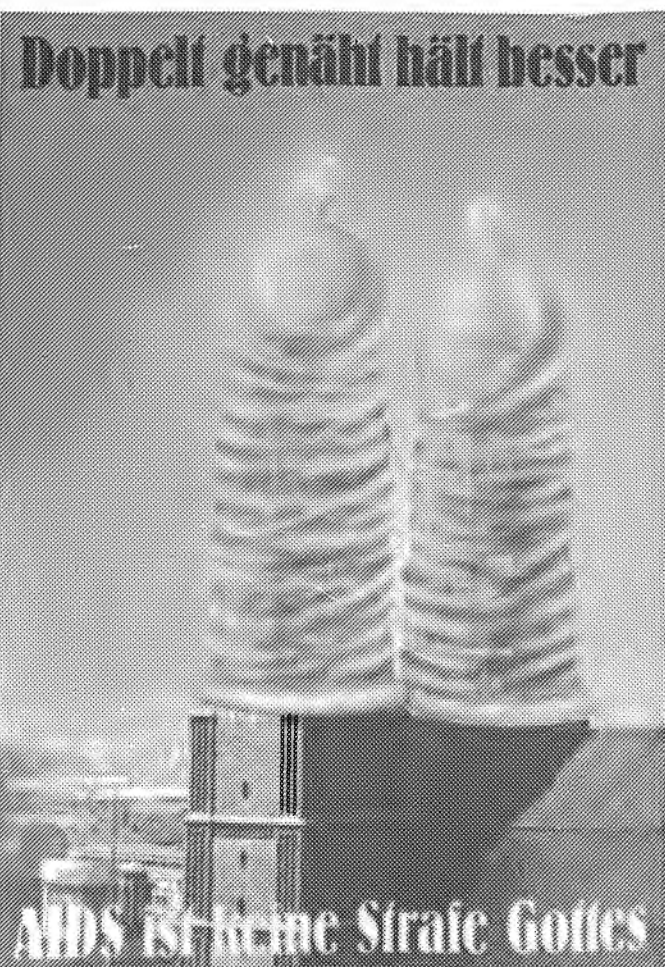
**Stell Dir vor
Du mußt flüchten
und siehst überall**



Stell Dir vor, Du mußt flüchten (1986)



Hochsicherheitsreaktor (1986)



Doppelt genährt hält besser (1987)

Politischer Katholizismus

„Wertorientierter Alt begründet CDU-Austritt

Kurz nach dem Wiesbadener Parteitag der CDU trat der berühmte Fernsehmoderator Franz Alt aus der CDU aus. Der „Spiegel“ veröffentlichte einiges aus der Austrittserklärung, der vollständige Text ist nicht zugänglich. Alt geht es um die Propaganda „wertorientierter Politik“, er tritt aus, weil der Fraktionszwang, mit dem die Koalitionsregierung große Umstrukturierungen durchzieht, in Einzelfragen den Unbedingtheitsanspruch unglaublich macht, an dem ihm aber liegt.

So sei in den letzten 25 Jahren die Lohnsteuer um 2000 % gestiegen, die Benzinsteuern um 150 %. Hier müsse eine Wende einsetzen. Eine ökologische Steuerpolitik müsse umweltschädliche Produkte teurer machen und die Lohnnebenkosten senken. Dann würde die menschliche Arbeitskraft im Vergleich zur Maschine wieder konkurrenzfähig, die Umwelt entlastet, die Müllberge kleiner und die Staatsverschuldung geringer. So weit Alt. Was wären tatsächliche Folgen?

Sondersteuern auf umweltschädliche Produkte würden zur Ausbildung von zwei Märkten führen. Für die gehobene Mittelklasse und für Reiche wären sachliche Einschränkungen des Konsums nicht nötig. Die Verteuerung könnte ja bezahlt werden. Für die werktätige Bevölkerung würden ganze Konsumbereiche unter einen Progressionsdruck kommen. Für den Konsumverlust — z.B. beim Auto — müsste dann kein Ersatz angeboten werden, wenn die Kosten sehr hoch, aber bei äußerster Einschränkung in allen anderen Sachen eben doch noch bezahlbar wären. Wer das Auto dann „wirklich braucht“, müsste halt bei der Wohnung sparen usw. Die große ökologische Steuerreform soll Arbeitskräfte verbilligen. Das würde vor allem die Beschäftigung von Hauspersonal zulassen, denn in diesem Bereich sind menschliche Dienste gefragt, die selbst von modernsten Maschinen nicht verrichtet werden könnten, die aber der gehobene Mittelstand aus seiner Einkommenslage gegenwärtig nicht bezahlen kann. Anders in der Industrie. Wer einmal einen Blick auf die Preisentwicklung von Investitionsgütern wirft, sieht gleich, wie haltlos das Altsche Argument ist. Im Bereich der Datenverarbeitung sind die Anlagenpreise in den letzten zehn Jahren auf weit unter dreißig Prozent gefallen. Welcher Vergleichslohn hätte da in welche Tiefen mitfallen müssen?

Der nächste von Alt umrissene Konfliktknoten sitzt in der Rüstungspolitik. Mit dem „Jäger 90“ habe die Bundesregierung ein sündhaft teures Kampfflugzeug beschlossen. Das sei verteidigungspolitisch unsinnig und abrüstungspolitisch unverantwortlich. Führende Unionspolitiker setzten immer noch auf „atomare Abschreckung“, redeten von „Modernisierung“ der atomaren Kurzstreckensysteme und verschliefen die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows. Alt wirkt an der Ostfront als Aufweichungs- und Durchdringungsfachmann. Er will die Abrüstung als Waffe der Freiheit schwingen. Nun erscheint die Regierungskoalition in der Rolle des Aufrüsters. Das kehrt den Aufweichungseffekt um, und das stört ihn.

In der Atompolitik bringt Alt seine Kritik auf die einprägsame Formel „nicht fortschrittsoffen und wertorientiert, sondern fortschrittsgläubig und wertblind“. Was „wertorientiert“ in der Politik bedeutet, lassen Alts praktische Vorschläge zum § 218 erkennen. Lange Zeit habe ihn noch die Position führender Christdemokraten zum ungeborenen Leben in der CDU gehalten. Aber auch in dieser Frage sei die Partei unglaublich. Kein Rechtsstaat dürfe aus sozialen Gründen die Abtreibung legalisieren. Dies sei gerade nicht bewußtseinsklärend, sondern bewußtseinsvernebelnd. In Dortmund seien 1986

mehr Kinder abgetrieben als geboren worden. Das Töten der eigenen Kinder sei nicht sozial. Hier würde dem Selbstbetrug Vorschub geleistet. Glaubwürdiger würde es sein, den § 218 ganz zu streichen und im Grundgesetz den Schutz des geborenen Lebens um den Schutz des ungeborenen zu erweitern. Mit einer großen Koalition aller Wertorientierten im Bundestag sei eine solche Grundgesetzänderung zu erreichen.

Was bezweckt dieser Plan? Gegenwärtig ist es nicht strafbar, die Aufhebung des Verbotes der Abtreibung zu propagieren. Es wäre aber strafbar, die Aufhebung der Strafbarkeit für fahrlässige Tötung, Totschlag oder Mord zu verfechten. Das wäre nämlich grundgesetz- und verfassungswidrig. Für Lehrer z.B. ein Standpunkt, wie er nicht in Frage kommt.

Die Wertorientierung ist ein undemokratisches Konzept, in dem die Übereinstimmung der Betroffenen abgelöst wird durch das Diktat religiöser Grundsätze. Zentral für diese Religiosität ist der Begriff der Ehrfurcht. Zur Ehrfurcht gehört die Scheu, nicht die Scheu, etwas zu tun, dafür genügen die Vorsicht und die Bedachtsamkeit, sondern die Scheu, etwas auch nur zu denken. Die Gedanken sind ja nur scheinbar, wie es im Lied heißt, frei. Wenn sie nicht geäußert werden können, können sie auch nicht weitergedacht werden, der Mensch denkt ja nicht, wie es scheinen will, alleine, sondern formt seine Gedanken durch Dialog und Praxis. Wenn ein Dialog — zum Beispiel über das Verhältnis von Schwangerschaft und Staatsgewalt — verboten, kriminalisiert ist, so kann sich das kritische Denken dem Gegenstand nicht „frei“ nähern. Die Strafdrohung erzeugt Scheu, und die Scheu garantiert bleibendes Unverständnis. Nicht klar ist, ob Alt Marionette ist oder Marionettenspieler, das Textbuch jedenfalls stammt aus der una sancta catholica et apostolica ecclesia, der einen, heiligen, umfassenden, von Gott selbst gesandten Vereinigung, deren Chef Unfehlbarkeit beansprucht und in dem Kreis, in dem das Denkverbot herrscht, auch mühe los beweist. — (maf)

Diskussion um kurdische Kultur

Schmutzige Spiele der Imperialisten

Seit Beginn dieses Jahres nehmen die Diskussionen um die kurdische Kultur zu. Von Kemalisten bis zu Imperialisten hört man einiges, sie behaupten, die seit Jahren der Vernichtung ausgesetzte kurdische Kultur „retten“ zu wollen. Der türkische Staat, der seit seiner Gründung die Existenz der Kurden leugnete und seine Gründung auf dieser Behauptung stützte, versucht heute dies alles zu manipulieren und sagt, die kurdische Kultur gehöre zum Reichtum der Türkei. Rechtsanwalt Dr. Hüseyin Yıldız — er hat in der Türkei Jura studiert und seine Doktorarbeit in den USA gemacht — sagte gegenüber der Zeitschrift 2000e Dogru vom 19./25. Juli 1988 folgendes: „Im Kongreß (Kongreß der sozialdemokratischen SHP) muß eine Kommission für die kurdische Kultur gegründet werden. Diese soll die kurdische Sprache, Kultur und etliche Eigenschaften untersuchen. So können die Beziehungen zwischen dem Staat und der Bevölkerung verbessert werden.“

In derselben Zeitschrift kommt auch ein türkischer Offizier zu Wort, er sagt: „Es ist möglich, daß andere Sprachen gesprochen werden. Nur Autonomie bedeutet den ersten Schritt zur Loslösung. Wenn es nicht um die Loslösung ginge, wäre auch das türkische Militär bereit, dies zu akzeptieren.“

Der SHP-Vorsitzende Erdal Inonü sagt auch in derselben Zeitschrift am 3. Juni 1988: „Die kurdische Kultur ist unser Reichtum.“ Ecevit sagt auch dasselbe wie Inonü. Nun wird zur Zeit eine Anzeige in vielen bekannten Zeitungen und Zeit-

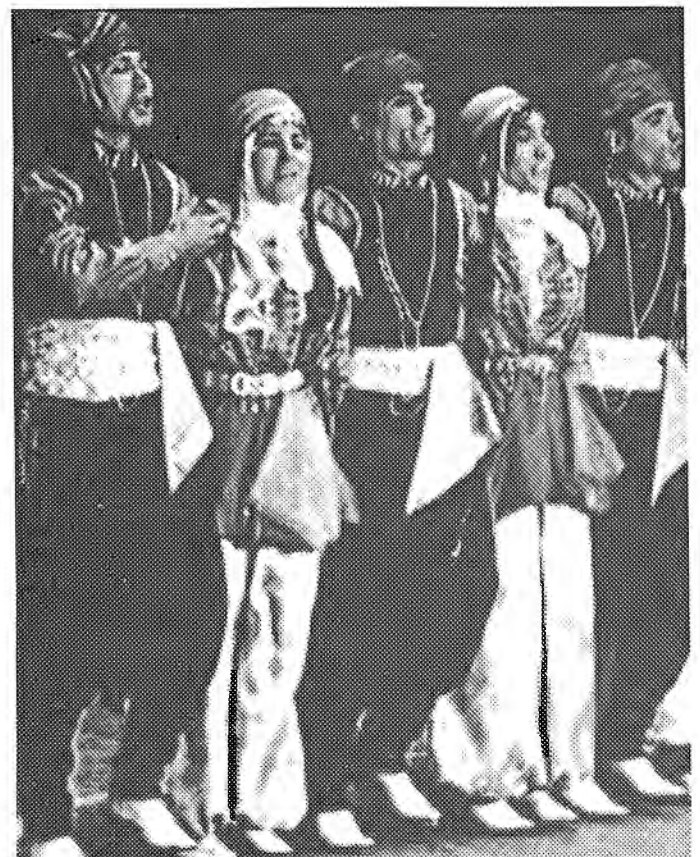
schriften veröffentlicht. Diese Anzeige ist z.B. in International Herald Tribune, Le Monde sowie 2000e Dogru veröffentlicht:

„Internationaler Aufruf, um die kurdische Kultur in der Türkei zu bewahren. Wie jede andere Völkergemeinschaft hat das kurdische Volk auch das Recht, sein kulturelles Erbe zu bewahren und seine Identität zu offenbaren.“ Und ganz unten in der Anzeige steht: „Diese Unterschriftenkampagne wird solange dauern, bis die kulturellen Rechte der Kurden anerkannt sind.“ Als Kontaktadresse ist das Kurdische Institut Paris angegeben. Die Kampagne ist bis jetzt von vielen Prominenten unterzeichnet. Unter diesen Berühmtheiten finden sich auch folgende: Edward M. Kennedy, Winnie Mandela, Danielle Mitterand, Desmond Tutu, Ebulhasan Beni-Sadr sowie Joschka Fischer, Monica Gansefort, Jürgen Mari, Rudolf Bindig, Johann Müller, Regina Michalik, Jürgen Reents, Ingrid Bergmann ...

Fast alle Senatoren und Kongreß-Abgeordnete der USA haben unterschrieben und fordern auch andere Regierungen auf. Das ist natürlich das Interessante dabei und legt auch schon einigermaßen offen, wer dahinter steckt. Es ist auch nicht so schwer zu sehen, warum das gerade jetzt geschieht.

Die Entwicklungen im nationalen Befreiungskampf führen verschiedene Kräfte immer mehr dazu, ihre Politik offenzulegen. Diese Bestrebungen sind in der Politik der US-Imperialisten und ihrer europäischen Verbündeten klar zu erkennen. Es ist natürlich fragwürdig, wenn einerseits das kurdische Volk durch chemische Waffen aus diesen Ländern vernichtet wird, andererseits dieselben Kreise sich als „Freunde“ des kurdischen Volkes zeigen. Das ist die doppelte Politik, die seit Jahren von den USA und den europäischen Imperialisten gegen alle Befreiungskämpfe der Völker angewandt wurde. Das ist ein dreckiges Spiel. Zu diesen Entwicklungen hat sich die Patriotische Union Kurdistans (PUK) in einer Erklärung vom 24. Juli 1988 geäußert:

„Seit Jahren leidet unser Volk unter feudaler Zersplitterung. Unter der Leitung der Perser, Selcuken, Osmanen, Araber und anderer waren die kurdischen Feudalen immer gegeneinander, waren sie nie einig, daher wurde auch kein Nationalstaat gegründet. Im 17. Jahrhundert hat auch der kurdische Dichter Ahmede Xane diese Zersplitterung kritisiert ... Seit Jahren



Kurdische Hochzeit: Soll vielleicht erlaubt werden ...



Wir weiter erbittert verfolgt: Der Befreiungskampf für nationale Unabhängigkeit und soziale Emanzipation.

leidet das kurdische Volk unter dem NATO-Mitglied faschistischer türkischer Staat. Die USA und die NATO haben sich bis heute so verhalten, als ob sie davon nichts wüßten. Und jetzt plötzlich wollen sie für das Kurdenproblem eine Lösung finden. Die USA veröffentlicht folgendes gegenüber der Weltöffentlichkeit: ‚Die PKK und die kurdische nationale Frage sind zwei unterschiedliche Dinge. Nein zu PKK, aber wir können nicht verbergen, daß wir der außerhalb der PKK stehenden kurdischen Bewegung unmöglich sagen können, daß sie mit Antipathie aufgenommen wird. Aber wir haben die PKK nicht gerne. Dies wird von Vertretern des Außenministeriums der USA gesagt.‘ (Cumhuriyet, 13. Mai 1988) Nun hat die PKK durch ihren Kampf das Ansehen der nationalen Befreiungsbewegung auf internationaler Ebene erhöht ... Es ist klar, die USA und die NATO-Staaten brauchen, um das Problem langfristig und entsprechend den Interessen der NATO zu lösen, einen dementsprechenden Führer der Massen ... Wenn andere kurdische Organisationen denken, jetzt würde für sie die Sonne scheinen, täuschen sie sich ... Die USA ist seit langem zu Gange, und hat das, was sie suchen, selber geschaffen. In Paris ist schon längst ein kurdischer Führer, durch den französischen Geheimdienst, mit Genehmigung von CIA und NATO, vorbereitet. Die seit langem vorbereitete entsprechende Person ist der Vorsitzende des Kurdischen Instituts in Paris, Kendal. Kendal hat gute Beziehungen zum Elysée-Palast, mit dem Innenministerium. Er hat aber auch gute Beziehungen zum französischen Geheimdienst ... Kendal genießt Freizügigkeit und kann in jedes NATO-Land frei ein- und ausreisen und kann mit verschiedenen Vertretern dieser Länder sprechen ... Kein Asylant, der aus der Türkei kommt, erhält ein Einreisevisum für die USA. für Kendal sind alle Türen offen ... Diese Person wird unter der Maske, er sei ein „Kulturmann“ oder ein „Historiker“, versteckt, damit er seine politische Arbeit leichter durchführen kann. Der faschistische türkische Staat wird zur Lösung des Kurdenproblems vor allem PKK und andere kurdische Organisationen nicht akzeptieren, aber ein von der USA und der NATO vorgeschlagener „Kulturmann“ wie Kendal kann er nicht ablehnen.

Vom 20.—25. Mai. 1987 fand ein Treffen der parlamentarischen Versammlung der NATO statt, bei der auch Kendal als Teilnehmer eingeladen war. Erstmals nahm ein Ausländer, der nicht aus einem NATO-Land stammt, an so einem geheimen

Treffen teil (s. Bulletin des Kurdischen Instituts vom 26.5. 1987): ‚Kendal hat das Kurdenproblem der NATO erstmals nahe gebracht. Das ist ein historisches Ereignis in der Geschichte Kurdistans. Wenn die NATO das Problem nicht löst, wird das Problem durch die UdSSR auf einer radikaleren Ebene gelöst. Ich warne Sie, wenn Sie sich verspäten, werden Sie alle Kurden verlieren. Nach dieser aufregenden Rede beschloß die NATO-Versammlung, daß sich die türkische Gruppe und Kendal gemeinsam treffen sollten. Bei diesem Treffen machte Kendal die Türken auf das Problem aufmerksam, forderte, daß die kurdische Sprache und kulturelle Rechte der Kurden anerkannt werden sollen.‘

Kendal hat drei Monate lang eine Unterschriftenkampagne in den NATO-Staaten durchgeführt, seine letzte Station waren die USA. Zu diesem Zeitpunkt gab das US-Außenministerium seine Erklärung ab: ‚Wir haben die PKK nicht gerne.‘ Damit ist klar, daß sie Kendal, der das Vertrauen der USA und der anderen NATO-Länder gewonnen hat, als ihren Vertrauten betrachten. Der Plan, der von den USA entworfen wurde und von Kendal verteidigt wird, sieht für die Kurden die Anerkennung der kurdischen Sprache und kulturellen Rechte vor. Dieser Plan soll dann Schritt für Schritt umgesetzt werden. Erst sollen die bestehenden Organisationen mehr mit inneren Problemen beschäftigt werden. Ihnen soll die Massenbasis entzogen werden. Eine einheimische Organisation von Kendal, Nurretin Yilmaz und den Feudalen, die innerhalb der ANAP (herrschende Mutterlandspartei) organisiert sind, soll geschaffen werden. Erst wird die kurdische Sprache erlaubt, dann werden kulturelle Rechte gegeben ... dann werden die antiimperialistischen Organisationen vor allem PKK und andere in der Öffentlichkeit als Terroristen abgestempelt ... Wir rufen alle kurdischen Patrioten und Antiimperialisten auf, diese imperialistischen Spiele in Einheit bloß zu stellen.‘

Soweit die Zusammenfassung der Erklärung der PUK. Diese Erklärung macht ganz deutlich, welche Spiele und Intrigen ablaufen. Daher ist es jetzt mehr denn je notwendig, Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung zu zeigen. Es ist nicht umsonst, die ganze Terrorismushysterie hier um die PKK. Das kurdische Volk ist aber nicht mehr ohne Verteidiger. Seine Vertreter und seine wahren Freunde sind in der Lage alle Spiele der Imperialisten bloß zu stellen. — (sni)

Ausländergesetze

Mit viel „Integration“ sollen neue Ausländergesetze durchgesetzt werden

Einen einheitlichen Gesetzentwurf zum Ausländerrecht konnten Innen- und Justizministerium Ende Juni nicht vorlegen. Die Tagespresse berichtete, daß die FDP eine Trennung in ein Ausländerintegrationsgesetz und ein Ausländeraufenthaltsgesetz nicht wünsche, weil die Gefahr einer Ungleichbehandlung innerhalb einer ausländischen Familie auftreten könne. Kanzleramtsminister Schäuble soll nach der Sommerpause mit einer Kommission diese Schwierigkeiten lösen.

Die FDP will das Gesetz keineswegs torpedieren. FDP-Baum trat dafür ein, daß die Ausländergesetze in dieser Legislaturperiode auf jeden Fall geändert werden müssen, um „den Ausländern Rechtssicherheit zu geben“. Wenn die Bundesregierung die Ausländergesetze nicht ändern werde, wird Rheinland-Pfalz über den Bundesrat einen Vorstoß unternehmen, verkündete jetzt der rheinland-pfälzische Justizminister Peter Caesar (FDP).⁽¹⁾ Neue Ausländergesetze wollen CDU/CSU, FDP und sogar die SPD. Teile der FDP befürchten anscheinend, daß die weitere Verschärfung der Ausländergesetze zu offensichtlich ist und politische Schwierigkeiten entstehen könnten, die man vorher beseitigen möchte. An einem solchen Konzept wirken liberale Politiker.

Einig ist sich das bürgerliche Lager darüber, daß der einheitliche EG-Bin-

nenmarkt kommen muß. Die Wanderungen auf dem Arbeitsmarkt werden dann noch größer, die Möglichkeiten des westdeutschen Kapitals, billige und nützliche Arbeitskräfte zu erhalten, noch besser. Rund zehn Millionen ein- und auswandernde Ausländer hat die Bundesanstalt für Arbeit zwischen 1974 und 1983 registriert, 4,8 Millionen Zuwanderungen und 5,1 Millionen Abwanderungen.⁽²⁾ Alleine zwischen der BRD und den übrigen EG-Staaten haben von 1980 bis 1984 ca. 2,7 Millionen Wanderungen stattgefunden. Das ist ein riesiges Heer an Arbeitskräften, das mit den Ausländergesetzen gleichbleibend dirigiert und gezügelt wurde.

Mitte der 90er Jahre werden mit dem einheitlichen Binnenmarkt und der Süderweiterung noch bessere Bedingungen für die Kapitalisten geschaffen sein. Die Zeitschrift „Ausländerrecht“ ist über die Wanderungen griechischer Arbeitskräfte zu folgender Einschätzung gekommen: „Aufgrund der fortschreitenden Mechanisierung und der Zunahme kapitalintensiver Produktion ist in Griechenland ein weiterer Rückgang der im Primärsektor (Landwirtschaft, Grundstoffindustrien, d. Red.) Beschäftigten zu erwarten, wobei jedoch die hierdurch freigesetzten Arbeitskräfte nicht voll von den anderen Wirtschaftssektoren Griechenlands aufgefangen werden können. Ein Teil dieser Personen — und hierbei handelt es sich vermutlich weitgehend um ungelernete Arbeiter — wird im Ausland nach Arbeit suchen.“⁽³⁾

Mit einem EG-Arbeitsmarkt macht die BRD ein großes Geschäft:

— Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe ist für jeden Ausländer Grund zur Ausweisung. Daran ändern auch die EG-Verträge über „Freizügigkeit“ nichts.

— Wenn jemand im Falle von Arbeitslosigkeit in sein Heimatland zurückkehrt, muß die Bundesanstalt auch innerhalb der EG höchstens drei Monate lang Arbeitslosengeld zahlen, gleichgültig wie hoch der Anspruch auf Zahlung war.

— Verringertes Kindergeld erhalten ausländische Arbeiter aus Griechenland, Spanien und Portugal noch in diesem Jahr, Türken und Jugoslawen aber auch in Zukunft. Arbeiter aus Tunesien oder Marokko erhalten überhaupt kein Kindergeld.

Für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern, zu denen auch die größte Gruppe der türkischen und kurdischen Arbeiter gehört, erhalten schlechtere Leistungen von der Rentenversicherung und müssen im Durchschnitt 300 bis 500 DM mehr

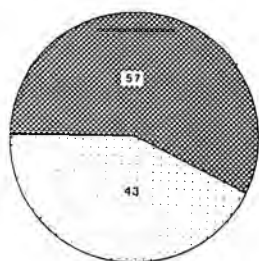
Steuern zahlen, weil die Kinder im Ausland nicht anerkannt werden.

Diese Festlegungen sind für die BRD von großem Vorteil und gleichzeitig Ausweisungs- und Ordnungsmittel. Das hindert die bürgerlichen Politiker und die Kapitalisten nicht daran, immer wieder zu betonen, daß sie die Integration der ausländischen Arbeiter wünschen: Sie sprechen sich für besseren Schulunterricht und kulturelle Eigenständigkeit aus. Unterdrückung verbunden mit Integration und Europa-Ideologien können auch völkisch begründet werden, das konnten die Liberalen schon einmal. Außenminister Stresemann erklärte 1925, daß man für die Rechte der deutschen Minderheiten in Europa nur dann konsequent eintreten könne, wenn man den Minderheiten innerhalb der Reichsgrenzen kulturelle Freiheit sichern würde.⁽⁴⁾

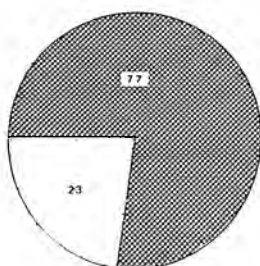
In diese Richtung argumentiert die FDP jetzt auch. Die von der FDP gestellte Ausländerbeauftragte Liselotte Funcke trat dafür ein, daß aus „familienpolitischen Gründen“ der Familiennachzug neu geregelt werden müsse, und forderte eine Art „Wiederkehrproption zugunsten Jugendlicher“⁽⁵⁾. Die FDP argumentiert mit der kulturellen Besserstellung, aber keineswegs für politische Rechte. Diese kultur-völkische Argumentation wird ein Bündnis mit konservativen Kräften beim Ausländergesetz möglich machen. Ärgerlich ist, daß sich die SPD bereits auch in diesem Fahrwasser befindet. NRW-Innenminister Schnoor (SPD) hat jetzt erklärt, daß junge Ausländer, deren Eltern ins Ausland zurückkehren, auch in NRW bleiben bzw. innerhalb eines Jahres zurückkehren dürfen. Für diese „fortschrittlichste und humanste“ Regelung aller Bundesländer, wie Schnoor meint, hat er eine besondere Begründung: „Gleichzeitig werde manchen Eltern die Rückkehr in ihre Heimat erleichtert.“⁽⁶⁾

Die Arbeiter aus den Nicht-EG-Staaten werden differenziert behandelt. In einer Studie über Ausländerbeschäftigung kam die Bundesanstalt für Arbeit 1987 zu der Meinung: „Neben diesen Themen (Integration, d. Red.) dürfen jedoch die Aspekte der Rückkehr von Ausländern auch in Zukunft nicht vergessen werden. Denn Rückkehr findet auch nach Auslaufen des Rückkehrförderungsgesetzes statt, wenn auch in reduzierter Form. Einzelne Maßnahmen sind ergreifen worden (z.B. mit dem Gesetz über eine Wiedereingliederungshilfe im Wohnungsbau oder mit dem Förderprogramm von Kleinbetrieben in der Tür-

deutsche Jugendliche



ausländische Jugendliche



Vom Schulentlassungsjahrgang 1977 (Haupt-, Real- und Sonderschulen) ergreifen bei den ausländischen Jugendlichen ein Großteil einen Arbeiterberuf (dunkel) und nur wenige einen Angestelltenberuf (hell).

Asylpolitik: Große Koalition für mehr Abschiebungen

Der Entwurf zum neuen Ausländergesetz betrifft nur in einzelnen Teilen die Asylgesetzgebung. Neben dem geplanten Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG) sind das Asylverfahrensgesetz sowie Urteile des Bundesverwaltungsgerichts maßgeblich für die Asylpraxis.

Bei allen geplanten Maßnahmen zeichnet sich eine große Koalition von CDU, CSU, FDP und SPD ab. Dies ist an sich nichts Neues. Erinnert sei an die Verschärfungen des Asylverfahrensgesetzes 1987, mit denen die Anzahl der Asylbewerber, die überhaupt noch in die BRD gelangen, auf die Hälfte gesenkt wurde. Damals rühmte sich z.B. Johannes Rau, daß die DDR durch sein Einwirken das „Berlin-Loch“ geschlossen habe. Auch in der Opposition gegen die Asylpolitik der Bundesregierung spielt die SPD als Partei so gut wie keine Rolle.

Die Einigkeit bei den geplanten Maßnahmen zeigt sich v.a. in den Verlautbarungen der Innenministerkonferenzen (IMK). Im Mittelpunkt steht dabei, daß das „Vollzugsdefizit bei Abschiebungen“ überwunden werden soll. Bisher werden zwar über 90% der Asylbewerber abgelehnt, aber davon wird nur ein geringer Teil abgeschoben. Die übrigen werden hier aus humanitären Gründen „geduldet“. Dies ist den Innenministern ein Dorn im Auge. Die IMK vom 29.4.88 spricht sich deshalb für umgehende Abschiebung von nichtanerkannten Asylbewerbern aus: „Die Innenminister und -senatoren der Länder haben am Freitag in Celle die Notwendigkeit betont, dafür Sorge zu tragen, daß abgelehnte Asylbewerber die Bundesrepublik Deutschland umgehend wieder verlassen, soweit keine rechtlichen Schranken entgegenstehen, ... hat die IMK außerdem festgestellt, daß die Vorwürfe vom Vollzugsdefizit nach ablehnen den Asylrechtsentscheidungen nicht berechtigt sind. Hasselmann (Innenminister von Niedersachsen) sagt, daß in den Anstrengungen um die Lösung der Asylprobleme nicht nachgelassen werden dürfe. Nach Ansicht der Chefs der Innenressorts ist im übrigen grundsätzlich im Einzelfall zu prüfen, ob und inwieweit von Abschiebungen aus politischen oder zwingenden humanitären Gründen abgesehen werden kann. Jede allgemeine Handhabung einer Nichtabschiebung sollte zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden. Von einer Abschiebung dürfe nur im Ausnahmefall abgesehen werden.“ Zu der hier implizit angekündigten Erhöhung der Zahl der Abschiebungen werden jetzt auch die technischen Voraussetzungen

geschaffen: So soll das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge in Zirndorf als zentrale Abschiebestelle ausgebaut werden.

Die Verlautbarungen der IMK decken sich mit dem Ziel vieler Bestimmungen im AAG-Entwurf: den nicht anerkannten Asylbewerbern keinen gesicherten Aufenthaltsstatus zu geben und sie mit jederzeit möglicher Abschiebung zu bedrohen. Eingeführt wird der Begriff der „Aufenthaltsgestattung“, was weniger als eine Genehmigung und ein bißchen mehr als eine Duldung ist. Die Aufenthaltsgestattung wird nur dem Ausländer erteilt, der seit mindestens zwei Jahren eine sogenannte Duldung zum Aufenthalt in der Bundesrepublik besitzt. Die neue Unterscheidung zwischen Duldung und Aufenthaltsgestattung soll offenbar

haltsgestattung vor, wenn „Dritte sich unter Leistung ausreichender Sicherheit verpflichten, die Kosten für den Lebensunterhalt des Ausländers und seiner Familienangehörigen während ihres Aufenthalts im Bundesgebiet zu tragen“. Also Privatisierung der Kosten und vollständige Abhängigkeit des Flüchtlings von einzelnen Personen bzw. Institutionen!

Es lassen sich hier nicht alle Maßnahmen des AAG-Entwurfs aufzählen. Erwähnt werden muß aber das völlige Verbot politischer Betätigung für Menschen, die als politisch Verfolgte in der BRD Asyl suchen. Auch hier gibt es bereits eine lange gemeinsame Praxis der Innenminister gegen Ausländer, deren politische Ziele sich gegen die „Belange der BRD“ in der Welt richten. So hat sich die IMK wiederholt gegen die „Ausschreitungen extremistischer türkischer und insbesondere kurdischer“ Gruppen gewandt und festgestellt, es handle sich hierbei „um



„Verhindert Abschiebungen! Beseitigt das Arbeitsverbot! Kämpft für mehr Rechte!“ unter diesen Forderungen findet am 29. Oktober in Waldkirch eine regionale Demonstration für Südbaden statt.

eine stärkere Selektierung und staatliche Kontrolle ermöglichen, denn in Zukunft bleibt die Duldung auf die Fälle beschränkt, in denen die Durchsetzung der „Ausreisepflicht“ an sogenannten „Abschiebungshindernissen“ scheitert. Es wird also unterschieden zwischen denjenigen Flüchtlingen, denen für mindestens ein Jahr ein Aufenthalt in der Bundesrepublik gnädig „gestattet“ wird, und denjenigen, die quasi auf „Abruf“ jederzeit mit ihrer Ausweisung rechnen müssen. Offenbar als Beruhigungsspiel für die Kirchen sieht der § 15 Abs. 4 auch dann die Erteilung einer Aufent-

eine eklatante Verletzung des Gastrechtes“. Aufgrund der bisherigen Praxis und des gemeinsamen Vorgehens der Innenminister muß man deshalb befürchten, daß auch der Teil des AAG-Entwurfs, der die Rechtslage der Flüchtlinge verschlechtert, mit ein paar kosmetischen Veränderungen verabschiedet und mit Hilfe der SPD in der Praxis umgesetzt wird.

Quellenhinweis: AAG-Entwurf vom 1.2.88, IMK-Pressmitteilungen vom 3.4.87, 29.4.88, Stellungnahme der Grünen im Bundestag zum Ausländergesetzentwurf vom 18.5.88

kei), weitere sind dringend notwendig.“⁽²⁾

Mit dem Rückkehrprogramm von 1984 wurden vor allem ältere, im Produktionsprozeß zerschlossene Arbeitskräfte abgeschoben. Zwischen 133 000 und 500 000 Ausländer, so die Schätzungen, sollen deshalb die BRD verlassen haben. Davon waren vermutlich 88% türkischer Nationalität. 56% dieser Rückkehrer kamen aus NRW und 20% aus Niedersachsen. Aus dem Bergbaubereich kamen 23%. Ein gewichtiger Grund für die Rückkehrer waren gesundheitliche Probleme. Bei den Rückkehrern zwischen 45 und 55 Jahren waren es 38,1%, bei der Gruppe 55 Jahre und älter sogar 45,2%. Rückkehrhilfe selber haben nur 13 694 Antragsteller erhalten: 10 500 DM und für jedes Kind 1 500 DM bekamen sie im besten Fall. 120 000 Anträge auf Auszahlung der Rentenbeiträge wurden bewilligt.

Für junge, vor allem türkische Arbeitskräfte haben sich die Kapitalisten

etwas Besonderes einfallen lassen. Schon in ihrem Programm „Das Ausländerproblem“ von 1983, in dem sie die Neufassung des Ausländergesetzes forderten, kündigten sie ein Programm „Berufliche Bildung“ an: „Vor dem Hintergrund des in Zukunft drohenden Facharbeitermangels wird der Qualifikation dieses Personenkreises besondere Beachtung geschenkt werden müssen.“⁽⁷⁾

Seit 1987 gibt es von Kapitalisten, Bundesanstalt für Arbeit und Ernst Breit vom DGB eine gemeinsame Kampagne „Chancengleichheit für junge Ausländer durch berufliche Bildung“. 1,7 Millionen junge Ausländer, davon die Hälfte Türken und Kurden, sollen eine Chance bekommen, wenn sie Fleiß, Strebbarkeit und einen Schulabschluß vorweisen. Immer wieder, Jahr um Jahr, werden sie das unter Beweis stellen müssen, in der Lehre und später als Facharbeiter im Betrieb. Sie werden mehr leisten müssen und weniger verdienen.

Im Herbst plant die IG Metall Aktionen für das kommunale Wahlrecht für Ausländer, das ist für den Widerstand gegen die Verschärfung der Ausländergesetze eine ganz wichtige Kampagne. Ausländer brauchen demokratische Rechte und keine rechtlose „Integration“.

Quellenhinweis: (1) „Die Welt“ vom 29.7.1988; (2) Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, BeitrAB 114, Nürnberg 1987; (3) Antonios Kontis, in Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) Nr. 2/1988; (4) Denkschrift von Gustav Stresemann „Die außenpolitische Notwendigkeit einer den Bedürfnissen der deutschen Minderheiten in Europa entsprechenden Regelung des Minderheitenrechts innerhalb des Reiches“ in Europastrategie des Kapitals S. 501 ff; (5) ZAR Nr. 2/88; (6) Informationen der Landesregierung NRW vom 21.7.1988; (7) „Das Ausländerproblem — Die Grundauffassung der Arbeitgeber“ verabschiedet vom Vorstand des BDA am 10.3.1983, Köln 1983; — (jöd, lsc, rül, syb)

Ruhrkohle plant „Rotationsmodell“

Anfang Juli gab der Ruhrkohle Arbeitsdirektor Ziegler bekannt, daß bis 1995 nochmal mindestens 20 000 Stellen im Ruhrkohlebergbau abgebaut werden. Nur nebenbei erwähnte die bürgerliche Presse, daß die RAG diesen Stellenabbau zu einem nicht geringen Teil durch die Einführung eines „Rotationsmodells“ für ausländische Arbeiter erreichen will. Der RAG schwebt vor, von den zur Zeit rund 19 000 dort beschäftigten ausländischen Arbeitern, überwiegend mit türkischer Staatsangehörigkeit, 16 000 als Saisonarbeiter zu beschäftigen.

Das „Angebot“ der RAG, von ihr als „Denkmodell“ bezeichnet: Die türkischen Arbeiter ziehen mit ihren Familien in die Türkei und kommen für insgesamt ein halbes Jahr in die BRD, um im Bergbau zu arbeiten. Hierbei sei auch ein vierteljährlicher Wechsel denkbar. Für diese Zeit könnten die Arbeiter in firmeneigenen „Ledigenwohnheimen“ untergebracht werden.

Die Abschiebung ausländischer Arbeiter hat Tradition bei der RAG. Das von der Bundesregierung aufgelegte „Rückkehrhilfeprogramm“ war so ausgestaltet, daß es vor allem den Stahl- und Bergbaukapitalisten bei der Abschiebung von ausländischen Arbeitern nutzte. Es gelang der RAG, 2 700 ausländische Arbeiter im Rahmen dieses Programmes zu entlassen. Zwei Jahre später, 1986, legte die RAG ein eigenes „Rückkehrhilfeprogramm“ auf, das vor allem darauf zielte, ältere Arbeiter, die durch die harten Arbeitsbedingungen verschlissen sind, „billig“ los zu werden. Die „Hilfen“ (u.a. zweieinhalb Monatslöhne,

10 000 DM Sonderabfindung, volles Urlaubs- und Weihnachtsgeld des laufenden Jahres) wurden den ausländischen Arbeitern angeboten, die mindestens 45 Jahre alt und seit mindestens 15 Jahre im Bergbau beschäftigt waren.

Zusätzlich konnten sich die rückkehrenden ausländischen Arbeiter ihre in die Rentenversicherung eingezahlten Beträge zurückerstatten lassen. Aber nur die Arbeitnehmeranteile, die Arbeitgeberanteile blieben bei der Knappschaftsversicherung. Als Besonderheit gilt für den Bergbau, daß die Arbeitgeberanteile bedeutend höher als die Arbeitnehmeranteile sind und daß zusätzlich staatliche Zuschüsse zur Knappschaftsrente gezahlt werden. Diese Gelder sparen RAG und Staat ein, die ausgezahlten Arbeiter sind darum betrogen.

Das RAG eigene Programm war nicht erfolgreich. So hatte bei der RAG in Recklinghausen beispielsweise kein ausländischer Arbeiter einen entsprechenden Antrag gestellt. Die „Abfindung“ reichte auch höchstens für den Umzug in die Türkei, ein wirklicher Neubeginn war wegen der wirtschaftlichen Lage dort nicht möglich.

Angeichts der weiter zunehmenden regierungsamtlichen „Ausländerfeindlichkeit“, die jetzt auch im Entwurf für ein neues Ausländergesetz Ausdruck gefunden hat, könnte dieses „freiwillige“ Rotationsmodell für einige türkische Arbeiter interessant erscheinen: Sie werden darauf spekulieren, daß die Familie in der Türkei von einem halben Jahreseinkommen, vor allem wenn noch etwas Nebenverdienst z.B. aus Landwirtschaft oder Gewerbe hinzukommt,



Gemeinschaftsunterkunft

leben kann und der ständigen staatlichen Diskriminierung und Schikane in der BRD entzogen ist.

Auch wenn bisher nicht alle Einzelheiten des „Modells“ der RAG bekannt sind, so sind jetzt schon einige Vorteile für die RAG absehbar, die über die bisheriger Abschiebeaktionen hinausreichen: Die RAG kann trotz massivem Stellenabbau bei Bedarf auf ein Reservoir ausgebildeter, eingearbeiteter Arbeitskräfte zurückgreifen. Die ausgeruhten „Saisonarbeiter“ können sicherlich zu einer erhöhten Arbeitsleistung angetrieben werden, Krankheiten in dem halben Jahr „Freizeit“ kuriert werden. Das wird auch Standards für die übrigen Beschäftigten setzen.

Mit dem Betriebsrat wurde bisher laut Angaben der RAG-Pressestelle nicht verhandelt, dies soll im Herbst erfolgen. Die „Rückkehrhilfen“ der vergangenen Jahre wurden vom Betriebsrat mitgetragen.

Quellenhinweis: WAZ v. 6.7. und UZ v. 7.7.88

UN-Grundsätze für Wanderarbeiter: für die Regierung unannehmbar

Seit mehreren Jahren verhandelt eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über eine „Internationale Konvention über den Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und ihrer Familien“. Die Arbeitsgruppe hat bisher zwei Konferenzen durchgeführt und einen vorläufigen Text in zweiter Lesung beraten. Schon diesen Text lehnen die Vertreter der Bundesregierung entschieden ab. Nach ihren Aussagen ist der bisherige Text der Konvention an zahlreichen Stellen „mit unserer Rechtsordnung unvereinbar“. Sprecher von Blüms Arbeitsministerium, das bei diesen UN-Verhandlungen für die Bundesregierung federführend ist, betonen deshalb auf Anfragen stets, der Text sei „unverbindlich“. Tatsächlich ist schon der bisherige Text der Konvention mit der rassistischen und reaktionären Ausländergesetzgebung der BRD unvereinbar. Träte die Konvention Kraft, dann müßte die Bundesregierung zahlreiche reaktionäre Bestimmungen gegen ausländische Arbeiter aufheben. Wir dokumentieren deshalb im folgenden Auszüge aus dem bisher vorliegenden Dokument. Das Originaldokument ist in Englisch, die Übersetzung erfolgte durch die Redaktion. Im Anschluß dokumentieren wir Auszüge aus dem kürzlich verabschiedeten „Übereinkommen 143“ der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf „über Mißbräuche bei Wanderungen und die Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer“. Auch mit diesem Dokument der — drittelparitätisch von Vertretern der Regierungen, der Gewerkschaften und der Kapitalisten besetzten — IAO sind zahlreiche reaktionäre Bestimmungen des westdeutschen Ausländerrechts unvereinbar. Der Bundestag hat es deshalb nicht ratifiziert, sondern lediglich zur Kenntnis genommen. Beide Dokumente unterstreichen: Auch bei der Unterdrückung ausländischer Arbeiter gehört die BRD zu den reaktionärsten Staaten der Welt.

Artikel 7

Alle Staaten, die dieser Konvention beitreten, respektieren und sichern allen Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen innerhalb ihres Territoriums und unter ihrer Gesetzgebung die in diesem Teil der Konvention aufgeführten Rechte zu ohne jede Unterscheidung nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politische oder andere Überzeugung, nationale oder soziale Herkunft, Nationalität, Alter, Eigentum, Geburt oder anderem Status.

Artikel 8

(1) Wanderarbeiter und ihre Familien sollen frei sein, jeden Staat zu verlassen, eingeschlossen ihren Herkunftstaat. Die-

ses Recht soll durch keine Bestimmungen eingeschränkt sein, ausgenommen solche Gesetze, die notwendig sind zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Gesundheit und Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer und die mit den anderen Rechten in dieser Konvention in Übereinstimmung stehen.

(2) Wanderarbeiter und Mitglieder ihrer Familien sollen das Rechte haben, zu jeder Zeit in ihren Herkunftstaat zurückzukehren.

Artikel 25

(1) Alle Wanderarbeiter sollen nicht schlechter behandelt werden als Einheimische des Aufnahmestaates in bezug auf Entlohnung und

(a) andere Arbeitsbedingungen wie Überstunden, Arbeitszeit, wöchentliche Ruhezeiten, bezahlten Urlaub, Arbeitssicherheit, Gesundheit, Kündigungsschutz und andere Arbeitsbedingungen, die entsprechend den nationalen Gesetzen oder der üblichen Praxis unter diesen Begriff fallen;

(b) andere Beschäftigungsbedingungen wie Mindestarbeitsalter, Beschränkungen der Heimarbeit und jede andere Arbeitsbedingung, die nach den nationalen Gesetzen und der üblichen Praxis als Arbeitsbedingungen gelten.

(2) Es ist gesetzlich nicht erlaubt sein, von dem in Paragraph 1 formulierten Grundsatz der Gleichbehandlung abzuweichen.

Artikel 27

(1) (a) Wanderarbeiter und ihre Familienangehörigen sollen gleiche Behandlung wie Einheimische des Aufnahmestaates erfahren in bezug auf die Sozialversicherung ...

(b) Wo die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes den Abschluß multilateraler oder bilateraler Abkommen erfordern, sollen solche Abkommen unter anderem Bestimmungen enthalten für die Aufrechterhaltung erworbener Ansprüche und für die Zahlung von Ansprüchen außerhalb des Territoriums (des Aufnahmestaates, Anm. d. Red.), eingeschlossen die Zahlung von Renten, die Fortsetzung von Sozialversicherungszahlungen und die Anhäufung von Beitragsrechten. Wo solche Abkommen erforderlich sind, sollen die dieser Konvention beitretenden Staaten keine Mühe scheuen, um sie zu verabschieden ...

Artikel 28

(1) Alle Wanderarbeiter und ihre Familien haben das Recht auf jede medizinische Pflege, die zur Sicherung ihres

Lebens und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit dringend erforderlich ist.

(2) Solche medizinische Hilfe in Notfällen soll ihnen nicht durch Hinweis auf irgendeine Irregularität in ihre Lage oder in der ihrer Eltern in Bezug auf Aufenthalt oder Beschäftigung oder wegen fehlender Garantie einer Bezahlung der auftretenden Kosten verweigert werden.

Artikel 41

(1) Wanderarbeiter und ihre Familienangehörigen haben das Recht auf Zusammenschluß mit anderen in ihrem Beschäftigungsstaat, eingeschlossen das Recht auf Bildung von Zusammenschlüssen und Gewerkschaften, zur Förderung und zum Schutz ihrer wirtschaftlichen, sozialen, arbeits-, kulturellen und ähnlichen Interessen, eingeschlossen die Wahrung ihrer nationalen Identität, ihrer kulturellen Identität und anderer, ähnlicher Verbindungen mit ihrem Herkunftsland.

(2) Die Ausübung dieser Rechte sollen nicht beschränkt werden außer durch Gesetze, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Gesundheit und Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer nötig sind.

IAO-Übereinkommen 143

Artikel 8

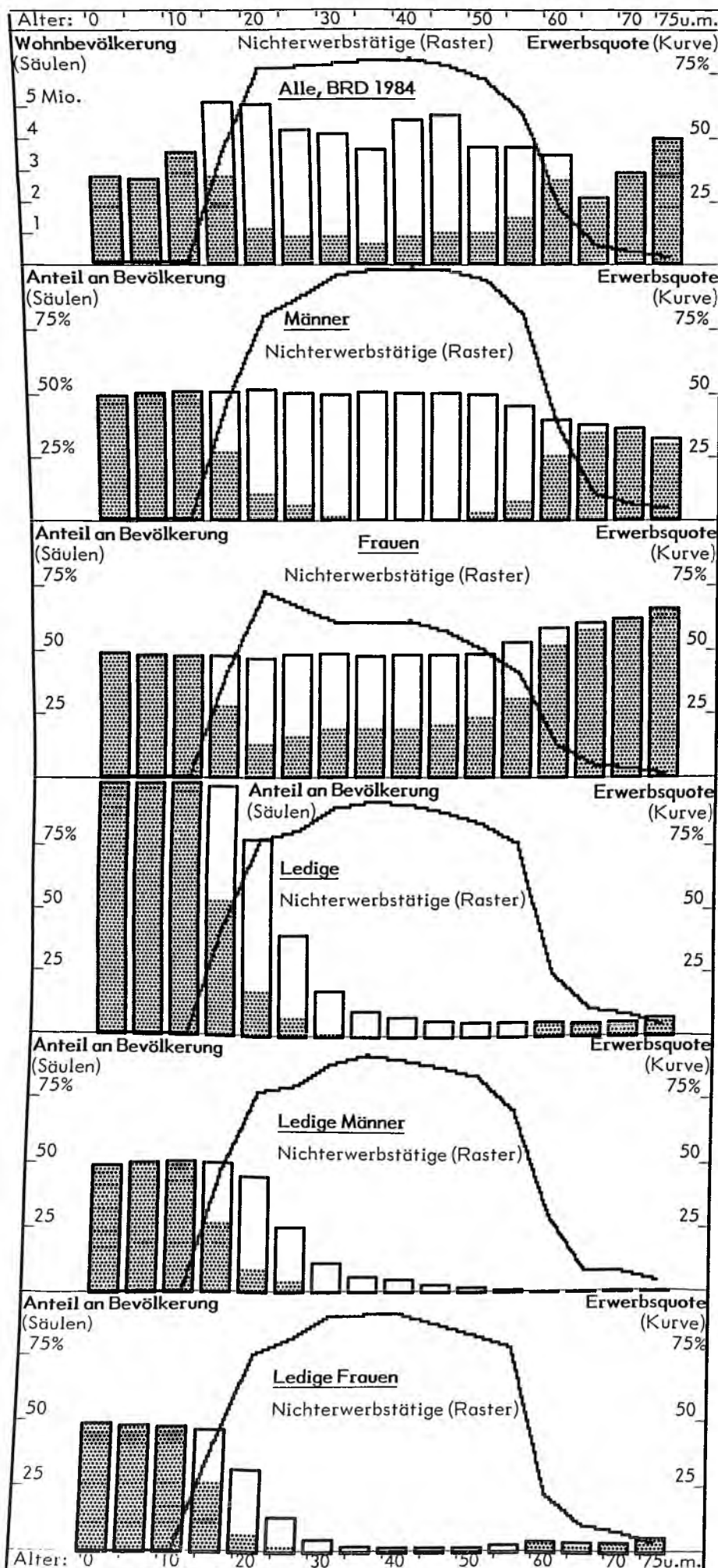
(1) Hat sich ein Wanderarbeitnehmer rechtmäßig zum Zwecke der Beschäftigung im Lande aufgehalten, so darf seine Lage nicht allein deshalb als rechts- oder ordnungswidrig angesehen werden, weil er seinen Arbeitsplatz verloren hat; der bloße Verlust des Arbeitsplatzes darf nicht den Entzug seiner Aufenthaltserlaubnis beziehungsweise seiner Arbeitserlaubnis zur Folge haben.

(2) Dementsprechend ist ihm die gleiche Behandlung zu gewähren wie den eigenen Staatsangehörigen, insbesondere in bezug auf sich Sicherheit der Beschäftigung, die Bereitstellung einer anderweitigen Beschäftigung, Notstandsarbeiten und Umschulung.

Artikel 9

(1) Unbeschadet der Maßnahmen zur Überwachung von Wanderungen zwecks Arbeitsaufnahme ... ist dem Wanderarbeitnehmer und seiner Familie in den Fällen, in denen diese Gesetzgebung nicht eingehalten worden ist und seine Lage nicht legalisiert werden kann, Gleichbehandlung der sich aus seiner früheren Beschäftigung ergebenden Rechte in bezug auf Entlohnung, soziale Sicherheit und sonstige Leistungen zu gewähren.

Quellenhinweis: UN, Dokument A/C.3/39/WG.1/WP.1 vom 26. Oktober 1984, Text der Präambel und Artikel der Internationalen Konvention über die Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien; IAO, Übereinkommen 143, Genf



Erwerbstätigkeit (I)

Alter, Geschlecht, Familienstand

Die reaktionäre Propaganda geht davon aus, daß die Geschichte bestimmt sei durch das Wirken gewisser Menschen anhaftender, von ihm nicht zu gestaltender Schicksalsbestimmungen. Geboren als Mann und als Frau, kommt der Mensch hilflos zur Welt, sperrt sich eine Zeitlang mit wachsendem Aufwand gegen das Unvermeidliche, erlahmt dann und stirbt schließlich. Alles ist eitel und Haschen nach Wind, so steht es schon im Alten Testament zu lesen. Der Rückzug des politischen Denkens auf religiöse Quellen bestimmt die Diskussion nicht ohne Grund, aber nicht zu Recht.

Wir betrachten die Verteilung der Bevölkerung der BRD nach dem Alter. Diese Verteilung liefert keineswegs ein Abbild menschlicher Natur, sie bietet ein Abbild geschichtlichen Handelns, von imperialistischem Krieg („Frauenüberschuß“ in den wehrfähigen Jahrgängen 1914–1918), Hungersnot („Geburtenausfall in der Zeit der Weltwirtschaftskrise“), neuem Krieg, neuer Hungersnot, Bevölkerungsrückstrom aus dem Osten Europas, Anwerbung isolierter Arbeitskräfte („Männerüberschuß bei den Ausländern“) ...

Es ist für die BRD gar nicht möglich, einen Bevölkerungsstand auszuweisen, wie er sich aus dem Prozeß von Geburt, Elternschaft und Tod ergeben haben würde, so sehr und so stark haben äußere Verhältnisse eingewirkt. Es ist für die BRD kaum möglich abzuschätzen, wieviele Menschen offensichtlich vor der aus den Naturvoraussetzungen auszurechnenden Zeit dahinstarben mußten um einer konkreten Politik willen. Kriegerische, wirtschaftliche, sozialpolitische Vorhaben greifen tief in die Lebenserwartung ein. Das Absterben der gealterten und das Nachrücken der neu geborenen Generation ist in unserer Zeit und unserer Gesellschaft konkretes Ergebnis absichtsvollen Handelns. Weit weg von dem Wirken einer Naturbestimmung, der die komplette Menschheit machtlos vis à vis steht, operiert die herrschende Klasse mit den Naturfaktoren. Der Spruch: „Sterben müssen alle“ verkommt, aus diesen Kreisen gebracht, zur zynischen Ausrede eines Mörders.

Die Statistik liefert uns die Beteiligung der Einwohner der BRD am Erwerbsleben. Erfasst wird die Produktion von Sachen und die Leistung von Diensten gegen Bezahlung. Die im Bereich der Ehe und Elternschaft anfallenden Tätigkeiten werden nicht erfasst, ebenso wenig die verschiedenen Schulausbildungen.

Anscheinend wird die Beteiligung am Erwerbsleben wesentlich bestimmt durch das Geschlecht. Zu beachten ist jedoch, daß dieselbe Grundstruktur, Nichtbeteiligung am Erwerbsleben in

Kindheit und Jugend sowie im Alter, wesentlich schärfer trennt. Kind oder jugendlich zu sein, im mittleren Alter zu stehen oder zu den Alten zu gehören, definiert die Beziehung der Betroffenen zum Erwerbsleben wesentlich eindeutiger als etwa das Geschlecht. Das zeigt sich auch an den Verhältnis des ledigen Bevölkerungsteils zur Erwerbstätigkeit. Hier wird, vom früheren gesetzlichen Rentenalter der Frauen einmal abgesehen, kein Unterschied entsprechend dem Geschlecht erkennbar.

Die Unterschiede in der Erwerbstätigkeit entsprechen, das zeigt die Untersuchung der Erwerbstätigkeit der Verheirateten, nicht der naturhaften Differenzierung nach dem Geschlecht, sondern dem Familienstand. Die Erwerbsquoten der verheirateten Männer unterscheiden sich deutlich von der der verheirateten Frauen. Auch zeigt sich, daß die einmal geschlossene Ehe wirtschaftlich gesehen nur sehr bedingt auflösbar ist.

Die Erwerbsquote der verwitweten bzw. geschiedenen Männer bleibt höher als die der ledigen Männer. Die Erwerbsquote der verwitweten bzw. geschiedenen Frauen hingegen bleibt niedriger als die der ledigen Frauen.

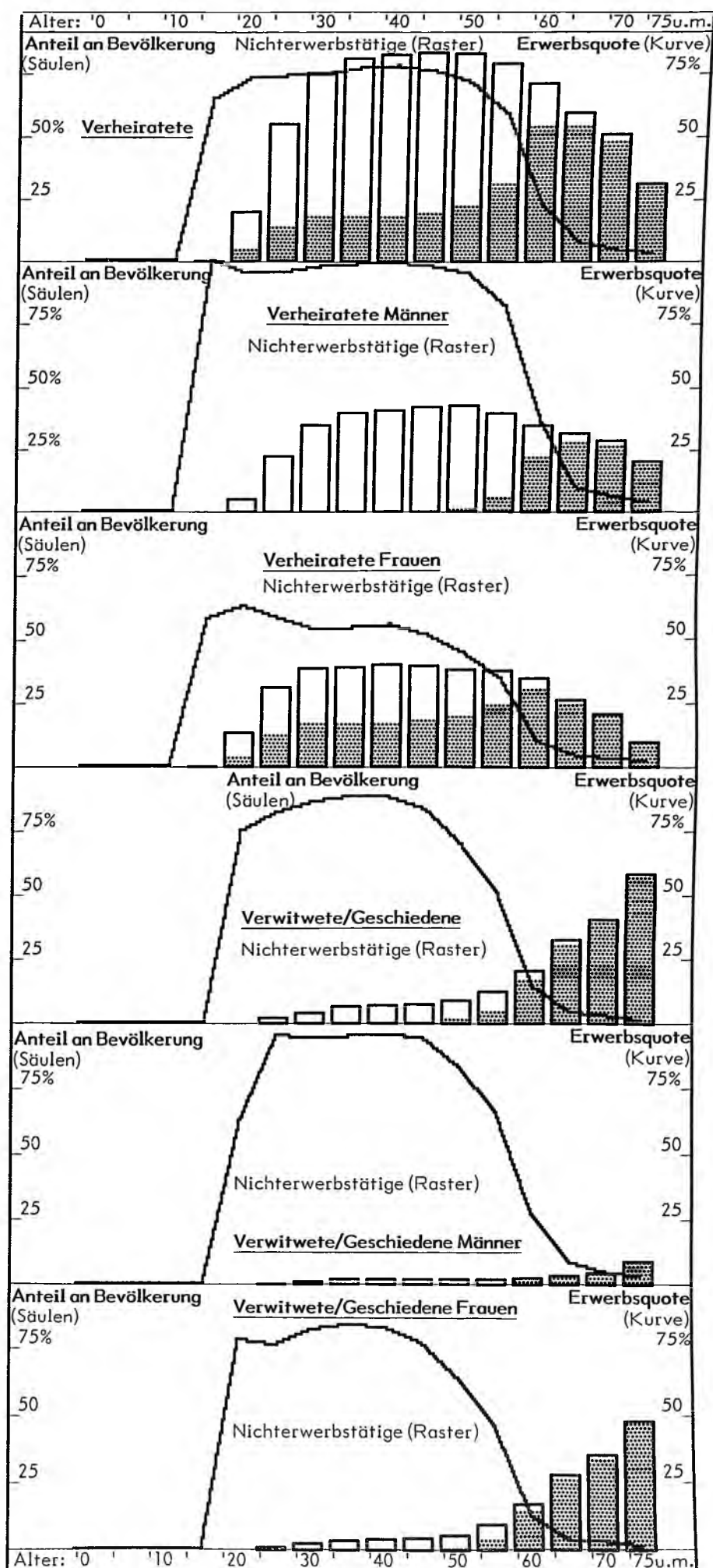
Anzumerken bleibt noch, daß die Darstellung nur die Betrachtung der Verhältnisse in den werktätigen Klassen, d.h. Lohnabhängige und selbstarbeitende Selbstständige, ermöglicht. Vielleicht wird der weitere Gang der Untersuchung ermöglichen, die Stellung im Erwerbsleben nach sozialen Schichten abzuklären, von besonderer Bedeutung und vom Material her auch nicht so schwierig, ist eine Betrachtung der Verhältnisse bei den Einwohnern nichtdeutscher Nationalität. Einstweilen wollen wir festhalten:

- der konkrete Ablauf des Generationswechsels ist in der BRD nicht Ausfluß eines unbeeinflußt wirkenden Naturgesetzes, sondern Ergebnis der konkreten Politik der herrschenden Klasse.

- die wesentliche Bestimmung des Verhältnisses zum Erwerbsleben ergibt sich aus dem Alter, auch hier ist zu vermuten, daß Politik und Normen die Verhältnisse wesentlicher bestimmen.

- Die erkennbare Differenzierung zwischen den Geschlechtern ergibt sich nicht aus dem angeborenen Geschlecht, sondern aus dem Familienstand, sie ist bei den Ledigen nicht festzustellen. Eine weitere Untersuchung wird zeigen, wie das Erwerbsverhalten der Verheirateten mit der Arbeit zusammenhängt, die die Erziehung der Kinder macht.

Anmerkung: Im ersten Schaubild ist die Wohnbevölkerung nach Altersklassen absolut dargestellt, in allen übrigen der Anteil der Gruppe an der gesamten Wohnbevölkerung der entsprechenden Altersklasse. Altersklassen: jeweils fünf Jahre zusammengefaßt, die Klasse über 75 Jahre ist nach oben offen. Erwerbsquote: Anteil der Erwerbspersonen an Wohnbevölkerung je Geschlecht, Altersgruppe und Familienstand. Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, 1984 — (alk. maf)





Südafrika: Hilft den BRD-Konzernen ein neuer „Kodex“?

Der Daimler-Konzern hat mehrere heftige Angriffe der azanischen Arbeiter in seinem südafrikanischen Werk erleben müssen, wochenlange Streiks und öffentliche Angriffe. Nun erklärt sich u.a. der Konzern bereit, einen von der IG Metall ausgearbeiteten „Verhaltenskodex“, der weiter geht als der bisher für westdeutsche Konzerne als Richtschnur geltende EG-Kodex, zu unterstützen. Der EG-Kodex richtete sich 1975 direkt gegen die Forderung nach Boykott und Abzug der europäischen Konzerne aus Südafrika. Was erhoffen sich die Konzerne von dem neuen Kodex? Gleichzeitig legt die südafrikanische Regierung ein Arbeitsgesetz vor, das dem Befreiungskampf weitere Fesseln anlegen soll. Dagegen protestiert Daimler-Benz nicht.

Frankreich: Woher kommen die Stimmen für Le Pen?

„Hinter den Le Pen-Stimmen die Neumodellierung der Klassenverhältnisse“, so lautet die Überschrift eines Artikels aus dem „Rundbrief der Nationalen Antifaschistischen Koordination“ Frankreichs. Die stärksten Stimmenzuwächse der Front National bei den Wahlen für die französische Nationalversammlung kamen aus ländlichen Bezirken, wo die Arbeitslosigkeit gering ist und wo wenige Einwanderer wohnen. Entgegen der Behauptungen der bürgerlichen Zeitungen, die den Wahlerfolg von Le Pen mit dem „Einwandererproblem“ erklären, versucht der Artikel, aufgrund einer Analyse der Klassenverhältnisse und Klassenbündnisse das Wahlergebnis zu erklären.



Gute Betriebsvereinbarung im Buchhandel

In der Münchner Buchhandlung Kaiser wurde eine seit neun Jahren geführte Auseinandersetzung um korrekte Eingruppierung und gegen willkürliche Zulagenzahlung mit einer Betriebsvereinbarung beendet. Diese schreibt für zehn Jahre fest, daß alle Beschäftigten nach den Sätzen der Tarifgruppe IV (Abteilungsleiter) bezahlt werden. Der Kampf begann — wegen drastisch gestiegener Lebenshaltungskosten — mit einer Sonderzahlungs-Forderung. Hierzu mußte der Betriebsrat Kenntnis der tatsächlichen Lohnverhältnisse im Betrieb erhalten. Die Einsicht in die Lohnlisten mußte mit einem Arbeitsgerichtsverfahren durchgesetzt werden. Die Lohnstruktur wurde dann in einer Broschüre veröffentlicht.

Auseinandersetzung mit Veranstaltungsverböten

Obwohl eine Reihe von Veranstaltungsverböten des bayerischen Innenministerium in letzter Zeit scheiterten, besteht diese Behörde weiterhin auf der Rechtmäßigkeit des Verbots der für Anfang Mai angesetzten Kurdistan-Informationsveranstaltung. Diese Veranstaltung wurde faktisch unterbunden, obwohl das Verbot einer ersten gerichtlichen Überprüfung nicht standgehalten hatte. Polizeidrohungen veranlaßten zuerst einen und dann auch den nächsten Wirt, Raumzusagen zu widerrufen. Diese polizeistaatliche Orientierung der bayerischen Innenpolitik wird nicht auf der ganzen Breite, sondern in Randzonen des politischen Spektrum erprobt. Wie stehen die Chancen vor Gericht und was steht auf dem Spiel?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich. Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien
erscheint vierzehntäglich. Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten Christoph Cornides, Jorg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln BLZ 370 10050 Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11 Kto. Nr. 11 44 39 3600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lotzer für Auslandsberichterstattung Siegmund Elgehausen für Aus Verbänden und Parteien Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft Diskussionsbeiträge Angela Lux für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Kustler Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM der AG Medien in der Volksfront AGMe des NH Chemie AGCH der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront AGJ der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB der AG für Kommunalpolitik AGK der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken